EUR 5,00

ISLAMBILDER

ANTIMUSLIMISCHE RESSENTIMENTS IN EUROPA

ZAG

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT

NUMMER 56 FRÜHJAHR 2010



INHALT

EDITORIAL



Zum Diktat, bitte

Zur Chefsache erklärte Präsident Obama die Ölpest im Golf von Mexiko. Nicht wie damals Hurrikan Katrina, als dieser, zwar zur Chefsache erklärt, dennoch New Orleans verwüstete. Kurz zuvor war die küstennahe Bohrung nach Erdöl durch den Chef genehmigt worden, doch sogleich, die Ölpest zeigt's, verboten, wozu ist man denn Chef. So sind wir, die ZAG, gewiss, dass kein Öl niemals nie die schönen Strände Floridas verschmutzen mag, es überhaupt nur wagen wird in deren Nähe zu kommen. Dass nun der Chef von BP gehen muss, vielleicht nach Florida in Rente, ist so sicher wie es unsicher ist, dass die Versuche, die Bohrlöcher unter Kontrolle zu bringen, bald von Erfolg gekrönt sein werden. Dass die Natur sich gar nicht Untertan machen lassen will, ist uns nur zu verständlich. Auch wir sind unruhige Geister. Das Angebot von BP jedoch können wir nur begrüßen: Fischer zu Tankwarten umzuschulen.

Zur Chefsache scheint auch Bischof Mixa seine Angelegenheiten erklärt zu haben, als er nicht bekannte, was er fälschlicherweise im Guten tat, Ohrfeigen auszuteilen, tatsächlich eine peinliche Panne seines Pressesprechers genannt wurde. Peinsam freilich war es insbesondere für die ihm ehemalig anvertrauten Kinder. Dass er nun von der Chefsache nichts mehr wissen wollte, ist nur einer größeren Chefsache geschuldet: dem Papst – und kaum höher könnte hier auf Erden eine solche Chefsache angesiedelt werden. Also geht er nun und wir fürchten es könnte schlimmer werden, bei der herrschenden Erziehung. Hatte sein Segen und Reden uns doch bisher vor Schlimmerem bewahren wollen, als er noch predigte, dass die sexuelle Revolution für einen zunehmenden Missbrauch von Minderjährigen auch in kirchlichen Kreisen mitverantwortlich sei. Hatten wir bis dahin nicht bemerkt, wie stark der Geist von 68 in katholischen Kirchen wehte, die demografisch so erfolgreiche zölibatäre Praxis sich veränderte, sind wir nun der Meinung, dass dies nur durch das Schleifen von Kirchen wieder gut zu machen sei. So hoffen wir darauf, dass wieder eine Revolution, sexueller oder sonstiger Art, den dort herrschenden Geist durchlüften möge.

Die Griech_innen zumindest haben es zu ihrer Angelegenheit gemacht, tatkräftig klar zu stellen, wer Chef_in ist. Sie nehmen es in die eigene Hand. Da braucht es keine Merkel, die dort doch eher unbeliebt ist – und fraglich bleibt, ob von ihr ein »Schluss-Ende-Aus« der Finanzkrise ebensolchen Eindruck machen würde, wie weiland Bundestagsvizepräsident Thierse auf Polizei und Nazis am 1. Mai. Seine schiere Präsenz reichte, um eine halbe Stunde den Aufmarsch der Nasen aufzuhalten. Im Falle, dass die Griech_innen wirklich Chef in eigener Sache bleiben wollen, können wir ja noch zurück zu unserer alten D-Mark. Hauptsache ist uns eine harte Währung, Außenhandelsüberschuss hin oder her. Da sind uns auch ein paar Empfehlungen an die Griechen nur billig; wie sollten wir sonst auf Einkaufstour an schöne Urlaubsinseln in der Ägäis kommen. Und nun, wo Island in die EU möchte, mehr als zuvor. Die isländische Aschewolke, die Europa fest im Griff hielt und die Flugzeuge am Boden, bekam selbst Frau Merkel zu spüren. Ob die Isländer_innen aber rein dürfen wo Griechenland schon drin ist, wo sie doch keine Asche mehr haben, ist fraglich. Erst stimmen sie gegen die Entschädigung ihrer Gläubiger und schicken sich dann an, den halben Kontinent für eine Woche lahm zu legen. Die urlaubenden Luftreisenden dankten es ihnen nicht.

Aber zum Glück haben wir keinen Chef – ist ja doch eine feine Sache, denken wir in der Sonne liegend in spätrömischer Dekadenz. Ist doch alles gut, Guido, geh uns einfach aus der Sonne. ✖

Eure ZAG



Karawane-Festival vom 4. bis 6. Juni in Jena

THE VOICE

Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant_innen wird vom 4. bis 6. Juni mit vier Bühnen, mehreren Kunstinstallationen, Happenings, Paraden, Ausstellungen und Vorträgen das Stadtzentrum von Jena prägen. Das Open-Air-Festival wird den künstlerischen und kulturellen Aspekt des Kampfes von Flüchtlingen gegen Neo-Kolonialismus und Rassismus auf die Straßen bringen. Es trägt das Motto: »Vereint gegen koloniales Unrecht, in Erinnerung an die Toten der Festung Europa«.

Zum Auftakt des Festivals wird ein Mahnmal für die Tausenden von Toten der Festung Europa durch drei internationale Künstlergruppen errichtet. Als zentrales Ereignis wird am Sa., 05.06.10 eine Maskenparade mit original westafrikanischen Masken die Flüchtlinge, die auf ihrem Weg nach Europa gestorben sind, symbolisch Einzug in die Stadt halten lassen. Die Masken werden derzeit in Nigeria von professionellen Maskenbildnern gefertigt und demnächst in der thüringischen Universitätsstadt eintreffen.

In einem mannigfaltigen Kulturprogramm werden der tägliche Widerstand der Flüchtlinge gegen Ausgrenzung durch Lager, Stigmatisierung durch Lebensmittelgutscheine, Unterdrückung durch Sondergesetze wie der Residenzpflicht und gegen Abschiebungen als tödlichster Folge bundesdeutscher Behördenpraxis gewürdigt. Den tödlichen Folgen der Militarisierung der EU-Südgrenzen durch die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX wird eigens eine Bühne gewidmet. Viele internationale Gäste, darunter Vertreter der Association Malienne des Expulsés (AME), einer Selbsthilfeorganisation abgeschobener Flüchtlinge aus Mali, werden nach Jena reisen und von ihrer Arbeit berichten.

Das Festival will antirassistische Aktivist_innen vereinen und die Dynamik des Widerstands neu entfachen. Damit soll die Vielfalt und der Druck aller bisherigen Kampagnen erhöht werden. Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant_innen widersetzt sich seit 1998 dem alltäglichen Rassismus von Behörden und Polizei, der institutionalisierten Diskriminierung von Asylsuchenden und der Kriminalisierung von Bewegungsfreiheit durch die Residenzpflicht. Die Karawane kämpft für die Aufklärung der Morde an Oury Jalloh, Dominique Koumadio, Laye Konde und allen weiteren Opfern rassistischer Polizeigewalt, sie streitet für die Abschaffung des Lagersystems in Deutschland, erkämpfte bereits die Schließung des Isolationslagers in Katzhütte und kämpft weiter für die Schließung der Lager in Möhlau, Remscheid, Bramsche, Gerstungen und Gangloffsömmern und an vielen anderen Orten.

Bereits im Jahr 2000 organisierte die Karawane in Jena unter dem Motto »Gemeinsam gegen Abschiebung und soziale Ausgrenzung« einen Kongress mit rund 800 Teilnehmern. Damals wurden viele Flüchtlinge von der Residenzpflicht eingeschüchtert und an der Teilnahme am Kongress gehindert. Flüchtlingsaktivist_innen, die den Kongress mitorganisiert hatten, wurden Repressalien ausgesetzt. Daraufhin wurde im Jahr 2000 in Jena eine Kampagne zivilen Ungehorsams gegen die Residenzpflicht initiiert. Bezogen darauf heißt es im Aufruf zum Karawane-Festival: »Wir werden diese menschenfeindliche Praxis unterlaufen. Zusammen und ohne Angst vor Repression durch Kontrollen und Residenzpflicht.« Ein »Legal Team« wird im Ernstfall während des Festivals von Residenzpflicht betroffenen Flüchtlingen zur Seite stehen.

Neben dem Organisationsteam in Jena arbeiten in verschiedenen Städten lokale Gruppen an der Vorbereitung und Mobilisierung zum Karawane-Festival 2010. Im Laufe des dreitägigen Festivals werden ca. 3.000 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet, mehreren europäischen Nachbarländern und auch weltweit erwartet.

Presserklärung, 07.05.2010 von The VOICE Refugee Forum, welche mit der Organisation vor Ort betraut ist. ✖

MEHR INFOS IM NETZ UNTER

- *www.karawane-festival.org*

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen

ARI E.V.

»BUNDESDEUTSCHE FLÜCHTLINGSPOLITIK UND IHRE TÖDLICHEN FOLGEN« IST NUN BEREITS IN DER 17. AUFLAGE ERSCHIENEN UND UMFASST NUN FÄLLE AUS DEN JAHREN ZWISCHEN 1993 UND 2009 IN AKTUALISIERTER FORM.

Die Dokumentation ist eine chronologische Sammlung von Einzelschicksalen, in denen Menschen körperlich zu Schaden gekommen sind. Diese Menschen sind Flüchtlinge, also Menschen im oder nach einem Asylverfahren, oder Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere für die BRD. Menschen, die sich im Lande aufhalten oder aufgehalten haben. Auch Menschen, die abgeschoben wurden, dann misshandelt, gefoltert oder getötet wurden oder spurlos verschwanden.
Es sind Menschen, die zu Schaden kamen durch staatliche Maßnahmen. Mit staatlichen Maßnahmen meinen wir die Umsetzung der Asylgesetze gegen die Betroffenen. Eine staatliche Maßnahme ist die angekündigte und durchgesetzte Abschiebung. Staatliche Maßnahmen sind auch die geschlossenen Grenzen, die Grenzüberwachung durch staatliche Organe. Staatliche Maßnahmen sind Menschenjagden durch BGS oder Polizei, um Flüchtlinge einzufangen. Und eine staatliche Maßnahme ist auch der Abschiebeknast, der Menschen dazu bringt, sich selbst zu verletzen oder sich zu töten.
Die Zusammenstellung umfasst Todesfälle und Verletzungen bei Grenzüberquerungen; Selbsttötungen, Selbsttötungsversuche und Verletzungen von Flüchtlingen aus Angst und auf der Flucht vor Abschiebungen; Todesfälle und Verletzungen vor, während und nach Abschiebungen.
Sie umfasst auch Berichte über Fluchtversuche, die deutlich machen, welche lebensbedrohlichen Bedingungen Flüchtlinge auf sich nehmen müssen, um heute in die BRD zu gelangen. Fluchtversuche, die oft nur durch Zufall nicht tödlich für die Flüchtlinge endeten.
Diese Zusammenstellung umfasst Brände in Flüchtlingsunterkünften und Anschläge auf Flüchtlingssammellager sowie rassistische Angriffe von Seiten der Bevölkerung auf Flüchtlinge im öffentlichen Raum.

DOKUMENTIERT WERDEN:

- 175 Flüchtlinge starben auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon allein 131 an den deutschen Ost-Grenzen,
- 507 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen, davon 299 an den deutschen Ost-Grenzen,
- 154 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, davon 59 Menschen in Abschiebehaft,
- 858 Flüchtlinge verletzten sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hungerstreiks) oder versuchten, sich umzubringen, davon befanden sich 509 Menschen in Abschiebehaft,
- 5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung und
- 384 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Mißhandlungen während der Abschiebung verletzt,
- 31 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode, und
- 488 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär mißhandelt und gefoltert oder kamen aufgrund ihrer schweren Erkrankungen in Lebensgefahr,
- 73 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos,
- 14 Flüchtlinge starben bei abschiebe-unabhängigen Polizeimaßnahmen,
- 427 wurden durch Polizei oder Bewachungspersonal verletzt, davon 138 Flüchtlinge in Haft.
- 67 Flüchtlinge starben bei Bränden oder Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte,
- 786 Flüchtlinge wurden z.T. erheblich verletzt,
- 15 Flüchtlinge starben durch rassistische Angriffe auf der Straße und
- 767 Menschen wurden verletzt.

Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen seit 1993 mindestens 378 Flüchtlinge ums Leben – durch rassistische Übergriffe und Brände in Flüchtlingsunterkünften starben 82 Menschen. ✖

BEZUGSQUELLE:

Zu beziehen über www.ari-berlin.org/doku/titel.htm
oder
Antirassistische Initiative (ARI) e.V. Dokumentationsstelle,
Haus Bethanien - Südflügel, Mariannenplatz 2, 10997 Berlin

Reisefreiheit für alle?

Die Residenzpflicht von Flüchtlingen als Geldmaschine

NETZWERK SELBSTHILFE E.V.

... so erschien es wohl dem Landkreis *Saalekreis* in Sachsen Anhalt. Denn die dortige Ausländerbehörde in Merseburg verlangte von allen Flüchtlingen, die aus besonderem Grund den engen Kreis ihrer Residenzpflicht verlassen wollten, zehn Euro. Zehn Euro hört sich nicht besonders viel an. Für mittellose Flüchtlinge ist dieser Betrag jedoch nicht aufzubringen. So reisen viele Flüchtlinge ohne Erlaubnis und werden dadurch zu Straftäter_innen. Ihr »Verbrechen« besteht darin, dass sie die Residenzpflicht verletzen, also das Verbot, den Meldelandkreis ohne behördliche Ausnahmegenehmigung zu verlassen [Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) §56 und §85 Punkt 2].

Komi E. von der Initiative Togo Action Plus hat sich dies nicht mehr gefallen lassen und in einem Gerichtsverfahren Ende Februar diesen Jahres tatsächlich Recht erhalten. 2007 klagte er und nun erging die Entscheidung des Gerichts, dass die Behörde ihm die zehn Euro zurückzahlen muss, denn für eine solche Gebühr gibt es, laut Aussage des Verwaltungsgerichtes Halle-Saale, keine gesetzliche Grundlage. Erstritten zu haben, keine zehn Euro für eine Fahrt aus dem eigenen Landkreis zu bezahlen, klingt wenig. Doch es ist ein kleiner Schritt, der vielleicht in Zukunft zur Aufhebung der Residenzpflicht in Deutschland führen wird.

Denn Deutschlands Regelungen zur sogenannten Residenzpflicht sind innerhalb der EU einmalig. Nur hier gibt es die Residenzpflicht, mit ihrer eigenen kolonialen Tradition. Nur in Deutschland wird die Genfer Menschenrechtskonvention, die Flüchtlingen Freizügigkeit zusichert, systematisch gebrochen und mit bundesverfassungsrichterlichem Segen versehen [Beschluss des BVerfG vom 10. April 1997 (2 BvL 45/92)].

Deutschland will aber nicht mehr einmalig sein. Es will die Residenzpflicht in allen Ländern des Schengener Abkommens einführen. So soll die Kontrolle von Ausländer_innen und Flüchtlingen erleichtert werden. Erschwert wird hingegen das Leben von Flüchtlingen und deren Selbstorganisation.

Schon bei einem Besuch bei Freund_innen außerhalb des ihnen zugewiesenen Landkreises droht ein Bußgeld, im Wiederholungsfall eine strafrechtliche Verurteilung. Teilweise werden die Flüchtlinge für mehrere Tage inhaftiert, um sie dann an ihren zugewiesenen Aufenthaltsort zurückzubringen. Felix Otto, ein Aktivist der Flüchtlingsorganisation »The Voice« wurde aus diesem Grund 2009 zu acht Monaten Haft verurteilt. Er hatte den Gebietsarrest verlassen, um sich mit seinen Mitstreiter_innen zu treffen. Nachdem er seine Haftstrafe abgesessen hatte, wurde er deportiert. Dass die Länder Brandenburg und Berlin als Vorreiter, diesen besonderen Tatbestand, den nur Ausländer_innen begehen können, nicht mehr verfolgen wollen, ist ein guter Schritt. Der beste Schritt wäre die Abschaffung dieser Sondergesetze für Flüchtlinge und die Abschaffung der Residenzpflicht.

Die Petition »Abschaffung der Residenzpflicht für Asylbewerber« vom Februar diesen Jahres an den Deutschen Bundestag wird mittlerweile parlamentarisch geprüft. Mehr als elftausend Unterzeichner_innen haben sie unterstützt. Um direkt im Parlament behandelt zu werden, hätten es mindestens fünzigtausend Petitent_innen sein müssen. Doch der Eingabe fehlte die entsprechende öffentliche Aufmerksamkeit. Dazu hätte es mehr Vorbereitung der Petition bedurft. Selbst antirassistische Gruppen hat diese Eingabe überrascht. So ist die Information zur Petition nicht über den üblichen Kreis hinaus gestreut worden. Außerhalb der Flüchtlingsarbeit ist der Fakt der Residenzpflicht kaum bekannt. Doch gerade dieses Thema eignet sich, um größere Teile der Bevölkerung anzusprechen und ihnen einen Teil der traurigen Lebenswirklichkeit von Flüchtlingen in Deutschland näher zu bringen. ✖

MEHR INFOS IM NETZ UNTER

× *http://togoactionplus.wordpress.com*

Aller Orten Islam, überall Muslime.

Eine Einleitung

| ZAG



Die westliche Zivilisation wird in deutschsprachigen Zeitungen von Leuten wie Broder und Sarazin verteidigt, als ob SIE wieder vor Wien ständen. Die barbarischen Seiten des Westens werden beim Islam-Bashing gerne und schnell unter den Teppich gekehrt. Die deutsche Integrationspolitik schrumpft über die Symbolpolitik à la Islamkonferenz auf religiöse Fragen zusammen, Aspekte von sozialer Ungleichheit werden ausgeklammert.

Die Maßnahmen im Terrorkampf, Rasterfahndung und Kriegseinsatz; das Kopftuchverbot in baden-württembergischen Schulen für Lehrerinnen oder das Verbotsansinnen von Ganzkörperverschleierung in Frankreich in öffentlichen Einrichtungen; die Forderung nach Bauverboten für Moscheen in Köln und Berlin, Volksabstimmungen über Minarette in der Schweiz; die »Mohammedkrise« ausgelöst durch Karikaturen aus Dänemark oder ein Film von Geert Wilders in den Niederlanden, der Muslime provozieren wollte.

Weshalb die Aufregung über Burka, Moscheen, Kopftuch und Minarette in Medien und Politik? Wie kommt es zu den aktuellen Diskussionen um »den Islam«, seine Institutionen und Muslime? Ist es eine Diskussion über die Stellung von Religion in europäischen Gesellschaften? Oder zeigt sich hier eine neue rassistische Qualität?

Bereits vor zehn Jahren hat die ZAG eine Nummer zu »Islambildern« (ZAG 34, 2000) herausgegeben. In der damaligen Ausgabe ging es noch um die neue Religiösität und religiösen Fundamentalismus. Bereits damals hat die Mehrheitsgesellschaft eine hysterische Debatte über den Islam geführt. Obwohl die Anschläge in den USA 2001 in der damals noch nicht vergangenen Zukunft lagen. Dennoch war nach dem Ende der Blockkonfrontation zwischen Ost und West ein neues Feindbild aufgetaucht. Lange unter der Oberfläche geblieben, gruppierten sich die Interessen an Religionen und Ethnien entlang. Der Islam und Muslime eigneten sich bereits damals in doppelter Hinsicht zur Selbstabgrenzung: als die Fremden im Orient und zugleich als die nahen unbekannten Immigrant_innen in Europa.

Die gegenwärtige Welle dieser Auseinandersetzung ist trotz aller Ähnlichkeit neu zu bewerten. Nicht nur liegt mit »9/11« eine Zäsur dazwischen, Kriege im mittleren Osten und neue Sicherheitsgesetze, die die Freiheit aller einschränken, aber nur manche treffen. Viele Punkte der nach dem 11. September 2001 im Eildurchlauf und weitgehend widerspruchsfrei die Parlamente passierenden Maßnahmen, standen schon länger auf der Wunschliste entsprechender Protagonisten. Doch wären sie ohne diesen Anlass so leicht nicht möglich gewesen. Mittlerweile ist die Islam-Debatte und Aktivierung

antimuslimischer Ressentiments in der europäischen Rechten wie auch bei bürgerlichen Intellektuellen jederzeit fürs Köpfeabschlagen gut. Die europäische Rechte fragt sich noch, wen sie mehr hassen soll, ob Juden oder Muslime (siehe den Beitrag von Alexander Häusler), während bürgerliche Intellektuelle den Kampf um Zivilisation, Freiheit und Toleranz auf ihre Fahnen geschrieben haben und damit gegen Islam, Muslime und alle, die sich etwas differenzierter äußern und Toleranz fordern, ins Feld ziehen (siehe das Interview mit Ambalavaner Sivanandan, Iman Attia und Maike Weißpflug).

Was ist das nun, was wir da vor uns haben, Islamophobie, Islamfeindlichkeit, antimuslimischer Rassismus, Antiislamismus? Die Bezeichnung »Islamophobie«, wie sie auf der Durban Nachfolgekonferenz des UN Human Rights Council in Genf 2009 verwendet wurde, ist als gerne eingesetzter Kampfbegriff undemokratischer Regierungen beispielsweise des Irans oder Saudi Arabiens für emanzipatorische Zwecke unbrauchbar. Ihnen geht es um die Sicherung ihrer autoritären, religiös-fundamentalistischen Staatsvorstellungen und der pauschalen Abwertung ihrer Kritiker und Gegner als Rassist_innen. Doch wann ist der Begriff »Rassismus« passend, wenn man über antimuslimische Ressentiments spricht? Wie bringen wir die aktuellen Auseinandersetzungen, die sich am Begriff des Islam entzünden, auf den Punkt?

Es sind neue Positionen entstanden, wo sich rassistische und egalitäre Haltungen, wie Feminismus und Laizismus vermischen – Alice Schwarzer und Bischof Mixa in neuer Harmonie geeint: im Kampf für Frauenrechte die Unterdrückung der Frau im Islam anführen, die an Kopftüchern und Burkas offensichtlich würde; für eine freie Sexualität kämpfen und Muslime unter Generalverdacht stellen, da sie eh homophob seien; bessere Bildung und höhere Qualifikationen einfordern und behaupten, dass Araber und Türken »keine produktive Funktion, außer für den Obst- und Gemüsehandel«, besitzen. Die kleine Chance, sich selber auf Kosten anderer besser zu stellen, wird ergriffen. Der antimuslimische Diskurs erfüllt nationale und soziale Funktionen: Wir begreifen uns in Abgrenzung zu den anderen, er dient zur Selbstvergewisserung des normativ Gültigen. Aus dem Blick gerät, das Homophobie und Patriarchat – ganz ohne den Islam zu bemühen – ein Problem sind, weil unsere Gesellschaft die Vorurteile täglich reproduziert. Zudem nutzt er der Sicherung der bestehenden Ordnung, oben bleibt oben, nur das ganz unten wird rearrangiert. Hier wird kulturalisert und ethnisiert was das Zeug hält, eine Tendenz zur sozialen Spaltung nicht mehr in arm und reich, oben und unten, sondern wir und die (siehe Artikel von Constantin Wagner, Koray Yilmaz-Günay und den Beitrag der Kampgne »Integration, Nein Danke!« in der Debatte).

Dabei wird in Europa schon in den Parlamenten abgestimmt wohin es geht. Der Diskurs spaltet und eint über Parteigrenzen hinweg. In den Diskussionen fällt die starke Polarisierung auf, die differenzierten Positionen wenig Raum lässt. Sie zwingt zur Wahl zwischen Islamfreund und Islamfeind, Orient und Okzident. Die Rechten schaffen es, die Agenda zu bestimmen, auch ohne dass sie im Parlament sitzen müssten. Die Durchsetzung funktioniert in den einzelnen Staaten bei aller Ähnlichkeit des Diskurses unterschiedlich, besitzt aber eine europäische Dimension (siehe Artikel von Bernard Schmid zu Frankreich, Jereon Bosch zu den Niederlanden und Tobias Alm zu Dänemark). Angesichts der deutschen Situation mit der mehr oder minder erfolgreichen PRO-Partei, muss man nicht in Alarmismus verfallen. Problematisch sind bisher nicht ihre Wahlerfolge, sondern die politischen Ausdünstungen, die sie in Reihen bisher für zurechnungsfähig gehaltener Politiker_innen hinterlassen (siehe Ulli Jentsch).

Wie kann unter solchen Umständen eine linke, kritische und emanzipative Position aussehen, die weder vor Kritik des Islam als Religion, reaktionären Bestrebungen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft sowie der migrantischen Community selbst halt macht, noch von der alltäglichen Diskriminierung aufgrund antimuslimischer Ressentiments schweigt? Bisher scheint klar: für die Frauen gegen das Patriarchat, für freie Sexualität gegen Homophobie etc. Wir, die wir dem »Ideal der Gleichheit« (Norberto Bobbio) verpflichtet sind, müssen differenzieren, wo andere verallgemeinern. Um Missverständnissen vorzubeugen: Nicht religiöse Aufklärung wollen wir betreiben, nicht um den akademisch passenderen Begriff wollen wir mit dieser Ausgabe streiten. »Man muss über die Täter und nicht über die Opfer sprechen.« Deren rassistische Strategie, ihre Erfolge in der Gesellschaft, die chauvinistischen Koalitionen, der konservative Islamdiskurs der runden Tische sind es, die rassistischen Intellektuellen den Weg bereiten, sich als Führer der Massen gegen bürgerliche Eliten und zugleich emanzipative Bestrebungen zu gerieren. Die Linke befindet sich in Europa in einer defensiven Postition und Wahlerfolge ändern daran noch nichts. Es geht um eine Neupositionierung der antirassistischen Arbeit. Bedürfnisse und Interessen gilt es zu organisieren. Nicht allein Debatten oder Wahlen wollen wir gewinnen, sondern es geht um nichts Geringeres, als die Welt zu verändern. ✖



Lob und Notwendigkeit der Asymmetrie

Zur nationalen Funktion der Islam-Debatten in Deutschland

▯ KORAY YILMAZ-GÜNAY

Ob es ein Gesicht ist, das uns in der U-Bahn gegenüber sitzt, oder unser eigenes im Spiegelbild: Wir sind oft geneigt, ein Ebenmaß zu suchen, das uns die Orientierung, die Einordnung, die Kategorisierung erleichtert. Räume, Plätze, unsere Paar-Beziehungen, die Anordnung der Möbel – alles scheint geprägt vom Wunsch, der vielleicht schon unsere ersten Zeichnungen noch vor der Schulzeit geleitet hat: dem Bestreben, es möge irgendwie zueinander passen, was auf den beiden Seiten einer fiktiven Achse liegt. Alles soll symmetrisch sein, alles soll sich so fügen, dass es sich zur Not zweidimensional in einem Schaubild darstellen lässt. Alles andere ist uns irgendwann nicht mehr erträglich. Je weniger sichtbar die Verwerfungen des Alltags und der Realität sind, desto bequemer lässt es sich leben. Im Schema: Je eng der Horizont, desto Schublade die Wahrnehmung der Welt.

Alle Debatten, die hiesig um »den Islam« geführt werden, sind geprägt von dieser im Kern *langweiligen* Wahrnehmung der Welt und ihrer Zusammenhänge. Es sind vielleicht *gelangweilte* Menschen, die sich zu lang den Kopf zerbrochen haben über die »Dritte Welt«, den Feminismus oder die Rechte von Schwulen und Lesben – und die einfach Lust drauf haben, keine Lust mehr zu haben. So ein Krieg strapaziert die Geduld, die Nerven – und irgendwann auch die Kapazitäten der Wahrnehmung. Ist die Frau mit Kopftuch freier oder unfreier als die ohne? Ist der islamistische Terror die neue Sowjetunion und wir leben in einer Blockkonfrontation, in der Grün ist, was Rot vorher war? Sind Muslime schwulenfeindlicher als wir? Sollen in der Schweiz Minarette gebaut werden dürfen? Gehört die Türkei in die EU? Geht das Abendland unter, wenn in Berlin muslimische Eltern vor Gericht verlangen, dass ihr Sohn in der staatlichen Schule beten können muss? Was werfen die Muslime in die andere Waagschale für die Integrationshände, die wir ihnen entgegengestreckt haben? All diese Fragen und die noch zahlreicheren, die sie stellen und beantworten, profitieren von unserer Schwäche für die Anordnung von Gegebenheiten und Argumenten nach simplen Regeln.

Auf die Argumente, die ins Feld geführt werden, ließe sich in jedem Fall eine Entgegnung finden, die reales Gegengewicht erzeugen kann – wenn es sich tatsächlich um Waagschalen handelte, mit denen wir es hier zu tun haben. Haben wir aber nicht. Es interessiert die Argumentierenden nicht, dass es in der Türkei mehr gutbezahltes weibliches Lehrpersonal in ingenieurwissenschaftlichen Fächern gibt als in der Bundesrepublik, dass das staatliche Verbot von Homosexualität erst mit den Kolonial*herren* in die Kolonien Englands kam, die heute wieder gewaltvoll »zivilisiert« werden sollen, damit sie irgendwann auch schwule Helden in der Sitcom oder Frauen im Militär haben können, dass, dass, dass...

TENDENZIELL CHRISTLICH

In der Bundesrepublik sind Staat und Kirchen massiv miteinander verfilzt. Trotz der im Grundgesetz festgeschriebenen Trennung subventioniert der Staat die christlichen Kirchen, denen auch laut aktuellem Koalitionsvertrag »eine unverzichtbare Rolle bei der Vermittlung der unserem Gemeinwesen zugrunde liegenden Werte« zukommen[1] – mit Milliarden. Zu staatlichen und semi-staatlichen Anlässen gibt es ökumenische Gottesdienste, ohne dass die Frage auftauchte, wer denn Teil dieser Ökumene sein soll. Die Frage ist seit mehreren Jahrhunderten entschieden und muss offensichtlich nicht neu debattiert werden. Krankenhäuser, Seniorenheime, Kindergärten, Schulen, Beratungsstellen und viele andere Einrichtungen werden vom Staat finanziert, ohne dass er sich dafür interessierte, wie dort die Curricula und Angebote konzipiert sind.[2] Als sogenannte »Tendenzbetriebe« haben die christlichen Kirchen als Arbeitgeber«innen« jetzt explizit das Recht, bestimmte Menschen zu diskriminieren – nicht trotz, sondern gerade wegen des ansonsten so »Allgemeinen« Gleichbehandlungsgesetzes (AGG, § 9). Kein Problem, wenn da Frauen mit Kopftuch, Nicht-/Anderskonfessionelle oder Homosexuelle mit eingetragener Lebenspartnerschaft nicht arbeiten dürfen, weil die Arbeit als »verkündungsnah« definiert wird. Kein Problem zumindest für die Bundesrepublik, die die Antidiskriminierungsrichtlinien der EU ohnehin nur sehr zögerlich und auf Sparflamme umgesetzt hat. Ähnlich weitreichende Ausnahmen für Parteien, Gewerkschaften oder etwa Medien, für die weltanschauliche Fragen ja auch nicht uninteressant sind, gelten laut AGG nicht.

Mithin stellen die christlichen Großkirchen in der Bundesrepublik sozial und politisch, vor allem aber ökonomisch, einen wichtigen Machtfaktor dar. Theologische Argumente zählen schon längst nicht mehr, genauso wenig wie die tatsächliche Zahl der Kirchenmitglieder. Keine Partei, die in einem Landesparlament oder im Bundestag vertreten ist, propagiert die Entflechtung – denn statt den Politikteil in den Zeitungen mit diesem unappetitlichen Thema zu füllen, bei dem nicht absehbar ist, wie die Mehrheit der Wahlberechtigten tickt, bieten sich vermeintlich wichtigere Debatten viel vordringlicher an: »der Islam«, dieser und jener Preis für Necla Kelek, der »interreligiöse Dialog« und natürlich die Grundfesten »unserer Kultur«. Aber bitte im Kulturteil.

»WENN DIE SCHLECHT SIND, MÜSSEN WIR GUT SEIN«

Die Rede über die »Anderen« erspart der Mehrzahl die Beschäftigung mit sich selbst. Sie »weiß« meistens nicht einmal, dass sie weiß, christlich sozialisiert, nicht »behindert«, heterosexuell und an maskulinen Wertvorstellungen orientiert lebt. Wer »Ehrenmorde« zu debattieren hat, braucht sich keine Gedanken darüber zu machen, dass 80% *aller* ermordeten Frauen von ihren (Ex-)Partnern oder Familienmitgliedern ermordet werden. Nur ist es dann die Tat eines vermeintlichen Einzeltäters und nicht einer »Kultur« oder »Religion«. Obschon »Familientragödien« oder »Eifersuchtsdramen« ähnlich unabwendbar scheinen wie »Ehrenmorde«, wissen alle, was schwerer wiegt. Wer anklagend oder Sozialarbeit fordernd arabisch-stämmige Jugendliche besprechen kann, muss sich irgendwann vielleicht nicht mehr erinnern, dass die Polizei auch schon vor der zweiten Intifada vor jüdischen Einrichtungen überall in der Bundesrepublik postiert war - und zwar nicht aus »[b]esondere[r] Verantwortung (...) für die jüdischen Gemeinden als Teil unserer Kultur«, sondern aus Angst vor schlechter Presse im Ausland, falls die Volksgemeinschaft mal wieder *tabula rasa* machen will. Wer so tut, als gäbe es »unsere Gesellschaft« mit »unseren Werten« ohne ihre parzellierten Interessengruppen und ihre sozialen Disparitäten, braucht nicht zu sagen, ob Menschen, die einwandern, sich an antisemitischen Stammtischen beteiligen oder lieber philosemitische Sonntagsreden hören sollen - vielleicht sogar aber auch beides. Das Bekenntnis zur »Integration« muss reichen. Den Rest besprechen wir am Sankt-Nimmerleins-Tag. Vielleicht bei einem Erfrischungsgetränk im Augsburger Zoo, wo noch im Jahr 2005 - gerade war die Bundesrepublik offiziell zum »Zu-»Wanderungsland geworden - die besonders originelle Idee aufkam, ein »African Village« zu installieren, in dem Schwarze inmitten anderer kurioser Geschöpfe »die Atmosphäre von Exotik« vermitteln sollten. *Im Zoo.*
«Integration« und »Islam« sind die zwei Begriffe, anhand derer systemimmanente («wesentliche») Missstände ganz bequem ausgeblendet werden. Der verkürzende Diskurs über Einwanderung, der in diesen Abstrusa in Reinform vorliegt, erspart der *ganzen Gesellschaft* qualvolle Debatten darüber, was sie jenseits ihrer fiktiven ethnischen Homogenität denn sein will. Die Gemeinschaft der »Deutschen« stellt auch über 60 Jahre nach der Republikgründung einen größeren Wert dar als irgendein *gesellschaftliches* Ideal.[3]

SYMMETRIE HAT IHREN PREIS – VIELLEICHT SOGAR MEHRERE

Der Islam als Religionsgemeinschaft ist nicht homogen - und noch weniger ist es die Schar der »Muslime«. Da es religionsimmanent keine formalisierte Mitgliedschaft gibt, wird zunächst einmal jedes Kind von Muslimen als muslimisch betrachtet - und wenn eine Person sich entscheidet, nicht (mehr) »muslimisch« zu sein, ist sie es nicht. Kein Amtsgericht entscheidet in keinem Land darüber, wer, warum, ab wann »nicht mehr muslimisch« ist. Was das heißt, muslimisch sein oder nicht sein - sozial, politisch, theologisch, *lebensweltlich* -, ist damit längst nicht gesagt: »Der« Islam existiert nicht - es sei denn, das Innenministerium möchte, dass »er« existiert - mit *einer* Adresse und mit *einer* Telefonnummer. Aber selbst die von Wolfgang Schäuble einberufene Islamkonferenz ist dem Begriff der Religionsgemeinschaft abgekupfert, der an christlicher Religionsorganisation gebildet ist. Symmetrie hat ihren Preis. Das Besondere hat in »unserer« Kultur von jeher keinen Platz.
Es existieren international Konflikte, die von manchen als »anti-imperialistischer Kampf« und anderen als »Zusammenprall der Zivilisationen« gehandelt werden. Hamas und die Huntington-Schule verfolgen - wie die anderen an den Polen positionierten Akteure - manifeste Interessen *jenseits* von »Kultur« und »Zivilisation«. Beide »Seiten« tun so, als gebe es nur ihre *oder* die andere Position, entweder »den Westen« *oder* »den Islam«. Nicht anders ist es auf einzelstaatlicher Ebene. Während die Debatten im Vereinigten Königreich und in Frankreich immer auch Auseinandersetzungen mit der eigenen Kolonialgeschichte darstellen, haben sie in den Niederlanden, in Dänemark, in der Schweiz, in Österreich und vor allem in Deutschland eine *nationale* Funktion. Sie sind immer eine Aussage zum Selbstbild des Nationalstaats mit überkommener Homogenitätsvorstellung. Anhand dieser Debatten entscheiden sich Fragen von Zugehörigkeit; hieran entscheiden sich Einschränkungen elementarer Rechte (Wen darf ich heiraten? Wann/Durch wen darf meine Wohnung/ mein PC durchsucht werden? Welche Sprache darf ich auf dem Schulhof sprechen? usw.); hieran entscheidet sich, wie wir, alle wie wir sind, miteinander zusammenleben wollen - unabhängig von Herkunft, Religion oder Weltanschauung.[4]

ETHNO-MUSLIME: NICHTS NEUES

Wir sind hierzulande noch sehr einer Gruppen-Soziologie verhaftet. Die Selbstzuschreibungen («wir« und alles mit »unsere») und alle Fremdzuschreibungen gehen aus von »Ethnien« - und »die Muslime« werden im Diskurs so behandelt, als seien sie eine eigene »Ethnie«. Im Zweifelsfall reichen schon dunkle Haare, um die vermeintliche Zugehörigkeit zu ihr zu bestätigen. Statt allerdings konsequent von »Rassismus« zu sprechen, wie es dann geboten wäre, lautet der allzu schnell gefundene Begriff, der die Diskriminierung bezeichnet, »Islamophobie« oder »Islamfeindlichkeit«. Dabei käme es darauf an, diese im Kern rassistische Konstruktion von »wir« und »die Muslime« endlich loszuwerden. Restlos. Wir müssen lernen zu fragen, *unter welchen Bedingungen, auf welche Weisen* und *warum* es sich »lohnt«, die Welt ethnisierend (und in der Folge auch ethnisiert) zu deuten. Die alte Macht-Frage also, die bei allen Formen des Rassismus gern ignoriert wird - im Mainstream nicht mehr, aber auch nicht weniger als in der politischen Rechten oder zum Teil auch in der Linken.
Denn das Problem beginnt nicht beim antimuslimischen Rassismus und seinen Protagonist_innen[5], es entsteht bereits vorher, bei der

Einteilung der Welt in »Muslime« und »Nicht-Muslime«, die selbst rassistischer Kategorienbildung folgt. Ob die Gemeinschaft »der Muslime« vom Islamismus, von »besorgten« Moscheebau-Gegner_innen oder aus der diskursiven »Mitte der Gesellschaft« hergestellt wird – immer homogenisiert sie eine außerordentlich heterogene und heterodoxe Zahl von über einer Milliarde Menschen: Zwischen dem bevölkerungsreichsten »muslimischen« Land (Indonesien) und Indien, wo mehr Muslime leben als in der Türkei, sowie Saudi Arabien oder Bosnien-Herzegowina gibt es nennenswerte Unterschiede in allen politischen, sozialen, ökonomischen und sonstigen Bereichen, ganz zu schweigen von den Unterschieden zur Lebensrealität von »Migrant_innen«, die als Repräsentant_innen dieser vermeintlich *einen* Religion/Kultur wahrgenommen werden.

Es geht in *allen* Debatten über »den Islam« grundsätzlich um mehr: Es geht ums Ganze, das ganz und gar nicht symmetrisch organisiert ist. Wenn das Gespräch um Frauen mit Kopftuch kreist, geht es um *alle* Geschlechter-Konstruktionen – weiße deutsche Weiblichkeiten/Männlichkeiten werden implizit mitkonstruiert, hetero- wie homosexuelle: »Natürlich« sind diese aufgeklärt(er) und emanzipiert(er), ihr Lebensstil («westlich») ist *per se* selbstbestimmt. Da es keine Kolonien mehr gibt, müssen die Objekte, die »uns« zu Subjekten machen, jetzt im Inland gesucht werden. Dieser Mechanismus ist heute um nichts origineller als vor 200, 150 oder 100 Jahren. Es geht um die Bedingungen von Bildung, Ausbildung und Arbeit für *alle*, auch wenn es auf der Oberfläche um die »Bildungsferne« von Migranten-Jugendlichen geht oder ihre »nicht-produktive« Funktion, die nur zum Handel mit Naturerzeugnissen reicht. Anders sind die aktuellen Diskussionen ums Bildungswesen nicht zu erklären.[6] Es geht um den Einsatz der Bundeswehr im Ausland (gerechtfertigt u.a. mit Hinweis auf die Menschenrechte von Frauen und Homosexuellen), das Strafrecht und Sicherheitsmaßnahmen im Anti-Terror-Kampf und um vieles, vieles mehr, was *gesamt*-gesellschaftlich relevant ist.

Die Ungleichheit von Arm und Reich wird derweil immer eklatanter. Die Ungleichheit von Frauen und Männern sowie insgesamt traditionelle Geschlechter- und Familienkonstruktionen werden in Zeiten ökonomischer Krisen wieder und wieder aufs Neue begründet. Die Andersartigkeit von Homosexuellen wird durch das Zweite-Klasse-Sonderrecht der eingetragenen Lebenspartnerschaft nicht aufgehoben, sondern zementiert. Die Aussicht auf Chancengleichheit rückt für die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen immer weiter außerhalb ihres Horizonts; ganze Landstriche und Bevölkerungsgruppen werden abgehängt. Vor dem Hintergrund einer immer komplexer werdenden Welt und auf nationalstaatlicher Ebene gesamt-gesellschaftlicher Desintegration bevorzugen wir die Lebenserhaltung einer Ersatzdebatte, die die Bevölkerung in künstliche Blöcke einteilt: hier die soziale und politische Einheit »der Muslime«, dort – unmarkiert – »wir«. Wann lernen wir, über *unsere realen Asymmetrien* zu sprechen? ✖

ÜBER DEN AUTOR

✖ *Der Autor arbeitet bei GLADT (www.GLADT.de)*

VERWENDETE PRIMÄRQUELLEN:

✖ 1 *Aus dem 10. Abschnitt »Religion, Geschichte und Kultur; Sport/Religionsgemeinschaften« des Koalitionsvertrags zwischen CDU, CSU und FDP: »Den Christlichen [Großschreibung im Original] Kirchen kommt eine unverzichtbare Rolle bei der Vermittlung der unserem Gemeinwesen zugrunde liegenden Werte zu. Wir wissen, dass auch andere Religionen Werte vermitteln, die einen positiven Einfluss auf unsere Gesellschaft haben. Wir achten alle Religionszugehörigkeiten. Besondere Verantwortung tragen wir für die jüdischen Gemeinden als Teil unserer Kultur. Wir werden den Dialog mit den Kirchen, Glaubensgemeinschaften und religiösen Vereinigungen noch stärker betreiben.«*

✖ 2 *Die Liste der Privilegien der christlichen Großkirchen ist lang und wäre mehrere eigene Artikel wert. Von der Besoldung von Bischöfen, Domherren etc. durch Steuergelder der Allgemeinheit (nicht: Kirchensteuer) über die Förderung von Kirchentagen und Priesterseminaren, Militär-, Gefängnis- und Polizei-Seelsorge bis hin zum Religionsunterricht an staatlichen Schulen, der vom Staat bezahlt wird... Statt das »Reichskonkordat« zwischen Hitler-Deutschland und dem Heiligen Stuhl aufzulösen, wie es etwa Italien und Spanien getan haben, hat sich die Bundesrepublik entschlossen, es nach dem Krieg einfach auf andere Religionen (die protestantischen vor allem) auszuweiten.*

✖ 3 *Die Volksgemeinschaft, die sich heute nicht mehr so nennen möchte, besteht nach wie vor aus einer bestimmbaren Gemeinschaft von »Deutschen«. Je höher es in ihren Hierarchien geht, desto weniger Frauen, ethnische, religiöse und andere »Minderheiten« kommen in ihr vor. Politik, Medien, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und viele andere zentrale Bereiche sind sehr homogen organisiert – auch wenn Selbstabsonderung, »Parallelgesellschaften« etc. gern als Erfindung von Einwanderungs-Communities aus bestimmten Ländern diskutiert werden. Die Zugehörigkeit entscheidet sich nach Konjunkturen, die vielleicht nicht einmal den (potentiell) Zugehörigen klar sind. Geht es um ein »Islam»-Bashing, darf gern Henryk M. Broder dabei sein, der ansonsten durch die binäre Einteilung in »Deutsche« oder »Juden« durchfallen würde. Es ist geradezu betörend, wie durch die »Islam»-Debatten eine friedvolle christlich-jüdische Geschichte konstruiert wird, die gänzlich ohne Pogrome, Vertreibungen und Shoa auskommt.*

✖ 4 *Längst überschneiden sich die Kategorien, weil weiße deutsche Konvertiten zum Islam als »Migranten« wahrgenommen werden – genauso wie alle Menschen aus mehrheitlich muslimischen Ländern, Schwarze und People of Color unabhängig von ihrer Religion als »Muslime«. Es ist, wie sooft, nicht die individuelle Zugehörigkeit, sondern die kollektive Zuschreibung, die sozial über Gruppenzugehörigkeit entscheidet. Theologische Erwägungen sind dabei gänzlich irrelevant; es sind gesellschaftliche und politische Identitäten, von denen gesprochen wird, wenn es um »christlich-abendländisch« oder »muslimisch« geht.*

✖ 5 *«Protagonist_innen« sind hier u.a. rechtspopulistische Parteien und »Bewegungen« wie auch gewisse so genannte »Antideutsche«, feministische oder schwule Aktivist_innen, die sich durch die Beschwerde über »den Islam« oder »die Muslime« das Eintrittsticket für die Mitte der Gesellschaft sichern wollen. Es ist zwar absehbar, dass dort alle Logenplätze bereits vergeben sind, aber vielleicht lassen sich nach dem Hype in den hinteren Reihen doch noch Bestände sichern...*

✖ 6 *Während die »(integrierte) Gesamtschule« von nicht wenigen als kommunistisches Machwerk verschrien war und keine Chance auf flächendeckende Einführung gehabt hätte, sind »Gemeinschaftsschulen« und eine zweigliedrige Oberschulstruktur ohne Hauptschule jetzt en vogue. Es sind auch hier die gerade noch funktionieren Eliten der weißen Mittelschicht, die zum Trost gern wenigstens die Zusage hatten, dass ihre Kinder nach wie vor in homogen weißen Klassen unterrichtet werden konnen*

Dimensionen des Redens über und des Handelns gegen »den Anderen«

Soziale Ungerechtigkeit, politisches Kalkül, hegemonialer Diskurs, kultureller Rassismus und so weiter...

IMAN ATTIA

Sobald über die desolate Bildungssituation oder über Nacktscanner bei Sicherheitskontrollen an Flughäfen nachgedacht wird, über Kriminalität, Drogen und Gewalt berichtet wird, über das Verhältnis der Geschlechter oder Auslandseinsätze der Bundeswehr diskutiert wird – irgendwann landet das Gespräch bei Muslimen. Dabei scheint es nur wenige zu stören, dass sich die hergestellten Bezüge nicht von selbst verstehen, dass die Verknüpfung des jeweiligen Themas mit einer Religion erst begründet werden müsste. Dennoch ist klar, was gemeint ist; viele nicken zustimmend, andere protestieren, nur wenige wundern sich. Wir haben es also mit einem Diskurs zu tun, der gesellschaftlich etabliert und wirkmächtig ist. Wie kommt es aber zu diesem Diskurs – und worüber wird nicht geredet, wenn über »den Islam« geredet wird?

Das christlich-islamische Verhältnis hat eine lange Geschichte (vgl. Höfert 2007). Seitdem der Islam als weitere monotheistische Religion bekannt wurde, grenzten sich Christentum und Islam gegeneinander ab, bekriegten und verbündeten sich, beeinflussten einander und befruchteten sich gegenseitig. Beide Religionen (und ihre jeweils vielfältigen, zeitlich und räumlich differenzierten Ausprägungen) haben Hegemonialansprüche gestellt, wurden zurückgedrängt, verblassten und lebten wieder auf. Soweit könnte also die gegenwärtige Diskussion um christliche Leitkultur versus islamische Parallelgesellschaft als zwar modernisierte, aber dennoch übliche Auseinandersetzung zwischen den beiden Religionen eingestuft werden. Kein Grund zur Aufregung also?

Tatsächlich deutet einiges darauf hin, dass es – mal wieder – darum geht, Territorien abzustecken, Präsenz, Bedeutung und Macht zu demonstrieren: Islamische Verbände beanspruchen mit repräsentativen Moscheen und islamischem Religionsunterricht Bürgerrechte, der Rat der evangelischen Kirchen in Deutschland ruft in seiner Handreichung »Klarheit und gute Nachbarschaft« zur Missionierung auf, der Papst suggeriert in seiner »Regensburger Rede« einen Entwicklungsvorsprung von Christen im Vergleich zu Anderen. Warum interessiert das aber so viele Menschen in Deutschland? Deuten diese Auseinandersetzungen auf eine Zunahme des religiösen Selbstverständnisses hin? Nimmt die Religiosität der Menschen insgesamt zu? Und was hat das mit Politik und vor allem mit Flucht und Migration zu tun? Der Bedeutung von Religion wird in einigen interessanten empirischen Studien nachgegangen (etwa Nökel 2002, Tietze 2001). Sie fragen nach den Subjektivierungsweisen von muslimischen Minderheiten in Deutschland und integrieren in Forschungsdesign und -bericht gesellschaftliche, soziale, kulturelle, religiöse und subjektive Perspektiven.

WAS HAT RELIGION MIT POLITIK UND GESELLSCHAFT ZU TUN?

Ich möchte mich im Folgenden auf die letzte Frage konzentrieren, darauf, was Religion mit Politik und Gesellschaft zu tun hat. Denn die Bezüge, die in den öffentlichen Diskursen hergestellt werden, kreisen zentral um politische und gesellschaftliche Fragestellungen und streifen nur marginal religiöse Aspekte. So soll die Islamkonferenz zur Integration von Eingewanderten beitragen, der Bildungsrückstand wird muslimischen Familien mit sog. Migrationshintergrund angelastet, die Auffälligkeiten von Jugendlichen werden besonders gravierend im muslimischen Kontext dargestellt etc. Was hat also Religion bzw. Islam mit der gesellschaftlichen Verortung von Migrant_innen und Flüchtlingen zu tun, wie wird daraus ein Politikum gemacht – und was wird dabei thematisch ausgeschlossen.

Wenn über die Missetaten und Entwicklungsrückstände von Muslimen in Deutschland die Rede ist, sind – wie nicht nur Sarrazin deutlich herausstellt – »Türken und Araber« gemeint. »US-Amerikaner«, »Indonesier« oder »Sudanesen« werden nicht primär als Muslime wahrgenommen. Bereits die Verknüpfung von Religion an Nationalität oder geographische Herkunft der (Groß-)Eltern wirft Fragen auf. Wenn etwa die Anzahl der Muslime in der Bundesrepublik aus der Anzahl der Eingewanderten aus Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit hergeleitet wird, dann findet eine Identitätszuweisung entlang von Religion statt. Dabei handelt es sich zunächst einmal um eine Fremddefinition, die nicht notwendig mit der subjektiven Bedeutung von Religion im Leben der Subjekte einhergehen muss. So kann Religion durchaus eine Rolle im Leben von Menschen spielen, ohne dass damit das zentrale Unterscheidungsmerkmal zum Rest der Bevölkerung markiert wäre. Manche bezeichnen sich selbst als islamisch, ohne sich deswegen in erster Linie und vor allem als Muslime zu verstehen. Die nationale Zuordnung von Religionszugehörigkeit zieht auch nicht die Möglichkeit in Betracht, dass sich namentlich unter den Auswanderer_innen und Flüchtlingen Personen befinden, die nicht mit der jeweils hegemonialen Religion oder Religionsauslegung ihres Herkunftslandes konform gehen. Insbesondere wird dabei jedoch missachtet, dass es sich – zumal unter den als Muslime markierten Minderheiten – infolge der Einwanderungs- und Asylgesetze nicht um soeben ins Land eingereiste Migrant_innen handelt. Ganz überwiegend sind Deutschlands »Muslime« hier aufgewachsen, haben in der Bundesrepublik ihren Lebensmittelpunkt und haben sich in jenen religiösen Strukturen eingerichtet, die in Auseinandersetzung mit der deutschen Gesellschaft entstanden sind – wenn überhaupt und in welcher Weise auch immer.

DAS REDEN ÜBER »MUSLIME«

Das Reden über »Muslime« meint also ganz überwiegend jene deutschen Minderheiten, deren Vorfahren vor Jahrzehnten als Arbeitsmigrant_innen aus der Türkei und als Flüchtlinge aus Palästina und dem Libanon eingereist sind. Damit sind Bezüge zur bundesdeutschen Gesellschaft hergestellt, die allzu häufig in der Debatte vernachlässigt werden: Es geht auch um Einwanderung und Flucht. Der Bildungsmisserfolg von »muslimischen Kindern mit Migrationshintergrund« muss dann gelesen werden als Bildungsmisserfolg von Kindern, deren (Groß-)Eltern ausgewählt wurden, um die neue Unterschicht der bundesdeutschen Gesellschaft zu bilden. An Akademiker_innen bestand eben sowenig Interesse wie an Sprachkenntnissen, kulturellen Praktiken oder religiösen Anschauungen der sog. Gastarbeiter_innen. Die Fabrik- und Landarbeiter_innen wurden in Wohnheimen untergebracht und auch von der deutschen Gesellschaft nicht als zu integrierende Neubürger_innen, sondern im besten Falle als Hilfskräfte auf Zeit angesehen. Die Bildungssituation dieser Familien spiegelt demnach deren sozio-ökonomische Position in Verbindung mit der spezifisch bundesdeutschen Variante von Arbeitsmigrationspolitik.
Anders sieht es bei den Flüchtlingen aus. Unter ihnen sind durchaus auch Akademiker_innen; ihre Bildungsabschlüsse und Berufserfahrungen sind in der Bundesrepublik jedoch nicht anerkannt. Auf Grund der Asylgesetzgebung dürfen sie lange gar nicht arbeiten und dann allzu häufig weit unterhalb ihrer Qualifikation. Perspektiven können in vielen Fällen nicht entwickelt werden, die Zukunft der Familien ist ungewiss. Kindern aus diesen Familien einen Bildungsrückstand auf Grund ihrer Religionszugehörigkeit zu bescheinigen, kulturalisiert politische Probleme. Das deutsche Schulsystem tut sein Übriges - wie im Zusammenhang mit PISA mehrfach herausgestellt wurde.
In ähnlicher Weise wären sämtliche Kritiken an »Muslime« (Geschlechterverhältnis, Antisemitismus, Gewalt, Drogen etc.) auf ihre jeweiligen Dimensionen hin zu befragen. Sie erhalten eine andere Bedeutung, wenn sie nicht zentral und ausschließlich auf die - tatsächliche oder vermeintliche - Religionszugehörigkeit zurückgeführt und damit kulturalisiert werden, sondern historisch-gesellschaftlich kontextualisiert werden. Die Kontextualisierung von Kultur und Religion ist aber weder im politischen noch im gesellschaftlichen Mainstream erwünscht: Die beklagte Situation ist derart eng an eigene politische Versäumnisse und Interessen, ökonomische Ausbeutungs- und Privilegierungsverhältnisse sowie postnationalsozialistische Identität gebunden, dass die Berücksichtigung dieser Faktoren grundlegende gesellschaftliche Themen (wieder) auf die Tagesordnung bringen würde.
Interessant ist nun, dass gesellschaftskritische Gruppierungen, die sich - solange es diskursiv um »Ausländer«, »Flüchtlinge« und »Fremde« ging - politisch, gesellschaftlich und auch persönlich engagierten, im Diskursfeld »Islam versus Westen« an antimuslimischer Abgrenzung und Herabsetzung beteiligt sind. Solange soziale Ungerechtigkeit und ein an Volk und Nation orientiertes Staatsverständnis fokussiert wurden, konnten Linke und Autonome sich für eine gerechtere Bundesrepublik einsetzen. Entlang kulturell und religiös markierter Diskriminierung aber fühlen sie sich nicht zuständig oder finden sich auf Seiten des Mainstream bzw. an dessen Speerspitze wieder. Kultur und Religion bieten offensichtlich weiten Teilen der bundesdeutschen Bevölkerung Anschlussmöglichkeiten. Lange vor der politischen Funktionalisierung »des Islam« waren in Alltagsdiskursen Orient- und Islambilder zur hierarchischen Grenzziehung zwischen »uns« und »den Anderen« selbstverständlich (vgl. Attia 2009). In politischen Auseinandersetzungen ist das Feindbild Islam erst seit dem Ende des Kalten Krieges (wieder) entdeckt worden, es war nötig, um innen- und außenpolitische Interessen zu legitimieren (vgl. Schulze 1991). Es konnte so mühelos aktiviert werden, weil es auf kulturelle und gesellschaftliche Diskurse zurückgriff, die über Jahrhunderte präsent waren und an die jeweiligen zeitlichen und räumlichen Bedingungen angepasst wurden (vgl. die Beiträge in Attia 2007). Die Bedeutung orientalisierender und antimuslimischer Diskurse für die gegenwärtige Sündenbockfunktion, die Muslimen zugewiesen wird, ist also zentral.

DAS FEINDBILD ISLAM UND SEINE INSTRUMENTALISIERUNG

Das Feindbild Islam und seine Instrumentalisierung zur Legitimierung und Fortschreibung eigener politischer Interessen kann also nicht hinreichend analysiert und nachvollzogen werden ohne die Berücksichtigung gesellschaftlicher, kultureller und Alltagsdiskurse. Hier zeigen sich Parallelen zu kolonialen Diskursen und Politiken, die ebenfalls auf die Konstruktion des, in diesem Falle schwarzen Anderen zurückgriffen und sie forcierten, um ihre Aggressionen und Privilegien zu rechtfertigen (vgl. Miles 1991). Bezugnehmend auf die allgemein anerkannte Rassismusdefinition von Memmi (1987) erfüllt damit der antimuslimische Diskurs und die entsprechenden Praktiken alle Merkmale von Rassismus: »Der Rassismus ist die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Vorteil des Anklägers und zum Nachteil seines Opfers, mit der seine Privilegien oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen.«
Darüber hinaus weist der antimuslimische Diskurs auch deutliche Bezüge zu antisemitischen Diskursen auf (vgl. Schiffer & Wagner 2009). Beide schöpfen historisch aus einem religiösen Gegenbild, das im Laufe der Zeit um kulturelle und gesellschaftliche, aber auch

(quasi-)biologische Zuweisungen angereichert wurde. Der »ewige Jude« und »einmal Muslim, immer Muslim« sind als Bilder nicht weit voneinander entfernt. Und auch einige Praktiken, wie etwa Anschläge auf jüdische und muslimische Institutionen und Symbole oder die Einschränkung von Bürger_innenrechten, weisen auf Analogien hin, insbesondere zwischen dem Antisemitismus im ausgehenden 19., beginnenden 20. Jahrhundert und dem Antimuslimismus heute. Die nationalsozialistische Erfahrung ist davon selbstredend ausgeschlossen, mit ihr sind antimuslimische Erfahrungen nicht vergleichbar. Indes zeigen sich in den derzeit kursierenden Verschwörungstheorien antisemitische Figuren, die nun gegen Muslime gerichtet werden (vgl. Shooman 2008, Widmann 2008). Dadurch unterscheiden sich Antisemitismus und Antimuslimismus von anderen rassistischen Diskursen und Praxen, etwa jene gegen Schwarze oder gegen Sinti und Roma.

Damit weist der Antimuslimismus sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede zum Kolonialrassismus und zum Antisemitismus auf. Der Begriff der Islamophobie versucht der Eigenständigkeit dieses Phänomens Rechnung zu tragen, suggeriert jedoch eine Täter-Opfer-Umkehr (wer ist in der Position desjenigen, dem Anderen Angst einzujagen; vgl. Sokolowsky 2009, der seinen Ausführungen die Angst der Aggressor_innen vor dem Islam zu Grunde legt) und bestätigt die Fremdheit des Anderen, indem die Angst vor dem Islam als »das Andere« begrifflich affirmiert wird. Insgesamt tendiert die Suche nach der zutreffenden Begrifflichkeit dazu, die Komplexität des Phänomens auf einen Aspekt zu reduzieren. Allerdings vermag es weder der sozialpsychologische Bezug auf Ressentiments noch die ökonomische Fokussierung auf Ausbeutung und Ungerechtigkeit oder die kulturwissenschaftliche Analyse von Diskursen jeweils alleine, den miteinander verwobenen Dimensionen gerecht zu werden – obwohl die Studien dazu beitragen können, sich der Thematik von unterschiedlichen Seiten anzunähern. Selbst Studien, die den Konstruktionscharakter außer Acht lassen und stattdessen meinen, dass es um religiöse Auseinandersetzungen ginge (vgl. Schneiders 2009 oder die Islamkonferenz) liefern interessante Diskussionsbeiträge. Indem jedoch Religion fokussiert wird, drohen die gesellschaftlichen und politischen Kontexte gänzlich zu verblassen.

Die Fokussierung religiöser Differenzen trägt damit zur Selbstversicherung der als christlich erklärten Leitkultur bei. Als religiöse Diskriminierung definiert, wird Islamfeindlichkeit allzu fließend als zwar herausragender, aber dennoch exemplarischer Fall von Diskriminierung aller Religionen, also auch der christlichen, in einem säkularen gesellschaftlichen Kontext präsentiert. Das gipfelt in Umarmungs- und Vereinnahmungsstrategien, wie sie etwa in der Erweiterung der christlichen (oder jüdisch-christlichen) zur »abrahamischen« Identität angeboten werden (vgl. Micksch 2008). Diese schließt zwar den Islam ein, aber andere, beispielsweise nicht monotheistische Religionen sowie atheistische Positionen aus. Insbesondere trägt die Reformulierung einer religiösen europäischen Identität nicht zur Dekonstruktion eines »Eigenen« bei.

Demgegenüber kann die Stärkung nicht-christlicher Belange, die deutlich als solche positioniert sind, die hegemoniale Stellung der christlichen Kirchen in Deutschland durch Pluralisierung schwächen. Die Stärkung islamischer, jüdischer und anderer religiöser Positionen kann so auch von einem atheistischen Standpunkt aus sinnvoll sein. Laut Grundgesetz dürfen Bürger_innen nicht auf Grund ihrer religiösen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Die Vervielfältigung religiöser Positionen kann ihre jeweilige Bedeutung minimieren, jedenfalls solange sie kontingent sind. Damit wird freilich kein Beitrag zur Überwindung von ökonomischer Ausbeutung, ausländer- und asylrechtlicher Marginalisierung oder rassistischer Diskriminierung geleistet. ✖

VERWENDETE PRIMÄRQUELLEN:

- *Attia, Iman (Hg.): »Orient- und IslamBilder. Interdisziplinäre Beiträge zu Orientalismus und antimuslimischem Rassismus«. Münster, 2007.*
- *Attia, Iman: »Die ›westliche Kultur‹ und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus«. Bielefeld, 2009.*
- *Höfert, Almut: »Das Gesetz des Teufels und Europas Spiegel. Das christlich-westeuropäische Islambild im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit«. In: Attia, Iman (Hg.): »Orient- und IslamBilder. Interdisziplinäre Beiträge zu Orientalismus und antimuslimischem Rassismus«. S. 85-110, 2007.*
- *Memmi, Albert: »Rassismus«. Frankfurt/M., 1987.*
- *Micksch, Jürgen (Hg.): »Vom christlichen Abendland zum abrahamischen Europa«. Frankfurt/M., 2008.*
- *Miles, Robert: »Rassismus«. Hamburg, 1991.*
- *Nökel, Sigrid: »Die Töchter der Gastarbeiter und der Islam. Zur Soziologie alltagsweltlicher Anerkennungspolitiken«. Bielefeld, 2002.*
- *Schiffer, Sabine; Wagner, Constantin: »Antisemitismus und Islamophobie – ein Vergleich«. Wassertrüdingen, 2009.*
- *Schneiders, Thorsten Gerald: »Einleitung«. In: Ders. (Hg.): »Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen«, S. 9-15, Wiesbaden, 2009.*
- *Schulze, Reinhard: »Vom Anti-Kommunismus zum Anti-Islamismus. Der Kuwait-Krieg als Fortschreibung des Ost-West-Konflikts«. In: Mattes, Norbert (Hg.): »Wir sind die Herren und ihr unsere Schuhputzer! Der Nahe Osten vor und nach dem Golfkrieg«. S. 207-219, Frankfurt/M., 1991.*
- *Shooman, Yasemin: »Islamfeindschaft im World Wide Web«. In: Benz, Wolfgang (Hg.): »Jahrbuch für Antisemitismusforschung 17«. S. 69-96, Berlin, 2008.*
- *Sokolowsky, Kay: »Feindbild Moslem«. Berlin, 2009.*
- *Tietze, Nikola: »Islamische Identitäten. Formen muslimischer Religiosität junger Männer in Frankreich und Deutschland«. Hamburg, 2001.*
- *Widmann, Peter: »›Der Feind kommt aus dem Morgenland‹. Rechtspopulistische ›Islamkritiker‹ um den Publizisten Hans-Peter-Raddatz suchen die Opfergemeinschaft mit Juden«. In: Benz, Wolfgang (Hg.): »Jahrbuch für Antisemitismusforschung 17«, S. 45-68, Berlin, 2008.*

ÜBER DIE AUTORIN

- *Die Autorin ist Professorin für Diversity Studies mit dem Schwerpunkt Rassismus und Migration an der Alice Salomon Hochschule Berlin.*

Wem nutzt antimuslimischer Rassismus?

Soziale Funktionen des Diskurses über Islam und MuslimInnen

◘ CONSTANTIN WAGNER

Mittlerweile hat sich in den meisten antirassistisch informierten Kreisen die Einsicht etabliert, dass es eine Form von Rassismus gibt, die speziell MuslimInnen oder »muslimisierte« Menschen trifft: Ein Ressentiment gegen Personen, *weil* sie MuslimInnen sind oder für solche gehalten werden. Die Existenz dieses antimuslimischen Rassismus kann nur bestreiten, wer sich den mannigfaltigen Erscheinungsformen desselben verschließt und natürlich nur der- oder diejenige, der oder die aufgrund ihrer sozialen Positionierung nicht davon betroffen ist. Gleichsam gibt es in der Diskussion um dieses spezifische Ressentiment die Frage, was es rechtfertigt, hier nicht einfach von »Rassismus« zu sprechen, sondern auf eigene Begriffe wie »antimuslimischer Rassismus«, »Islamfeindlichkeit« oder »Islamophobie« zurückzugreifen. Diese Frage ist an anderen Stellen ausführlicher erörtert worden. Hier soll der Hinweis genügen, dass es zum einen die rassistische Argumentation selber ist, die eine Bedeutungsverschiebung von einem »klassischen« rassistischen »Ausländer«-Diskurs zu einem speziell auf MuslimInnen abzielenden und sich zum Teil explizit anti-rassistisch und emanzipatorisch gebenden kulturellen Rassismus vornimmt und zum anderen, dass in gegenwärtigen Diskursen über Islam und MuslimInnen ein spezifisches, Jahrhunderte altes Narrativ bedeutsam wird. In diesem Narrativ sind die meisten zeitgenössischen Vorstellungen, wie »die Muslime so sind« bereits vorhanden – sie zählen zum relativ konstanten Sinnvorrat der westlichen Gesellschaften, die sich historisch in Abgrenzung vom »muslimischen Anderen« konstituiert haben. Rassistische Bilder aus dem »Ausländer«-Diskurs, wie die Vorstellung von Kriminalität und Bedrohung der inneren Sicherheit sind vom antimuslimischen Ressentiment zwar aufgenommen und transformiert worden; hinzu kommen jedoch Vorstellungen über Islam und MuslimInnen, die eben jenen historischen Hintergrund haben, tief in die hegemonial-westliche Selbstsicht eingeschrieben zu sein und durch Sprache, Alltagskultur und Geschichtsschreibung tradiert zu werden.

Für die antirassistische Praxis ist es wichtig, anzuerkennen, dass es einen spezifisch antimuslimischen Rassismus gibt, um gegen diesen vorgehen zu können. Schließlich liegen unzählige Diskriminierungserfahrungen von Betroffenen vor. In der zum Teil sehr aufgeregten Diskussion darüber, ob es einen antimuslimischen Rassismus überhaupt gibt und ob mit der Anerkennung desselben verknüpft sei, patriarchale Praktiken nicht mehr universal kritisieren zu können, geht häufig aber ein anderer notwendiger Schritt verloren: Die Analyse der gesellschaftlichen Funktionen dieses Ressentiments. Zu verstehen, welche gesellschaftlichen Aufgaben der Diskurs über Islam und MuslimInnen erfüllt, ist aber eine weitere Voraussetzung, um wirksam gegen ihn angehen zu können. Wie bei jedem rassistischen Diskurs verfügt dieser nicht über ein oder zwei zu isolierende Funktionen. Aus diskurstheoretischer Sicht ist es ausgeschlossen, dass die Vorstellungen über Islam und MuslimInnen von einer Akteursgruppe bewusst zu ihren Zwecken installiert worden sind. Solche Vorstellungen haben häufig einen verschwörungstheoretischen Touch und werden der Komplexität und Verstricktheit ganz verschiedener AkteurInnen in rassistische Diskurse nicht gerecht. Auf zwei verschiedene soziale Funktionen des antimuslimischen Ressentiments, die einem »Rassismus von unten« und einem »Rassismus von oben« entsprechen, wird im Folgenden näher eingegangen.

ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS ALS SYMBOLISCHES DISTINKTIONSMITTEL

Durch diskursive Praxen wird die Wahrnehmung von sozialen Gruppen und dem, was als Gruppe betrachtet wird, modifiziert, gefestigt oder geändert. Diese gesellschaftliche Wahrnehmung beeinflusst wiederum ganz konkret die Chancen von sozialer Teilhabe derer, über die gesprochen wird. Durch mangelnde gesellschaftliche Anerkennung kann die Verfügbarkeit von gesellschaftlichen Ressourcen beschränkt werden. Um Distanz und Hierarchie aufrechtzuerhalten, müssen die symbolischen Grenzen immer wieder neu gezogen und bestätigt werden. Dies geschieht vor allem durch die ständige Reproduktion der dominierenden Bilder in Medien, im Alltag, in der Wissenschaft und der Politik, so Rommelspacher. Wenn sich durch die ständige Reproduktion von bestimmten Bildern ein rassistisches »Wissen« etabliert, wie gegenwärtig im Diskurs über Islam und MuslimInnen erkennbar, kann die Eigentümlichkeit von MuslimInnen als bewiesen, als »normal« oder »natürlich« erscheinen. Dieser Vorgang kann dabei im Interesse dominierender Gruppen sein, die über diese Unterscheidung und polemische Aufladung der Unterschiede ihr Interesse an Abgrenzung verbergen können. Stereotype haben in diesem Falle die Funktion, »gesellschaftliche Statuszuweisungen zu rechtfertigen. Dabei ›erklärt‹ die Fremdheit der Anderen die soziale Distanz, und ihre negativen Konnotationen begründen die Herabsetzung.« (Rommelspacher 2002: 14)

In öffentlichen Räumen, zu denen der Zutritt nicht kategorisch einer Gruppe vorbehalten ist, werden Praktiken der Distinktion wirksam, deren notwendige Voraussetzung Klassifikationen sind. Dabei kommen sichtbaren symbolischen Mitteln bedeutende Distinktions- und Abgrenzungsfunktionen zu, so Reuter. Vor diesem Hintergrund

kann die Debatte um das Kopftuch interpretiert werden. Das häufig genannte Beispiel, dass das Kopftuch niemanden stört, solange es von Putzfrauen getragen wird, aber zum »Problem« avanciert, wenn eine Ärztin, Anwältin oder Lehrerin es tragen will, kann uns als Hinweis darauf dienen, dass hier gesellschaftliche Zugangschancen (mit-)verhandelt werden.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, dass eine Gruppe von weißen deutschen Feministinnen um Alice Schwarzer an der abwertenden Darstellung von Islam und MuslimInnen entscheidend beteiligt ist: Es gebe einen internationalen islamistischen Kreuzzug, der auch die westliche Welt infiltriere, so Schwarzer. Dies macht sie daran fest, dass ihr »mitten in Köln« eine Frau im Tschador begegnet sei. Seit den 1990er Jahren gebe es außerdem den Versuch der systematischen Unterwanderung des deutschen Rechtssystems. Insbesondere das Kopftuch als äußeres Erkennungsmerkmal und Symbol, als »Flagge der Islamisten« wird von Schwarzer (2007: 50ff.) attackiert. Die Argumentation von kopftuchtragenden Frauen, dass ihr öffentliches Bekenntnis angesichts ihrer Minderheitenposition gerade ihre Eigenständigkeit als Frau unter Beweis stelle, wird dabei nicht zur Kenntnis genommen und ist mit dem Bild von der unterdrückten muslimischen Frau nicht vereinbar, so Rommelspacher.

Wer sich ausführlicher mit der Argumentation von Schwarzer und ihren FreundInnen beschäftigt, wird den Eindruck nicht los, dass es in diesem Diskursstrang bisweilen nicht darum geht, die Unterdrückung »der muslimischen Frau« aufzuheben, sondern eher darum, sie immer wieder festzustellen. Die Rede über Musliminnen ist geradezu ein Musterbeispiel von postkolonialer Rede über »Andere«, deren Stimmen nicht gehört werden. An diesem Beispiel kann eine zentrale Funktion der pauschalen Darstellung und der abwertenden Rede nachvollzogen werden: Die Personen, die über MuslimInnen reden, profitieren von deren Abwertung, auch wenn dies nicht bewusst geschieht; meist laufen die Abgrenzungsprozesse subtil ab. Das erklärt für Rommelspacher auch die Diskrepanz zwischen der faktischen Diskriminierung von Minderheiten und der Selbstwahrnehmung von großen Teilen der »Mehrheitsgesellschaft«, dies weder zu wollen noch zu tun. Diskriminierungen und Abwertungen von ethnisch oder religiös definierten Gruppen können so als Aufwertungsstrategie kollektiver AkteurInnen gedeutet werden.

Der Diskurs über Islam und Muslime – wie exemplarisch am Diskursstrang über die »muslimische Frau« nachvollzogen werden kann – beinhaltet die Artikulation einer Machtstellung sowie die Legitimation von Exklusionsmechanismen:

»Schließlich hat die Kontroverse um das Kopftuch für die westlichen Frauen auch die Funktion, sie in ihrem Selbstverständnis als moderne Frauen zu stärken und damit ihre Privilegierung den nichtdeutschen Frauen gegenüber zu legitimieren. Denn Tatsache ist, dass der soziale Aufstieg der einheimischen deutschen Frauen in den letzten Jahren zu einem Großteil auf die soziale Unterschichtung durch Migrantinnen zurückzuführen ist. Ihre berufliche Emanzipation verdanken die einheimischen Frauen also weniger der Aufhebung der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern als vielmehr der Tatsache, dass die Einwanderinnen die schlecht bezahlten und untergeordneten Tätigkeiten übernommen haben.« (Rommelspacher 2002: 128)

Eine solche ethnische Unterschichtung habe zur Folge, dass die Privilegierten besonders forciert ihren Machtanspruch geltend machen müssten, da sie ihre Position vor allem der ethnisch-kulturellen Zugehörigkeit zu verdanken hätten. Insofern habe der Emanzipationsdiskurs für die »deutschen« Frauen auch die Funktion der Selbstvergewisserung und Distinktion bekommen, denn die Spaltung zwischen einheimischen und nicht als einheimisch anerkannten Frauen werde im Wesentlichen über den Emanzipationsdiskurs ideologisch abgesichert, so Rommelspacher. Der Diskurs über »die muslimische Frau« erscheint so als Diskriminierungs- und Delegitimierungsstrategie. Er lässt sich als Kampf um kulturelle Dominanz, der parallel zu ökonomischen Kämpfen stattfindet, verstehen. Hinter der Mitleids- und HelferInnenposition gegenüber der muslimischen Opfer-Frau steht ein Überlegenheitsanspruch, der über die Konstruktion der unterdrückten muslimischen Frau aufrechterhalten werden kann. Indem einerseits Sexismus und Patriarchat als orientalisch bzw. islamisch und andererseits Gewalt als männlich identifiziert werden, kann die eigene (Mit-)Täterschaft an rassistischen Diskursen und Praxen geleugnet werden, wie Attia und Kreile in Übereinstimmung feststellen.

ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS ALS MITTEL ZUR ORGANISATION VON HEGEMONIE

Neben diesem Moment verfügt der Diskurs über Islam und MuslimInnen über systemerhaltende und ordnungsstiftende Funktionen. Ganz verschiedene soziale und politische Probleme werden mit den Eigenschaften »des Anderen« erklärt. Der Diskurs über Islam und Muslime steht dabei beispielhaft für die Kulturalisierung sozialer und politischer Problemlagen. Kämpfe zwischen AkteurInnen werden auf Grundlage dieses kulturalistischen Paradigmas als Streitfragen zwischen transzendenten Essenzen behandelt. Hinter diesen quasi-essentiellen Einheiten verschwinden jegliche Interessen(spolitiken), wie Al-Azmeh feststellt. Damit erstarkt ein essentialistisch-differentialistischer Kulturbegriff, wie es paradigmatisch in der Diskussion der Thesen Huntingtons seit den neunziger Jahren zum Ausdruck kommt. Gleichzeitig wird über die Schreckensbilder vom »Innenleben des Fremden« suggeriert, dass man zufrieden mit der eigenen Zugehörigkeit und Situation sein solle.

Im Islam-Diskurs prominent vertreten sind auch die Themen »Bedrohung« und »Sicherheit«. Dies ist deshalb interessant, weil sich der Nationalstaat in der bürgerlichen Philosophie klassischerweise als »Schutzraum« legitimiert: Gleichzeitig ist Gewalt und eine vom Islam

ausgehende Bedrohung eine Konstante in der gesamten *orientalistischen* Literatur und insbesondere im aktuellen Diskurs. Das Feindbild »Islam« suggeriert Bedrohung und lässt so den Schutz seitens des Staates erforderlich erscheinen. Die zunehmende Konzentration auf das Phänomen »islamischer Terrorismus« im Sicherheitsdiskurs hat zu einem veränderten Verhältnis gegenüber Staat und Recht geführt, wie Trautmann herausarbeitet. Der Trend weist in Richtung der Akzeptanz eines restriktiveren, autoritativeren und sicherheitsbetonteren Staatsverständnis bis hin zu einem proaktiven Sicherheitsstaat. Über den imaginierten »Angriff von Außen« wird eine innere Solidarität und Überlagerung von Interessenskonflikten erreicht; unterstellte wechselseitige Loyalität der Muslime erfordert Loyalität gegenüber der eigenen Führung, so Ruf. Das Vorhandensein eines Gegners stärkt die Kohäsion der Gruppe und stellt zudem ihre Kooperationsbereitschaft und Loyalität gegenüber der Führung sicher. Dass dies sogar für sich selbst als herrschaftskritisch verstehende Kreise gilt, zeigt das Beispiel Alice Schwarzer exemplarisch. Das Betonen von kulturellen Unterschieden im Allgemeinen und die Evokation einer Bedrohung im Besonderen sind hilfreich, um das nationale Kollektiv als nicht hinterfragte Gemeinschaft zu bekräftigen. Nicht nur »der Islam«, sondern auch »der Westen« wird so in unhistorischer Weise als homogene Einheit von Glauben, Moral, Politik und sozialen Praktiken konzipiert. Je deutlicher »die Anderen« als anders markiert werden, desto eher wird die eigene Zugehörigkeit zu einer Gruppe als natürlich und selbstverständlich erfahren. So ist von einer Kraft des Schlagwortes der kulturellen Identität auszugehen, die dort Einigkeit (und Recht und Freiheit) diagnostiziert, wo starke Differenzen herrschen. Zum Teil gelingt es mit solchen rassistischen Diskursen, ganz verschiedene gesellschaftliche Fraktionen zusammenzubringen.
An diesen und zahlreichen weiteren Beispielen lässt sich verdeutlichen, wie antimuslimischer Rassismus die Position der gesellschaftlich und politisch führenden Fraktionen absichert. Noch deutlicher wird diese Funktion bei der (offenkundig instrumentellen) Bezugnahme konservativer Kräfte auf die Rechte von Frauen oder Homosexuellen. Hier wird deutlich, dass versucht wird, über den Islam-Diskurs die eigene Führung und das bestehende System zu legitimieren.

FAZIT

Die beiden hier ausgemachten Analyseebenen entsprechen Rassismus von »unten« und von »oben«. Damit sollte gezeigt werden, dass der Diskurs über Islam und MuslimInnen unterschiedliche gesellschaftliche Funktionen erfüllt. Das bedeutet, dass dieselben Bilder von unterschiedlichen AkteurInnen aufgegriffen und »genutzt« werden können. Dies gilt sowohl für – im gesamtgesellschaftlichen Feld tendenziell selbst in beherrschter Position stehende – weibliche Akteure, für die die symbolische Abwertung von MuslimInnen ein Gewinn bedeutet, als auch für gesellschaftlich führende Fraktionen, die mit Verweis auf die gleichen Bilder ihre Führung und Politik legitimieren können. Neben dieser systemstabilisierenden Funktion des Ressentiments sind es aber natürlich nicht nur die Frauen der Mehrheitsgesellschaft, für die abwertende Bilder von MuslimInnen ein Distinktionsgewinn bedeutet; auch Männer profitieren.
Auch wenn das Bekämpfen des antimuslimischen Ressentiments nicht leichter erscheint, wenn klar wird, dass es nicht auf einem simplen »Missverständnis« beruht, sondern auf materialen Interessen unterschiedlicher gesellschaftlicher Fraktionen, sollte dies benannt werden. Antimuslimischer Rassismus wird durch »Aufklärung« nicht einfach zu beseitigen sein. Gerade deshalb erscheint es wichtig, seine Funktionen offen zu legen, um die Analyse von Rassismus nicht auf die Betroffenen zu verengen, sondern dessen Profiteure als eigentliche ProtagonistInnen dieser Diskurse zu benennen und ihr Verhalten analysieren und verstehen zu können. ✖

VERWENDETE PRIMÄRQUELLEN:

- *Al-Azmeh, Aziz (1996): Islams and Modernities. Verso-Verlag, London/New York, 2. Auflage.*
- *Attia, Iman (2007): Kulturrassismus und Gesellschaftskritik, S. 5-28, in: Attia 2007, in: dies. (Hg.): Orient- und IslamBilder. Interdisziplinäre Beiträge zu Orientalismus und antimuslimischen Rassismus. Unrast-Verlag, Münster.*
- *Kreile, Renate (1993): EMMA und die »deutschen Frauen«: »an's Vaterland, an's teure, schließt euch an«, S. 123-130, in: Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.: Beiträge zur feministischen theorie und praxis, nr. 35: Feminis-muß.*
- *Reuter, Julia (2002): Ordnung des Anderen. Zum Problem des Eigenen in der Soziologie des Fremden. transcript Verlag, Bielefeld.*
- *Rommelspacher, Birgit (2002): Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft. Campus-Verlag, Frankfurt/Main u.a.*
- *Ruf, Werner (2000): Der Islam: eine Herausforderung für die Sicherheit des Westens?, in: Prisma. Zeitschrift der Universität, Gesamthochschule Kassel, Nr. 61 / Juli 2000.*
- *Schwarzer, Alice (2007): Im Namen des Propheten, S. 49-65; in: Die Antwort. Kiepenheuer & Witsch, Köln, 2. Auflage.*
- *Trautmann, Sebastian (2006): »Terrorismus und Islamismus« als Medienthema. Neue Bedeutungslinien im öffentlichen Diskurs zur Politik der Inneren Sicherheit, S. 141-152, in: Butterwege, Christoph / Hentges, Gudrun (Hg.): Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung. VS Verlag für Sozialwissenschaft, Wiesbaden.*

ÜBER DEN AUTOR

- *Constantin Wagner ist Mitautor des Buches »Antisemitismus und Islamophobie. Ein Vergleich«, Hwk Verlag 2009, ISBN 978-393?245058*

Ist es hilfreich, Islamfeindlichkeit mit Antisemitismus zu vergleichen?

Anmerkungen zur Benz-Broder-Debatte

I MAIKE WEIßPFLUG

Ein heftiger Streit ist entbrannt zwischen Wolfgang Benz, dem Leiter des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung (ZfA) und dem Publizisten Henryk Broder. Es geht dabei um die Frage, ob es legitim ist, Vorurteile gegenüber Muslimen mit Antisemitismus zu vergleichen. Benz vertritt die Auffassung, dass die Vorurteilsforschung aus dem Vergleich von Juden- und Islamfeindschaft wertvolle Erkenntnisse ziehen kann und erkennt in Antisemiten und Islamfeinden »Hetzer mit Parallelen« (Benz 2010). Broder reagierte auf Benz' im Januar in der Süddeutschen Zeitung erschienenen Artikel mit einer Polemik in der Welt. Prinzipiell, heißt es da, könne man ja alles irgendwie vergleichen – die »Wehrmacht mit der Heilsarmee, einen Bikini mit einer Burka und die GEZ mit der Camorra« (Broder 2010), doch im Falle von Benz sei die praktische wie eindeutige Aussage hinter dem Vergleich, dass »Muslime die Juden von heute« seien. Und dies treffe schlicht nicht zu – zumal Benz die Begriffe »Islamfeindschaft« und »Islamkritik« synonym verwende und damit zusätzlich suggeriere, jede Kritik am Islam sei unweigerlich vorurteilsbeladen. All dies, so Broder resümierend, stelle eine unverantwortliche Verharmlosung sowohl des aktuellen als auch des historischen Judenhasses und seiner mörderischen Folgen dar. Auch von wissenschaftlicher Seite erntet Benz Kritik. Julius Schoeps, Direktor des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam, befürchtet durch den Vergleich, der zudem den Falschen nütze, ebenfalls eine Verharmlosung des Antisemitismus. Zwar sei es wichtig und an der Zeit, das wachsende Ressentiment gegenüber Muslimen in den westlichen Gesellschaften zu untersuchen, wolle man nicht »in einen irreparablen ›Clash der Kulturen‹ schlittern« (Schoeps 2010), doch führe Benz' Vergleich eher zu Polarisierungen als zur Aufklärung von Feindbildern. Angesichts von Benz' Nebenbemerkung, »aggressive Philosemiten« seien die schlimmsten Islamfeinde, stellt Schoeps sich die Frage, ob man »antiisraelische Positionen vertreten [müsse], um nicht in den Verdacht zu geraten, ›islamophob‹ zu sein«.

Die aktuelle Kontroverse hat eine Vorgeschichte; sie reicht bis zu der im Dezember 2008 vom ZfA ausgerichteten Tagung »Feindbild Muslim – Feindbild Jude« zurück. Bereits damals waren Benz und seine Kolleg_Innen für ihr vergleichendes Vorgehen von einer Gruppe von Autoren – neben Broder v.a. Matthias Küntzel und Clemens Heni – mit ähnlichen Argumenten scharf angegriffen worden. Seitdem kocht die Diskussion immer wieder hoch. Doch wie kommt es, dass eine Frage, die zunächst nicht mehr als ein akademisches Methodenproblem zu schein scheint, solche Wellen schlägt? Die aufgeladene Debatte bewegt sich in einem unübersichtlichen Feld. Dem Zentrum für Antisemitismusforschung geht es nach eigener Aussage darum, ein relativ neues gesellschaftliches Phänomen zu beschreiben und zu erklären: wachsende Vorurteile gegenüber Muslimen innerhalb der deutschen bzw. der europäischen Gesellschaft. Das ist ein legitimes Anliegen, das wohl nur von denjenigen in Frage gestellt wird, bei denen dieses Ressentiment selbst zu vermuten ist. Es erscheint – zumindest aus wissenschaftlicher Perspektive – zumindest nicht falsch, im Vergleich mit dem sehr viel älteren, beständigeren und in seinen Konsequenzen und Folgen einzigartigen Antisemitismus eine Annäherung an das Thema zu versuchen. Im Ergebnis kann ein solcher Vergleich zeigen, in welcher Hinsicht sich die Phänomene ähneln – und in welchen nicht; er kann dabei, gerade wenn auf die Unterschiede geachtet wird, zu einem schärferen Bild beider Phänomene beitragen. Nun sind allerdings die Einwände, auf die der Vergleich von Antisemitismus und Islamfeindlichkeit stößt, in erster Linie keine theoretischen, sondern politische. Benz' Kritiker berufen sich dort, wo man sie ernst nehmen muss, auf die Tatsache, dass der Antisemitismus zum einen nicht nur historisch, sondern auch heute und hier eine große und konkrete Bedrohung für Juden darstellt, und dass er zum anderen (zwar nicht nur, aber gerade auch) unter Muslimen weit verbreitet ist.

Das politische Argument zielt auf die symbolische Ebene. Es beinhaltet die Befürchtung, dass durch den Vergleich die Gefahren des Antisemitismus nicht mehr mit der nötigen Aufmerksamkeit beachtet würden - zumal das renommierte ZfA als eine der gesellschaftlich wirksamen Stimmen in dieser Frage wahrgenommen wird. Es scheint also nicht bloß ein Streit um den richtigen Weg in der Erforschung von Ressentiments und Vorurteilen entbrannt zu sein, sondern auch einer um die politische Bedeutung, die politische Bewertung von Antisemitismus und Islamfeindlichkeit. Ein Versuch der Vermittlung stammt von Micha Brumlik. Er bemüht sich, den drei Kritikern von Benz argumentativ zu begegnen: Deren Vorwürfe seien zwar im Ganzen unbegründet, enthielten aber »doch immerhin jenes Quäntchen Wahrheit«, das ausreiche, »um aus einer Andeutung eine ganze Lüge zu machen« (Brumlik 2010). Erstens sei ein Vergleich nicht per se verharmlosend, sondern könne durchaus zu einem besseren Verständnis auch des Antisemitismus beitragen; zweitens spreche der Umstand, dass die Islamfeindschaft ein recht neues und wissenschaftlich kaum erfasstes Phänomen ist, eher dafür, es vergleichend zu untersuchen; drittens könne den Vergleich nur zynisch nennen, wer die islamische Religion selbst schon für antisemitisch halte - hier sei also eine Differenzierung zwischen Islam und antisemitischem Islamismus (und der realen Bedrohung) essentiell.
Anknüpfend an diese guten Argumente möchte ich die Debatte unter zwei Gesichtspunkten betrachten und daraus einen Vorschlag ableiten: Erstens scheint es hilfreich zu sein, genauer hinzuschauen, was ein Vergleich von Antisemitismus und Islamfeindlichkeit tatsächlich aussagen kann - anders gesagt: was wir aus ihm lernen können. Zweitens möchte ich zwischen der theoretischen und der politischen Dimension des Vergleichs unterscheiden. Mein Vorschlag lautet schließlich, in der Diskussion zu berücksichtigen, dass eine wissenschaftliche Erkenntnis in der politischen Öffentlichkeit eine ganz andere Aussagekraft erhalten kann.

DIE FALLSTRICKE DES VERGLEICHS...

Vergleiche sind immer ein zweischneidiges Schwert. Zwar können wir häufig erst durch einen Vergleich zu einer Bewertung eines Gegenstandes kommen - insbesondere dann, wenn es sich um ein noch nicht gut beschriebenes Phänomen handelt, wie im Falle des Vorurteils gegen Muslime. Das erkennt man bereits an der Unsicherheit in der Begriffswahl: die Bezeichnungen reichen von Islamkritik über Islamophobie bis hin zu Islamfeindlichkeit; manche weigern sich auch, dem Phänomen einen eigenen Namen zu geben, da es sich gar nicht um ein neues, besonderes Vorurteil handele, sondern lediglich um ein altbekanntes rassistisches Stereotyp. Ein Vergleich mit eindeutig beschriebenen, im weitesten Sinne ähnlichen Phänomenen kann in einer solchen Situation helfen, zu einer genaueren Einordnung zu kommen. Doch jeder Vergleich hat auch seinen Preis, denn das zu Vergleichende muss zuerst vergleichbar gemacht, d.h. auf denselben Nenner gebracht werden. Dabei werden aber nahezu zwangsläufig die besonderen und unvergleichlichen Aspekte des Verglichenen unsichtbar gemacht.
Diese Eigenart jedes Vergleichs tritt verschärft auf, wenn nicht nur theoretisch, sondern politisch argumentiert wird - hier impliziert der Vergleich nahezu zwangsläufig eine Positionierung. Der jeweiligen Gegenseite wird dann - wie im vorliegenden Streit - vorgeworfen, wesentliche Aspekte nicht zu beachten oder den Vergleich zur Relativierung zu benutzen. In diesem Falle ist es den Kritikern zufolge die Besonderheit des Antisemitismus und seiner mörderischen Geschichte, die in den Hintergrund gerät. Dem kann jedoch entgegengehalten werden, dass gerade der vergleichende Blick auf Antisemitismus und Islamfeindlichkeit ein politisches Argument für die Debatte offenbart. Was den Antisemitismus anderen Feindbildkonstruktionen gegenüber so einzigartig macht, und darin sind sich die meisten Theorien einig, ist seine Blindheit, seine Absichtslosigkeit.

Antisemitismus ist das »Gerücht über die Juden«, wie Theodor W. Adorno sagt, und das heißt, er funktioniert völlig unabhängig vom realen Verhalten der Betroffenen. Antisemiten brauchen die Juden als Projektionsfläche, sie übertragen ihre eigenen, inneren Konflikte nach außen, um sie in Gestalt der Juden bekämpfen zu können. Dies verleiht dem Judenhass eine hermetische Abgeschlossenheit und macht ihn immun gegen rationale Argumente und schlichte Tatsachen, die dem Wahn offenkundig widersprechen. Es hilft darum nichts, zu beweisen, dass die Juden gar keine Weltverschwörung geplant haben. Wer so argumentiert, hat sich schon viel zu sehr auf die antisemitische Logik eingelassen. Antisemitismus kann, und das ist eine zentrale Erkenntnis aller wissenschaftlichen Erklärungsversuche, einzig und allein mit Blick auf die Antisemiten verstanden werden. Und hier liegt auch der wesentliche Unterschied zur Islamfeindlichkeit: einige Ängste vor islamistischem Terror haben sehr wohl einen realen Hintergrund. Wahnhaft wird es dann, wenn deswegen Muslime unter Generalverdacht gestellt werden. Um das Phänomen der Islamfeindschaft in den Blick zu bekommen, liegt die Aufgabe darin, zwischen einem wahnhaften und einem realitätsgerechten Umgang mit dem Islam und der Gewalt, die im Namen des Islam geschieht, zu unterscheiden.

...UND SEINE POLITISCHEN KONSEQUENZEN

Bei der Unterscheidung zwischen Wahn und Wirklichkeit kann die Wissenschaft aber lediglich eine Hilfestellung leisten, denn diese kann nur innerhalb des politischen und gesellschaftlichen Prozesses, zu dem auch die Diskussion um den Vergleich gehört, selbst getroffen werden. Das politische Thema klingt jedoch ein wenig anders als das wissenschaftliche, denn hier geht es mehr um die Frage gelingender Integration, Identität und gesellschaftlicher Freiheit. Was bedeutet dies für den umstrittenen Vergleich? Zunächst ist festzustellen, dass er in der nüchternen Sprache der Wissenschaft etwas anderes bedeutet als in der moralisch aufgeladenen Sprache der öffentlichen Diskussion. Das soll nicht heißen, dass Wissenschaftler keine Vergleiche anstellen dürften, die politisch umstritten sein könnten. Doch ist es eine Grundbedingung der wissenschaftlichen Erkenntnissuche, dass Forscher ihre Methoden zunächst unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen und Trends frei wählen dürfen und sollen; der fremde Blick des distanzierten Beobachters der Gesellschaft hilft nicht nur, neue Probleme überhaupt wahrzunehmen, sondern ist auch die Bedingung für eine kritische Haltung. Micha Brumlik hat hervorgehoben, dass auch politisch brisante Vergleiche letztlich gesellschaftlich wichtige Erkenntnisse hervorbringen können. Als Beispiel nennt er die vergleichende Genozidforschung. Vergleiche zwischen der Vernichtung der europäischen Juden und anderen Völkermorden, zum Beispiel des Aushungerns der ukrainischen Bauern unter Stalin, waren in der Öffentlichkeit ebenfalls stark umstritten - und zwar zu Recht, da politisch gesprochen dem Vergleich tatsächlich auch immer das Gleichsetzende und Relativierende innewohnt. Inzwischen ist jedoch weitestgehend anerkannt, dass gerade die vergleichenden Genozidstudien sehr viel dazu beigetragen haben, die Einzigartigkeit der Shoa klarer in den Blick zu bekommen. Wolfgang Benz verteidigt sich also zu Recht mit dem Argument, die Wissenschaft dürfe sich von politischen Attacken nicht beeindrucken lassen. Allerdings enthebt dies die Forschung nicht ihrer gesellschaftlichen Verantwortung - ganz im Gegenteil: Gerade die wissenschaftliche Freiheit verlangt ein klares Bewusstsein dafür, welche gesellschaftliche und politische Bedeutung die eigenen Forschungsergebnisse gewinnen können, wenn sie öffentlich kommuniziert und diskutiert werden. Dies gilt für Sozialwissenschaftler und Vorurteilsforscher, die mit ihren wissenschaftlichen Aussagen immer schon Teil der gesellschaftlichen Selbstverständigung sind, natürlich im besonderen Maße. Die Argumente der Wissenschaft bedürfen darum stets - und das zeigt diese Debatte hier besonders deutlich - einer Übersetzung in die Sprache der Öffentlichkeit und der Politik. Die Frage lautet darum, was aus dem Vergleich zwischen Antisemitismus und Islamfeindlichkeit in einem politischen Sinne zu lernen ist und in welcher Form wir öffentlich darüber diskutieren sollten.

Wie der anhaltende Streit zeigt, führt der direkte Vergleich von Antisemitismus und Islamfeindlichkeit in der politischen Debatte bloß zu einer Konkurrenz der Stereotype und zu einer Polarisierung, die möglicherweise den Blick auf eine tatsächliche Gemeinsamkeit verstellt. Dabei lehrt gerade die intensive Beschäftigung mit dem Antisemitismus doch ganz sicher eines: Ressentiment ist ein Problem derjenigen, die es haben; es ist ein Problem der Gesellschaft, in der es wachsen und gedeihen kann. Es ist darum ratsam, die Aufmerksamkeit auf die gesellschaftlichen Ursachen beider Phänomene zu lenken. So blind der Vergleich für die besonderen Merkmale und Unterschiede von Antisemitismus und Islamfeindlichkeit machen kann, so zeigt er doch zumindest eins ganz deutlich: Dass die Diskussion in erster Linie über die Gesellschaft, die beides hervorgebracht hat und hervorbringt, geführt werden sollte. Es sollte nicht darum gehen, zwei Ressentiments miteinander um ihre Gefährlichkeit und Schicksalhaftigkeit konkurrieren zu lassen. Die Muslime sind nicht die Juden von gestern und auch nicht die von heute. Worauf es vielmehr ankommt, ist der Erhalt einer offenen und freien Gesellschaft. Dazu braucht es die Bekämpfung von Ressentiment ebenso sehr wie die Freiheit der Kritik, d.h. die freie Rede darüber, wie wir - in aller Unterschiedlichkeit - gemeinsam leben wollen. ✖

VERWENDETE PRIMÄRQUELLEN:

- *Benz, Wolfgang: »Hetzer mit Parallelen«, in: Süddeutsche Zeitung, 4.1.2010.*
- *Broder, Henryk M.: »Islamkritik ist nicht vergleichbar mit Judenhass«, in: Die Welt, 12.1.2010.*
- *Brumlik, Micha: »Vergleichen heißt nicht gleichsetzen«, in: taz, 21.3.2010.*
- *Schoeps, Julius H.: »Abwegige Parallelen«, in: Die Jüdische, 16.1.2010.*

»Von der Vergangenheit emanzipieren...«

Vom Antisemitismus zur Islamfeindlichkeit?

ALEXANDER HÄUSLER

VOLLZIEHT SICH IN TEILEN DER EXTREMEN RECHTEN EIN WANDEL DER FEINDBILDER?

Die politische Sprengkraft eines kulturreligiös überformten antimuslimischen Rassismus zeigte Ende letzten Jahres die Volksabstimmung gegen Minarettbau in der Schweiz: Für die rechtspopulistisch modernisierte extreme Rechte in Europa hatte diese von der rechtspopulistischen SVP inszenierte Volksabstimmung »Vorbildcharakter« - von Italien über Österreich bis in die Niederlande wurden Stimmen zur Nachahmung laut. Somit droht das politisch inszenierte Schlagwort der »schleichenden Islamisierung« zum Einfallstor von Rechtsaußen in die politische Mitte zu werden. Teile der extremen Rechten sehen in der proklamierten Abkehr von offenem Antisemitismus die Chance zur Modernisierung ihres rassistischen Weltbildes. So stilisierte sich die *DVU* nach ihrem Stabwechsel von Gerhard Frey an Matthias Faust in neuer Verpackung als »Neue Rechte«. Neu klang dabei die Forderung zum Austausch der Feindbilder - verkündet von dem schwedisch-deutschen Unternehmer und damaligen *DVU*-Mäzen Patrik Brinkmann und seinem Redenschreiber Andreas Molau, die »nicht die Juden, sondern die Muslime« als das »Kernproblem« interpretieren. Brinkmann verdeutlicht zugleich das dahinter stehende völkische Gesellschaftsbild: »Ich möchte in Deutschland weder unter dem Halbmond, noch unter dem Davidstern leben, sondern unter einer deutschen Flagge.« Jedoch sei der Islam »gefährlicher für den Bestand der deutschen und europäischen Kultur«.

Diese Positionierung sollte zugleich als Abgrenzung zur *NPD* verstanden werden, der Brinkmann in einem Interview bescheinigte, mit ihrem altbackenem Antisemitismus »keine Zukunft« mehr zu haben: »Die deutsche Rechte muss sich von ihrer Vergangenheit emanzipieren«, so die Erläuterung des früheren *DVU*-Mäzens zu seiner Aufforderung zum Wandel der Feindbilder.

Hier wird versucht, das parteipolitisch nachzumachen, was neurechte Kreise schon in den siebziger Jahren erprobt hatten - die Modernisierung des Rassismus durch dessen Kulturalisierung. »Ethnopluralismus« war das dazu erkorene Schlagwort: Anstatt »Ausländer raus« zu brüllen, proklamierte man die »Verschiedenheit der Kulturen«, denen - ethnisch separiert - ein (nationalstaatlicher) Platz eingeräumt werden solle. Das Ergebnis wäre zwar gleich, das Schlagwort des Ethnopluralismus hatte jedoch den Vorteil, dass der dahinter stehende völkische Rassismus nicht mehr offen zutage tritt und die nazistische Tradition dieser Forderungen nicht mehr offensichtlich ist. Dasselbe vollzieht sich aktuell unter dem Banner der Moslemfeindlichkeit.

»PRO ISRAEL«?

Die so genannte Pro-Bewegung, eine neue Rechtsaußengruppierung, ist bestrebt, mit rassistischen Kulturkampfparolen ihren Wirkungskreis von Nordrhein-Westfalen aus bundesweit auszudehnen. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin im nächsten Jahr will der Anfang dieses Jahres von der DVU zu »PRO« gewechselte Rechtsaußen-Mäzen Brinkmann als Spitzenkandidat von »pro Berlin« zur Wahl antreten. Brinkmann, der finanzielle Parteiinvestitionen in Millionenhöhe versprochen hat, wirbt mit kruden pro-israelischen Verlautbarungen: »Eine Rechte ohne Antisemitismus« fordert der vormals von der NPD über die DVU zur Pro-Bewegung durchgereichte Financier und kündigt gar eine »Pilgerreise nach Israel« an. In der Vergangenheit gehörten revisionistische Flugblätter und antijüdische Verlautbarungen zum Erscheinungsbild der Kölner Rechtsaußenpartei mit dem »pro« im Namen. Doch im Januar 2009 tauchte plötzlich eine israelische Fahne auf einer Kundgebung von *pro Köln* gegen den Moscheebau in Köln-Ehrenfeld auf. Die anwesenden Anhänger des muslimfeindlich ausgerichteten Web-Blogs *politically incorrect* (pi) positionierten an der Absperrung vor der Moscheebaustelle ein Transparent mit der Aufschrift »Solidarität für Israel« - pikanterweise neben einem symbolisch mit einem Kreuz bewaffneten bekannten

Auschwitzleugner. Seitdem ist regelmäßig bei Aufläufen der extrem rechten *»PRO«-Bewegung* die Israel-Fahne zu sehen, was zu Anfeindungen im Rechtsaußenlager führt. So etwa seitens der Neonazis der *Freien Kräfte Köln*:
»Pro Köln wirbt um die Gunst der internationalen Israel-Lobby. Dazu paßt auch der Umstand, daß am 10. Januar dieses Jahres im Rahmen einer Mahnwache unter dem Motto ›Nein zu türkischem Nationalismus und Chauvinismus – Das Schicksal der Armenier mahnt!‹ mehrere Teilnehmer, darunter auch offizielle Vertreter von Pro Köln/NRW, mit Israel-Fahnen und proisraelischen Bannern (›Unsere Freiheit wird in Israel verteidigt!‹) ihre Solidarität mit dem Judenstaat öffentlich machten.«
Hämisch verweisen die Neonazis auf frühere anderslautende Bekenntnisse der *»PROs«*: »Heute Pro Israel – gestern Pro Palästina! Dabei stand diese neu entdeckte Solidarität nicht immer auf der Agenda der Pro-Bewegung. Insbesondere aus dem Munde der Pro-Köln-Funktionärin Judith Wolter waren in früheren Jahren durchaus kritischere Bekundungen zum Nahost-Konflikt zu hören«, womit auf ein Flugblatt der früheren Studentengruppe von *pro Köln* angespielt wird, in der Solidarität mit der Intifada der Palästinenser eingefordert wurde. Davon ist heute nichts mehr zu hören, denn im proklamierten Kulturkampf gegen »Islamisierung« werden die Feindbilder ausgetauscht: Gegen einen »importierten Antisemitismus« möchten sich die *»PROs«* plötzlich wenden, welcher – wen wundert's – natürlich von den muslimischen Zugewanderten über das ach so geläuterte Vaterland hereinbricht. Populistisch forderte *pro Köln* in diesem Kontext im September 2009 von der Verwaltung die Erstellung eines »Maßnahmenkatalogs gegen Antisemitismus«. Dort heißt es: »Die größte Bedrohung für Mitbürger jüdischen Glaubens geht heute nicht von ein paar versprengten Rechtsextremisten sondern von dem importierten Antisemitismus zugewanderter islamistischer Migranten aus.« Daraus wird die Forderung abgeleitet: »Gegen orientalische Großmoscheen, Hassprediger, Minarette, Muezzinrufe, importierten Antisemitismus und Parallelgesellschaften kämpfen!«
Die den deutschen Antisemitismus verharmlosende Verschiebung auf die Muslime ist jedoch keine Erfindung der »PROs«: Das Schlagwort wie der Antrag wurden von den REPs kopiert. Schon einen Monat vorher forderten die REPs ein »bundesweites Sofortprogramm gegen den Antisemitismus«. REP-Chef Rolf Schlierer bekundete hierzu anbiedernd: »Judenfeindlichkeit muslimischer Einwanderer darf nicht länger ignoriert werden« und brachte in populistischer Manier das erwähnte Schlagwort auf die Agenda: »Die größte Bedrohung für unsere jüdischen Mitbürger geht heute vom importierten Antisemitismus muslimischer Einwanderer aus.«
Zwar haben in Wirklichkeit die Moslems den Antisemitismus weder ins »Deutsche Reich« noch in die BRD importiert, sondern real ist der islamisierte Antisemitismus ein Produkt des europäischen Exports, der aktuell hierzulande auch (!) in der Zuwanderungsgesellschaft seinen – durchaus besorgniserregenden – Widerhall findet. Doch der deutschen Rechten geht es nicht um Fakten, sondern um Schuldentlastung, die durch Projektion auf äußere ›Feinde‹ vollzogen werden soll.

DIE »ISRAEL-CONNECTION«

Genau diese proklamierte Abkehr vom nazistischen Antisemitismus ist es, was die neonazistische Szene aus *NPD* und »freien Kameradschaften« in Rage bringt. Denn dort gelten die Juden und Israel immer noch als Inbegriff des Bösen. Zwar sorgten die *Nationalen Sozialisten für Israel* (NASOFI), eine obskure Neonazi-Gruppe im Stil der *Autonomen Nationalisten*, kurzzeitig für Provokation und mediale Aufmerksamkeit. In der neonazistischen Szene jedoch stieß die obskure (virtuelle) Truppe auf einhellige Ablehnung.
Denn inhaltlich steht als eine der deutlichen Trennlinien zwischen der neonazistischen und der modernisierten extremen Rechten das offene Bekenntnis zum Antisemitismus – plakativ symbolisiert in der vom *Nationalen Widerstand Dortmund* entworfenen Transparent-Aufschrift »Ob Dortmund, Erfurt oder Buxtehude – Der Feind ist & bleibt der ...Kapitalismus.« Dahinter tritt die den modernen Antisemiten charakterisierende Projektion auf »den Juden« als personifizierte Chiffre für das unverstandene abstrakte Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis im Kapitalismus zutage. Zur Bekämpfung dieses personifizierten Feindbildes werden in neonazistischen Kreisen gar wiederkehrend Sympathiebekundungen für islamistischen Fundamentalismus und Terrorismus laut.

»DIE FEINDE MEINER FEINDE ...

Denn die antijüdischen Anfeindungen des islamisierten Antisemitismus stoßen im hiesigen Neonazismus auf Sympathie, was deutlich seinen Niederschlag in der Beteiligung deutscher Neonazis an der antisemitischen »Konferenz« zur Leugnung des Holocaust in Teheran auf Einladung des iranischen Präsidenten und Antisemiten Machmud Achmadineshad fand. Während demnach ›der Islam‹ im neonazistischen Weltbild lediglich personifiziert in den muslimischen Zugewanderten als ›innere Feinde‹ ein Problem darstellt, in Gestalt eines ›äußeren Feindes‹ zu Israel jedoch als tendenzieller »Bündnispartner« gesehen wird, steht in antisemitischer Manier »der Jude« sowohl als Chiffre für den ›inneren‹ wie zugleich den ›äußeren Feind‹.
Praktisch lässt sich diese verquere Mixtur der Feindbilder anhand der internen Konflikte der *NPD* Hamburg im Umgang mit der Moscheebaufrage verdeutlichen: Während der heutige *DVU*-Vorsitzende Faust damals im Jahr 2007 zu den Unterstützern einer *NPD*-Kampagne gegen ein Moscheebauprojekt in Hamburg-Bergedorf auftrat, war es der orthodox-neonationalsozialistische Flügel um den im letzten Jahr verstorbenen *NPD*-Vorständler Jürgen Rieger, der sich mit positiven Verweisen auf den islamistischen Antisemitismus gegen die Kampagne wendete.
Die taktisch motivierte Abkehr vom offenen Antisemitismus wird in diesen Szenen als »Verrat« an der Sache – am Nationalsozialismus – gedeutet. Dies kommt im Cover der neonazistischen Zeitschrift *Volk in Bewegung* deutlich zum Ausdruck, dessen Schwerpunkt sich mit der »Israel-Connection« der extremen Rechten auseinandersetzt. Der argentinische *NPD*-Sympathisant Carlos Dufour deutet dort in klassisch antisemitischer Verschwörungstheorie den Wandel der Feindbilder in Teilen der extremen Rechten als Produkt zionistischer Geheimpolitik: »Laut verschiedener Quellen begannen seitens zionistischer Kreise zuerst vorsichtige Kontakte mit nationalen Gruppierungen in Europa, die bis dato als rechtsextrem galten«, heißt es dort und wird als Komplott gebrandmarkt: »Ob damit die Nationalisten ihre politische

Identität preisgäben und sich in einen Interessensverband verwandelten, habe den Realpolitiker nicht zu kümmern.« Als »Beleg« für den eigenen Verschwörungswahn wird ein Presseschreiben der *FPÖ* dokumentiert, in dem sich der *FPÖ*-Landtagsabgeordnete David Lasar, Mitglied der jüdischen Gemeinde in Wien, gegen die Kennzeichnung seiner Partei als rechtsextrem verwehrt.

...SIND MEINE FREUNDE«

In der Tat fährt die *FPÖ* zweigleisig mit ihren Feindbildern. Die antisemitischen Ressentiments sind nicht verschwunden und die erklärte Solidarität mit »den Palästinensern« ziert gar ein Positionspapier »wir und der Islam«. Zugleich wird versucht, von allzu offenem Antisemitismus Abstand zu nehmen und sich mit Verweis auf jüdische Mitglieder - wie etwa den ehemaligen *FPÖ*-Europaabgeordneten Peter Sichrovski - als »nicht rassistisch« darzustellen.

Ähnlich verfährt die *British National Party* (BNP), die wiederkehrend auf ein jüdisches Ratsmitglied, die Nordlondoner Stadträtin Patricia Richardson als »Beweis« für die Abkehr vom Antisemitismus verweist, während sie zugleich mit Nick Griffin einen erklärten Holocaustleugner zum Vorsitzenden hat. Mit der *English Defence League* (EDL) ist letztes Jahr in Großbritannien gar eine aus Skins und Hooligans zusammengesetzte extrem rechte Radautruppe gegründet worden, die sich den (Straßen-)Kampf gegen Muslime auf die Fahnen geschrieben hat und ihren Anhängern schwarze T-Shirts mit rotem Georgskreuz auf weißem Grund anbietet - als Symbol antimuslimischen Kulturkampfes auf britische Art.

Deutlich tritt eine solche Melange der Feindbilder beim Vlaams Belang zutage. Die Aktivisten der separatistischen Rechtsaußenpartei im Norden Belgiens zeichneten sich bis in die jüngste Vergangenheit durch antisemitische Äußerungen als Vertreter klassisch nazistischer Feindbilder aus. Seit einigen Jahren hat die rassistische Partei einen propagandistischen Schwenk vollzogen: So nahm der VB schon im Jahr 2004 in Brüssel und Antwerpen lokale antijüdische Vorfälle aus der arabisch- und türkischstämmigen Community zum Anlass, um sich großspurig als Verteidiger der »westlichen Demokratie« mit ihren »christlich-jüdischen Wurzeln« gegen die »arabische Bedrohung« zu inszenieren. Bei den Kommunalwahlen warb der VB offensiv um Sympathien bei der Jüdischen Gemeinde in Antwerpen, indem »große Besorgnis wegen des zunehmenden Antisemitismus einiger radikaler einheimischer Moslems« bekundet wurde. Filip Dewinter, Fraktionsvorsitzender im flämischen Parlament, verstieg sich im Kommunalwahlkampf in Antwerpen 2006 gar zu der Behauptung, dass die Juden die »Waffenbrüder im Kampf gegen den extremistischen Islam« seien. Und in einem Interview mit der Zeitung »Haaretz« Ende des Jahres 2008 erklärte sich der VB-Führer Franck Vanhecke zum »glühendste(n) Verteidiger Israels«.

Eine solche ›Modernisierung‹ der Feindbilder ist taktischer Natur: Sie trägt der weit verbreiteten Islam- und Moslemfeindlichkeit ebenso Rechnung wie der Erkenntnis, dass dieser neue, weit verbreitete Kulturrassismus bei gleichzeitiger altnazistischer Propaganda gegen die Juden nicht öffentlich verankert werden kann. Der *VB* versucht, mit der Aufstachelung zum Kulturkampf neues Terrain zu erobern und macht sich dabei soziale und integrationspolitische Konflikte zunutze: Als im Jahr 2003 arabischstämmige Jugendliche in Antwerpen einen jüdischen Schüler getötet hatten, verteilte der *VB* Flugblätter bei Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde mit dem Slogan »Die Feinde meiner Feinde sind meine Freunde«.

VON RECHTS ZUR MITTE?

Inhaltlich zugespitzt sind solche Parolen vom neuen Star des niederländischen Rechtspopulismus, Geert Wilders, zu hören. Der Kopf der *Partei für die Freiheit (PVV)* legt Wert darauf, sich in der Öffentlichkeit jenseits der extrem rechten Parteienlandschaft zu verorten. Jedoch verweisen seine Positionen deutlich auf ein extrem rechtes Gesellschaftsbild. So verkündete Wilders etwa auf der *Facing Jihad Conference* in Jerusalem, zu welcher der rechtsnationale Knesset-Abgeordnete Aryeh Eldad Ende 2008 eingeladen hatte: »Die Essenz meines kurzen Vortrags heute ist, dass Europa sich im Prozess der Islamisierung befindet, und dass wir diese bekämpfen müssen. Denn, wenn wir die Islamisierung nicht bekämpfen, werden wir alles verlieren: Unsere kulturelle Identität, unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat, unsere Freiheiten, unsere Unabhängigkeit.« In einem Interview mit der FAZ deutete er die »Islamisierung« als einen »Krieg, der mit den Waffen Demographie und Masseneinwanderung« geführt und gestoppt werden müsse.

Das Schlagwort der »schleichenden Islamisierung« als Synonym für kulturelle und religiöse »Überfremdung« sowie zugleich »Landnahme« steht im Zentrum des neuen Kulturassismus von Rechtsaußen. Auf einer Podiumsdiskussion zur Tagung »Feindbild Islam« im Herbst 2008 in Köln zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem als »Antiislamisierungskongress« angekündigten rechtspopulistischen Spektakel vertrat der Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik, Mitglied der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, die Ansicht, dass die Auseinandersetzung über den Islam das »zentrale semantische Feld« in der extremen Rechten sein wird: »Sämtliche andere Motive des Rechtsextremismus und des Rechtspopulismus sind nicht mehr verwendungsfähig. Offener Antisemitismus und NS-Ideologie sind aus nachvollziehbaren Gründen nicht mehr verwendungsfähig«, so Brumlik, der den Antiislamismus als die »letzte verbliebene kulturalistische Semantik« der Rechten bezeichnete. Die schon von Theodor W. Adorno beschriebene Ticketmentalität - »nicht erst das *antisemitische* Ticket ist *antisemitisch*, sondern die *Ticketmentalität* überhaupt« - steht paradigmatisch für die krude Melange antisemitischer und antimuslimischer Feindbildkonstruktionen. Denn der strukturelle Antisemitismus ist damit natürlich nicht verschwunden. Zudem ist das ›Feindbild Jude‹ nicht mit dem ›Feindbild Moslem‹ deckungsgleich. Denn beim modernen Antisemitismus stellt die Personifizierung ›des Juden‹ als ›unsichtbaren Dritten‹, der geheim die Fäden zur Lenkung aller Übel - der unverstandenen abstrakten Herrschaftsverhältnisse - in der Hand hält, zugleich einen in sich geschlossenen ›Welterklärungsansatz‹ dar. Die Moslemfeindlichkeit hingegen beinhaltet kein geschlossenes verschwörungstheoretisches Weltbild, sondern einen kulturell und religiös überformten Rassismus, der sich lediglich aus Versatzstücken des Antisemitismus speist. Jedoch droht die Moslemfeindlichkeit zu einem propagandistischen Transformator neuer Verbindungslinien zwischen der extremen und der demokratischen Rechten zu werden, der eine wesentlich breitere Wirkungsmächtigkeit entfalten könnte, als es der Antisemitismus der heutigen Neonazis vermag. ✖

PRO Berlin

Die »Anti-Berliner« von rechts

ULLI JENTSCH

Seit Jahren entwickelt sich eine Stimmung antimuslimischen Ressentiments. Die etablierten Parteien schwanken zwischen gut gemeinten »Integrationsinitiativen« und rechtspopulistischem Opportunismus. Parallel dazu wird der islamistisch motivierte Terrorismus zunehmend als Bedrohung wahrgenommen. Vor diesem Hintergund entwickelten sich in den Staaten Nordamerikas und Europas Bewegungen, die sich selber vorwiegend wohl mit dem unverdächtigen Adjektiv »islamkritisch« bezeichnen würden.
Diese Bewegungen versuchen überwiegend mit den Mitteln außerparlamentarischer Aktivität, aber auch durch Repräsentanz in kommunalen Parlamenten, der »etablierten Politik« gegenüber die »Stimmung im Volk« zu vermitteln. Sie beklagen eine fortschreitende »Islamisierung«, bezeichnen Integration als gescheitert und lehnen die Einwanderung von MuslimInnen ab. Auch in Berlin engagieren sich AktivistInnen in einem Netzwerk solcher Gruppierungen. In diesem Feld ist seit 2007 der Berliner Ableger der sogenannten »Bürgerrechtsbewegung PRO Deutschland« (im Folgenden PRO Berlin) aktiv.[1]

RECHTSPOPULISTISCH UND ISLAMFEINDLICH

PRO Berlin wird in der Öffentlichkeit meist als »islamfeindlich« und rechtspopulistisch bezeichnet. Sie gehört mit ihren Forderungen zu dem radikalen Teil der islamfeindlichen Szene. Ihr Wahlprogramm 2011 »5 Punkte pro Berlin«[2] ist überwiegend gegen ImmigrantInnen gerichtet. »Multi-kulturelle Jugendbanden« werden in rassistischer Manier für hohe Verbrechenszahlen verantwortlich gemacht, selbstredend sollen »ausländische Straftäter« abgeschoben werden.
Das Schlagwort »Islam« kommt vor allem im Zusammenhang mit Moscheebauten zum Tragen. Eine »Auseinandersetzung« mit der islamischen Religion, wie sie beispielsweise auf den diversen antiislamischen Weblogs detailversessen geführt wird, findet man in den Publikationen der PRO Berlin weniger. Zentraler ist der Diskurs um Integration und »innere Sicherheit«, der sich an die altbekannte »Leitkultur«-Diskussion anlehnt. Ein nicht näher erläuterter christlich-abendländischer Wertekanon müsse gegen die ImmigrantInnen verteidigt bzw. durchgesetzt werden. Im weltweiten Kulturkampf müsse sich die westliche Wertegemeinschaft gemeinsam wappnen und die eigenen kulturellen Errungenschaften verteidigen. Die muslimische Einwanderung müsse gestoppt werden, integrationsunwillige »Kulturbereicherer« zur Auswanderung gezwungen werden können.
Die Gefahr liegt für PRO Berlin bereits in der Differenz an sich. »Bürgerbewegungs«-Chef Manfred Rouhs drückt den antiislamischen Rassismus, der seine Politik beherrscht, so aus: »Ich persönlich habe die Befürchtung, dass das (der Bau einer Moschee - U.J.) in Berlin zur Verfestigung der türkisch-islamischen Parallelgesellschaft - oder überhaupt der islamischen Parallelgesellschaft insofern beiträgt, als dass dann in dieser Moschee Menschen verkehren, die sich sowieso im islamischen Kulturkreis zugehörig fühlen. Auf die wenig Druck in Richtung Integration in die deutsche - noch - Mehrheitsgesellschaft ausgeübt wird.«[3]
Die maßgeblichen Initiatoren der sogenannten »Bürgerbewegung« haben deutlich gemacht, dass es ihnen vor allem um die Etablierung einer erfolgreichen Rechtsaußen-Partei geht. Markus Beisicht, Mitbegründer und Vorsitzender von Pro Köln und Pro NRW: »In den neunziger Jahren waren alle herkömmlichen rechtsbürgerlichen Oppositionsprojekte an einen toten Punkt gelangt. Es war klar, wir mussten etwas Neues erfinden: Statt einer bundesweiten Partei, haben wir mit Pro Köln den entgegengesetzten Ansatz gewählt: den einer kommunalen Bürgerbewegung.« Und weiter in dem Interview mit der extrem rechten Wochenzeitung Junge Freiheit: »Das Thema Islamisierung drückt die Menschen und es liegt uns politisch nahe, also haben wir es uns ausgesucht. Wir haben nach Inhalten Ausschau gehalten und waren anfangs selbst überrascht, welche außerordentliche Resonanz wir mit dem Thema gefunden haben. Gerade in Großstädten kann man damit punkten! Wir haben die Marktlücke besetzt, und es ist uns der Einbruch in Schichten gelungen, die wir sonst nicht erreicht hätten.«[4]

WAS MACHT PRO BERLIN?

Die »Bürgerbewegung Pro Deutschland (PRO)« will sich von der Welle antiislamischer Stimmungen in die lokalen Parlamente tragen lassen. Durch einen antiislamischen Generalverdacht soll der »Bürgerprotest« gegen die etablierte Politik befeuert werden. Die »Bürgerbewegung« prophezeit sich selbst hervorragende Aussichten, sofern man wahlkampffähig sei. Ihr Potenzial schätzte die Partei Ende 2006 in Berlin auf phantastisch anmutende rund 15 Prozent.[5]
Bereits im April 2007 fand unter tatkräftiger Hilfe des Kopfes der »Bürgerbewegung«, Manfred Rouhs, ein erstes Treffen interessierter BerlinerInnen statt, an dem rund zwei Dutzend Menschen teilnahmen. Hier stellte Rouhs das strikte Aufbaukonzept seiner Organisation vor, mit dessen Umsetzung in Berlin angeblich bereits begonnen werde. Doch nach ein paar zentral aus Köln gesteuerten Politkampagnen mit flächendeckender Flugblattverteilung wurde es schnell wieder ruhig um den Berliner Ableger. Ohne die finanzielle, strukturelle und persönliche Hilfe der Zentrale läuft nichts in Berlin.
Das größte Strukturproblem von PRO Berlin ist sicher das fehlende erfahrene Personal. Dabei hatte der Niedergang von Deutscher Volksunion (DVU) und Republikanern (REP) in Berlin eigentlich ein parteipolitisches Vakuum hinterlassen.[6] Beide konnten in der Vergangenheit, wenn auch mit schwankendem und meist mäßigem Erfolg, eine eher bürgerliche Variante des Rechtsextremismus etablieren und ein entsprechendes WählerInnenpotenzial an sich binden. Dieses Klientel fühlt sich auch heute überwiegend nicht von der NPD und ihrem aggressiven Aktionismus angesprochen. Genau hier könnte sich die »Bürgerbewegung« mit ihrer gutbürgerlichen Art ansiedeln.
Aber der weitere Strukturaufbau in Berlin musste warten, weil sich die Bundesführung auf den Kommunalwahlkampf in Nordrhein-Westfalen (Herbst 2009) konzentriert hatte. Stattdessen wurde jedes Jahr die baldige Gründung eines Landesverbandes in Aussicht gestellt. Doch dann, kurze Zeit vor den Landtagswahlen im strategisch wichtigen Nordrhein-Westfalen im Mai 2010, wurde sich plötzlich wieder um den brachliegenden Verband gekümmert und ein politischer Paukenschlag inszeniert.

2010:
PATRIK BRINKMANN KAUFT SICH DIE »BEWEGUNG«

Im Januar 2010 gibt PRO bekannt, dass der »deutsch-schwedische Rechtsextremist und Unternehmer Patrik Brinkmann«[7] als Spitzenkandidat für die Abgeordnetenhauswahlen 2011 ins Rennen gehen will. Er wünsche sich, so Brinkmann in einer ersten Erklärung, »ein Berlin, das wieder deutsche Hauptstadt ist – und nicht die der Türkei.«

Seine Vorliebe für Berlin hat der Deutsch-Schwede, der vorher in der Deutschen Volksunion (DVU) aktiv war und mit Andreas Molau einen ehemaligen NPD-Kader als politischen Vertrauten hat, in seinem unverwechselbaren Stil per Internet so erklärt:

»Berlin ist meine große Liebe. Schon als Kind besuchte ich diese Stadt. (...) in den Kiezen regiert die Gewalt. Linke Gewalt, Ausländergewalt. Die Stadt wird islamisiert, entfremdet. (...) Unser Berlin muss gesäubert werden. Wenn ich so durch die Stadt fahre, dann habe ich schon den Eindruck, es regieren Sodom und Gomorrha. (...) Die Linken haben mit ihrer Emanzipations- und Freiheitsideologie immer Sprengstoff im Gepäck. Die sexuelle Revolution sollte befreien, aber tatsächlich hat sie andere geknechtet. (...) Die Linken heute und die Nationalsozialisten sind sehr eng miteinander verwandt. Vielleicht sind sie deshalb so fixiert auf den NS, die Linke und die Grünen, weil sie dieser Ideologie in Wirklichkeit so nahe stehen. (...) Der Islam verhüllt seine Frauen und treibt europäische Frauen in die Prostitution.

Das ist die Demütigung, auf die wir uns einstellen können.(...) Der in spätrömische Dekadenz verfallende Klaus Wowereit tut nichts dafür, um diesen unhaltbaren Zustand zu beenden. Klar, er macht ja selbst mit. Er gehört genau aus dem Roten Rathaus verbannt, wie die Schwulenparaden aus der Stadt.(...)«[8]

Besonders willkommen ist der PRO die finanzielle Unterstützung, die er in Aussicht gestellt hat. Der als Millionär gehandelte Brinkmann wolle die kommenden Wahlkämpfe mit bis zu 5 Millionen Euro unterstützen, so tönt es aus der PRO-Zentrale. Solche Zahlen sind ebenso mit Vorsicht zu genießen wie die angeblich »4500 Unterstützer« in Berlin. Hierbei dürfte es sich um die Rückläufer der flächendeckenden Postwurfsendungen, immerhin in Auflagen von mehreren zehntausend Stück, handeln, die in den vergangenen drei Jahren zusammen gekommen sind.

Und die »engagierte Kernmannschaft«, die Rouhs in Berlin ausgemacht haben will? Zu den Aktivisten gehören die völlig unbekannten Manfred Müller, Marcel Stapke (Potsdam) und Gary Beuth, der unter anderem die Webseite betreut. Diese drei sitzen zusammen mit Michael Kucherov aus Berlin auch im Bundesvorstand der »Bürgerbewegung«. Dazu kommt vielleicht ein Dutzend AktivistInnen, die sich für Flugblattaktionen wie am 3. März bei einer Veranstaltung in Zehlendorf mobilisieren lassen.[9]

Der bisher letzte Stammtisch von PRO Berlin fand am 25. Februar diesen Jahres statt. Etwas mehr als ein Dutzend Gäste folgte den Ausführungen des PRO Deutschland-Chef Rouhs. Unter den ZuhörerInnen befanden sich neben Mitgliedern des Berliner Ablegers auch der frisch gewählte NPD-Landeschef Uwe Meenen und NPD-Landesvorstandsmitglied Jan Sturm. Die Hinweise zum PRO-Neuzugang Patrik Brinkmann gehörten zu den wenigen interessanten Details der gewohnt langatmigen Ausführungen Rouhs'. Die Berliner Pro-Mannschaft wurde von Rouhs darauf eingestimmt, dass Brinkmann als Spitzenkandidat antreten soll. Sollte Brinkmann Forderungen zu seiner Rolle im Landesverband haben, also beispielsweise Vorsitzender werden wollen, seien diese in keiner Weise nach oben limitiert.

Es ist kaum zu erwarten, dass Brinkmann mit leichter Hand in Berlin für die erhofften Wahlerfolge sorgen kann. Seine Art kommt nicht bei allen an, manche radikale Stimme warf ihm politischen Verrat vor, nachdem er sich deutlich proisraelisch positioniert hat.[10] Nach wie vor gelingt keine überzeugende Abgrenzung nach Rechtsaußen. Wie auch, wenn die politischen Biografien so vieler Führungskräfte dort fußen und Dissidenten aus etablierten Parteien ausbleiben. Was könnte also ausschlaggebend sein für das Wahlvolk, den gänzlich uncharismatischen Brinkmann und seine inkompetente Truppe zu wählen? Ein griffiges Kampagnenthema bietet sich aktuell auch nicht an, aber da ist ja noch etwas Zeit. Und überhaupt: im Zweifel spielt die Erfahrung der RepräsentantInnen bei einer Wahlentscheidung für eine rechtspopulistische Partei dann vielleicht doch eher eine untergeordnete Rolle. ✖

Dieser Artikel basiert auf einem bisher unveröffentlichten Beitrag in »Berliner Zustände 2009«. Ein Schattenbericht zu Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Der Bericht wird im Juni erscheinen.

VERWENDETE PRIMÄRQUELLEN:

✖ 1 *Sowie seit letztem Jahr verstärkt öffentlich wahrnehmbar die »Bürgerbewegung Pax Europa (BPE)« und die »PI-Gruppe Berlin«.*

✖ 2 *Pro Berlin (04.03.2007): Fünf Punkte pro Berlin. Wahl 2011. Erstellt am 04.03.2007. wwwberlin-brummt.de/index.php?page=2, zuletzt 12.03.2008*

✖ 3 *Vgl. RBB (2007): Pro Berlin – Rechtspopulisten auf dem Vormarsch. Klartext-Beitrag von Andrea Everwien v. 24.10.2007. www.rbb-online.de/_/fernsehen/magazine/beitrag_jsp/key=rbb_beitrag_6595285.html.*

✖ 4 *»Wir sind die Stimme der Bürger«. Interview mit Markus Beisicht. Von Moritz Schwarz, Junge Freiheit v. 16. September 2008*

✖ 5 *Pro Berlin (30.12.2006): 15 Prozent Potential pro Deutschland. Veröffentlicht am 30.12.2006 von Berlin pro Deutschland. www.berlin-brummt.de/index3d03.html?section=news&cmd=details&newsid=3, gesehen am 19.11.2007.*

✖ 6 *Auch der letzte REP-Landesvorsitzende, Peter Warnst, wurde zwischenzeitlich bei PRO aktiv. Vgl. www.aktuell.pro-berlin.net/?page_id=367*

✖ 7 *Vgl. Der Tagesspiegel v. 20.01.2010, »Islamfeindliche Initiative wird in Berlin aktiv«*

✖ 8 *Vgl. www.pro-berlin.net/?p=280*

✖ 9 *Vgl. »Ernst Nolte spricht beim Studienzentrum Weikersheim« in monitor. Rundbrief des apabiz. Nr 45. April 2010. S 2*

✖ 10 *Schon heute wirbt Brinkmann für eine »Pilgerfahrt«, die er 2011 nach Israel unternehmen will*

Rechte in der Offensive

«Islamdebatte« in Frankreich, die x-te Neuauflage

BERNARD SCHMID

In den jüngsten französischen Wahlkämpfen vor den Regionalparlamentswahlen in allen französischen Regionen vom 14. und 21. März 2010 spielte die Frage »des« Islam zeitweilig eine zentrale Rolle. Die in hohem Ausmaß ideologisierte Debatte um den Platz »des« Islam in der Republik, respektive der französischen Nation war dabei das Nebenprodukt einer anderen Kampagne, die Ende Oktober 2009 durch die Regierung unter dem Titel »Debatte über die nationale Identität« lanciert worden war. In Teilaspekten ähnelte diese französische Debatte jener über die »Leitkultur« in Deutschland zu Anfang des Jahrzehnts.

Vier Monate lang hielt diese angebliche »Debatte«, die weitaus eher eine staatlich verordnete Ideologiekampagne denn eine Diskussion war, die Akteure und Beobachter der französischen Innenpolitik in Atem. Von November '09 bis Anfang Februar '10 fanden überall im Land - in 350 französischen Städten und Gemeinden - »Debatten« unter Aufsicht von Staatsvertretern (Ministern, Präfekten, Unterpräfekten) statt. Häufig wurden sie zum Marktplatz für rassistische und chauvinistische Auslassungen, für Äußerungen nationalen oder »kulturellen« Überlegenheitsdünkels, für offene Hetze (abwechselnd gegen Nordafrikaner, gegen »faule« Immigranten und »Sozialhilfeschmarotzer«, gegen Moslems sowie gegen Roma). Der rechtsextreme Front National (FN) versuchte vielerorts, die Veranstaltungen zum Forum für seine Thesen umzufunktionieren.

Einer der Beweggründe für das französische Regierungslager, diese »Debatte« zu lancieren, hatte just darin gelegen, dass man erneut - wie der konservative Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy es 2006/07 erfolgreich vermocht hatte - die Anhängerschaft der extremen Rechte auf seine Seite ziehen wollte. Nur, dieses Mal ging es schief: Die Regionalparlamentswahlen endeten mit einer Schlappe der konservativ-wirtschaftsliberalen Regierungspartei UMP und eröffneten eine Krise im rechten Bürgerblock. Der FN, der seit drei Jahren in einer tiefen Krise gesteckt hatte, erfuhr einen erneuten Aufschwung. Der Minister für »Immigration, Integration und nationale Identität« - so lautet sein Titel - Eric Besson gehörte zu den Hauptakteuren der »Debatte« um die Nationalidentität. Zum Jahreswechsel sah er sich angesichts wachsender Kritik in der Öffentlichkeit gezwungen zuzugeben, es habe rassistische »Ausrutscher« und »Verfehlungen« dabei gegeben. Dies sei, so der Minister, angeblich »vereinzelt« passiert (während es Wirklichkeit ziemlich systematisch zu beobachten war), doch diese Betriebsunfälle seien eingedämmt worden. Eine der Ursachen dafür, warum die »Debatte« - angeblich wider besserer Absichten - vorübergehend in Ausländerhetze abgeglitten sei, liege in einem Überraschungsmoment. Niemand habe wissen können, verlautbarte Eric Besson am 14. Januar '10 bei einer Fernsehdebatte zum Thema (mit der rechtsextremen Politikerin Marine Le Pen), dass Ende November vergangenen Jahres das Referendum in der Schweiz das nunmehr bekannte Abstimmungsergebnis bringen werde. Dies und die öffentliche Erregung über übermütige Fans der algerischen Fußball-Nationalmannschaft (anlässlich zweier Länderspiele gegen Ägypten im Herbst 2009 kam es zu einzelnen Ausschreitungen), habe die Debatte vorübergehend entgleisen lassen.

SARKOZY UND DAS SCHWEIZER REFERENDUM

Doch auch Eric Bessons oberster Chef - Staatspräsident Nicolas Sarkozy, der selbst am 27. Oktober und 12. November '09 mit zwei größeren Programmreden zur »Identitätsdebatte« beitrug - hatte seinen Teil dazu getan, nach dem bekannten Ausgang der Schweizer Volksabstimmung Öl ins Feuer der Leidenschaften zu schütten.

Am 9. Dezember '09 publizierte die liberale Pariser Abendzeitung ›Le Monde‹ einen Gastbeitrag Sarkozys, in welchem der Präsident zunächst indirekt aber deutlich dem Schweizer Abstimmungsergebnis Recht gab und sich »Kritik am Volk« mit einer populistischen Geste verbat. Auch wenn er hinzufügte, solche Fragen wie die nach der Ausübung der Religion seien zu kompliziert, um sie in einer Volksabstimmung mit Ja oder Nein entscheiden zu lassen, so erklärte er doch Verständnis für jene, die »nicht wollen, dass das Gesicht ihres Landes verunstaltet wird«; gemeint war, dass durch den Bau von Minaretten (und nicht etwa von hässlichen Hochhäusern) das Gesicht und zudem die Identität ihres Landes verloren ginge.

In demselben Beitrag forderte Nicolas Sarkozy ferner auch »den Respekt derer, die aufgenommen werden, aber auch derer, die aufnehmen«. Durch die Formulierung über die »Aufnehmenden« und die »Aufgenommenen« stellte er klar, wer das ältere Stammrecht im eigenen Land habe und also der Herr im Haus zu sein habe. Deswegen auch hätten die Gläubigen jüngeren Ansiedlungsdatums, also die Moslems, »Diskretion zu üben«.

Kurz zuvor, am 30. November '09, hatte der Parteisprecher der UMP, Dominique Paillé, dies bereits kurz und knapp auf den Punkt gebracht: Zwar gebe es im laizistischen Frankreich keine Staatsreligion, »aber manche Religionen waren schon vor dem Aufkommen der Republik da« und seien also in ihr historisches Erbe eingeflossen, während »andere hingegen erst später kamen« und somit die Spielregeln ohne Widerspruch zu respektieren hätten.

NEUE ISLAMDISKUSSION IM WAHLKAMPF

Am 14. Februar '10, mitten im Wahlkampf, lancierte die rechtsextreme Politikerin Marine Le Pen ihrerseits eine neue Variante der Never-ending-»Islamdiskussion«. Bei ihr ging es um ein Fastfood-Restaurant im nordfranzösischen Roubaix, einer Stadt mit hohem Einwandereranteil und allgemein eher »sozial schwacher« Bevölkerung. Die Schnellrestaurant-Kette Quick führt schon seit November 2009 in insgesamt acht Restaurants frankreichweit - von Roubaix bis zu einem Stadtteil in Marseille, Saint-Louis, wo angeblich 80 Prozent der Kundschaft moslemisch ist - ein »verkaufspolitisches Experiment« durch: Diese Läden bieten nur noch »Halal«-Erzeugnisse an. Halal ist dem Moslem, was den Juden ihr Koscherstempel ist; das bedeutet, es handelt sich um Essen, das bestimmten Speisevorschriften entstammt und von Tieren erzeugt ist, die unter Einhaltung eines bestimmten Ritus geschlachtet worden sind. Die Tatsache, dass dort nunmehr ausschließlich solche Erzeugnisse verkauft werden, hängt eng damit

zusammen, dass es sich um ein »Experiment« handelt, dessen Ergebnisse besser auswertbar sein sollen, wenn ein Faktor (der Übergang zu Halal-Produkten) gesondert herausgehoben wird.
Am jenem Sonntag im Februar erhob Marine Le Pen dieses Vorgehen der Fastfood-Kette jedoch zum Skandal nationalen Rangs. Sie bezeichnete es als Unterdrückung der nicht-moslemischen Kundschaft, dass dieser nunmehr keine nicht-halal-gemäße Speisenauswahl angeboten werde. Gleichzeitig machte sie es zum Aufhänger ihrer Kampagne, dass ein Unternehmen dafür, dass seine Produkte als »halal-konform« erklärt werden, den Stempel einer darauf spezialisierten moslemischen Gemeindeeinrichtung benötigt - die dafür Geld kassiert (ähnlich wie es einen »Markt« für Koscher-Erklärungen durch rabbinische Institutionen gibt). Marine Le Pen machte aus demselben Anlass publik, dass die Restaurantkette sich seit 2006 indirekt zu 98 Prozent im Staatsbesitz befindet, was in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt war: In jenem Jahr übernahm ein Ableger der öffentlichen Bank ›Caisse des dépôts‹ (mit einer Art Sparkasse vergleichbar, aber im Firmengeschäft aktiv) den Großteil der Kapitalanteile an Quick, nachdem dessen vormalige Eigentümer - eine belgische Aktionärsfamilie - ausgestiegen war. Es ging damals darum, das Absaufen des Unternehmens zu verhindern. Die Staatsbank möchte die Anteile allerdings derzeit gerne veräußern. Über die Assoziationskette »Halal-Erklärung - Bezahlen dafür - im Staatsbesitz befindlich« kam Marine Le Pen zu dem griffigen Argument, hier liege ein Skandal vor, weil in diesem Zusammenhang »der Staat eine islamische Steuer erhebt« - was selbstverständlich Unfug ist: So fragwürdig der sich ausbreitende Halal-Markt (5,5 Milliarden Euro Umsatz im laufenden Jahr werden erwartet) unter den Gesichtspunkten der Ethnisierung und Selbstethnisierung bestimmter Bevölkerungsteile sein mag, so sehr dominiert der Aspekt der Freiwilligkeit. Niemand wird schließlich dazu zu gezwungen, bei Quick zu speisen, noch generell »halal« zu essen.

MARINE LE PEN UND DER LAIZISMUS

Aus diesem Anlass und während der darauf folgenden Wochen stach eine gewisse Modernisierung im Diskurs der rechtsextremen Jungpolitikerin Marine Le Pen, die höchstwahrscheinlich im Januar 2011 die Parteiführung des FN von ihrem alternden Vater, Jean-Marie Le Pen, übernehmen wird, ins Auge. Bislang hatte die rechtsextreme Partei eher die Anwesenheit von Einwanderern in Frankreich an und für sich als das Hauptproblem, die Religionsfrage hingegen als dem nachgeordnet bezeichnet. In den Augen des alten Chefs Jean-Marie Le Pen erschien Letztere bisweilen sogar nebensächlich zu sein. Jean-Marie Le Pen - der stets mit verschiedenen, innerhalb der extremen Rechten erprobten Ideologie-Ansätzen experimentiert hat und sie oft gegeneinander austauschte - kehrte dabei mitunter auch einen kulturalistisch argumentierenden Differenzialismus hervor. So erklärte er sich im Winter 2003/04 gegen das damals verabschiedete Gesetz zum Kopftuchverbot an französischen Schulen: Es sei doch gut, wenn moslemische Schülerinnen ihr Kopfhaar verhüllten - dann sehe man wenigstens, dass sie nicht so seien wie Französinnen, und das Problem [der Anwesenheit von ImmigrantInnen] sei auf diese Weise wenigstens »sichtbar«. Ein Teil der extremen Rechten, vor allem ihr durch die intellektuelle »Neue Rechte« - Nouvelle Droite - der 70er Jahre beeinflusster Flügel, hat in dieser Optik in der Vergangenheit auch Erscheinungsformen des radikalen Islamismus begrüßt: Diese seien, ebenso wie die Ablehnung von Einwanderung auf europäischer Seite, der Ausdruck eines »legitimen Strebens nach Identität«. Ferner begünstigten sie eine anzustrebende Trennung zwischen Bevölkerungsgruppen, die nicht zusammengehörten. Im Sinne dieses Aspekts im rechtsextremen Diskurs übernahm Jean-Marie Le Pen zeitweilig die Vorstellung, eine Einwanderertochter mit Vollverschleierung sei einer solchen im Minirock vorzuziehen.
Anders jedoch bei seiner Tochter und (mutmaßlichen) künftigen Nachfolgerin, Marine Le Pen. In einem, oberflächlich dem von anderen staatstragenden Parteien ähnelnden Diskurs erhebt sie »Integrations«forderungen und benutzt zum Teil sogar das Argument, ihr Anliegen sei auch im Interesse von Mädchen oder jungen Frauen innerhalb der Einwanderungsbevölkerung; die Figur des Bösen bleibt also bei den moslemischen Männern hängen. Dadurch kommt sie, in Tonfall und Wortwahl, einer unter Liberalen verbreiteten (Anti-)Islam-Debatte schon sehr nahe; ihre politische Besonderheit liegt allerdings eher darin, dass sie versucht, diesen oberflächlich republikanisch-liberal-integrationistisch klingenden Diskurs mit Sozialneid einem Appell an Ressentiments gegen »die ewige Bevorzugung von Ausländern auf dem Arbeitsmarkt oder bei Sozialleistungen« zu verknüpfen. Von Bürgerlichen und Wirtschaftsliberalen unterscheidet sie sich oberflächlich derzeit eher in den letztgenannten Punkten und der Forderung nach nationalem/europäischem Protektionismus auf wirtschaftlicher Ebene, nicht so sehr in der vordergründigen Begründung des Rassismus.

STREIT UM DAS WAHLPLAKAT VON MARSEILLE

Doch auch der alternde Jean-Marie Le Pen ergriff während des jüngsten Wahlkampfs in einer Weise »praktische Position«, die eher der durch seine Tochter propagierten Ausrichtung zuarbeitet.
In Südostfrankreich, wo Jean-Marie Le Pen als Spitzenkandidat zu den Regionalparlamentswahlen antrat, begann seine Partei ab Ende Februar '10 ein Wahlplakat zu verkleben, das ihr hohe Aufmerksamkeit sicherte. Es handelte sich um eine - zur Kenntlichkeit entstellte - Übernahme des schweizerischen Plakats, das zum Abstimmungserfolg der »Initiative für ein Minarettverbot« beim eidgenössischen Referendum vom 29. November '09 beitrug.
Das helvetische Originalplakat zeigt unter der Überschrift »Stopp« eine tiefverschleierte, schwarz tragende Frau und mehrere Minarette, die in ihrer Aufstellung abschussbereiten Raketen ähneln. Letztere sollen den bedrohlichen Charakter »des« Islam und besonders der von Ein-

wanderern moslemischer Konfession angeblich durchgeführten, quasimilitärischen »Invasion«, anschaulich unterstreichen. Die französische rechtsextreme Partei übernahm das Motiv und das ihm zugrundeliegende Bedrohungsszenario freilich ohne über ein Einverständnis der Urheber des Schweizer Originals zu verfügen. (Das dort ansässige Werbebüro ›Goal‹, welches das Original für den Abstimmungskampf in der Schweiz entworfen hatte, reagierte durch die Ankündigung einer Strafanzeige gegen den französischen FN wegen »Plagiats«.)
Das französische Plakat unterscheidet sich optisch leicht vom schweizerischen Original. Steht Letzteres unter dem schlichten Titel »Stopp«, trug das vom FN verklebte Plakat hingegen den Titel: »Nein zum Islamismus«. Um eine Kritik an der politischen Ideologie des Islamismus ging es aber offenkundig nicht, sondern allein um die Hetze gegen die Anwesenheit von Einwanderern (moslemischer Konfession und/oder algerischer Nationalität) in Frankreich. Neben der tiefverschleierten Frau fanden sich wiederum die raketenförmigen, also Kriegswaffen nachahmenden Minarettsymbole, allerdings in noch größerer Anzahl als auf dem Schweizer Plakat. Sie umrunden ein Hexagon, also die sechseckige Silhouette des französischen Staatsgebiets, das jedoch vollständig von den Farben (und dem Stern- und Halbmondsymbol) der Nationalfahne Algeriens überdeckt ist.
Gegen dieses Hetzplakat erstatteten mehrere antirassistische Organisationen Strafanzeige. Am Abend des 12. März '10, anderthalb Tage vor Öffnung der Wahllokale am darauf folgenden Sonntag, wurde es durch einen Gerichtsbeschluss in Marseille wegen »Aufstachelung zum Rassenhass« - dem französischen Pendant zum deutschen Volksverhetzungsparagraphen - verurteilt. Die Partei musste die Plakate in letzter Minute entfernen und wird Schadensersatz berappen.

DIE DEBATTE UM DAS BURKA-VERBOTSGESETZ

Um die - vor allem aus Afghanistan und Pakistan bekannte, jedoch auf französischem Boden ausgesprochen seltene - Burka hatte es zu dem Zeitpunkt schon seit mehreren Monaten eine Verbotsdebatte in den etablierten Parteien gegeben. (Diese kann an dieser Stelle nicht in allen Einzelheiten wiedergegeben werden, wird jedoch an folgendem Ort vom Verfasser ausführlich behandelt: www.trend.infopartisan.net/trd0310/t400310.html) Im Zuge des Wahlkampfs war die Polemik jedoch zunächst abgeklungen. Doch Premierminister François Fillon hatte drei Tage vor der Wahl das - zwischenzeitlich für einige Wochen in vorübergehende Vergessenheit geratene - Vorhaben eines gesetzlichen Burka-Verbots aus den Schubladen gezogen. Auf der Abschlussveranstaltung des Wahlkampfs der UMP in Nantes rief er vor Kameras und Mikrophonen aus, die Burka sei in Frankreich »nicht willkommen«: »In einer Demokratie läuft man nicht maskiert herum!«
Inzwischen hat, Ende März '10, der französische Conseil d'Etat - der oberste Verwaltungsgerichtshof - in einer Stellungnahme erklärt, ein generelles Verbot würde als rechtswidrig beanstandet werden; nur aus konkreten Gründen, etwa aufgrund der Notwendigkeit einer Identifizierung an einem Serviceschalter, könne eine solche Kleidungs(verbots)vorschrift erlassen werden. Doch prompt kündigte die Regierungspartei UMP nun Anfang April an, dass sie sich darüber hinwegsetzen möchte, um zu versuchen, trotz juristischer Bedenken noch »vor dem Sommer 2010« ein Totalverbot auf Biegen und Brechen durchzusetzen. Am 21. April erklärte zudem Staatspräsident Nicolas Sarkozy, er haben einen Beschluss zu Gunsten eines gesetzlichen Totalverbots gefällt - während Premierminister François Fillon erklärte: »Wir sind bereit, juristische Risiken einzugehen.« ✖

Dieser Artikel ist die gekürzte Fassung. Die Langfassung des Artikels findet ihr unter www.zag-berlin.de



Dänische Werte

Oder: Die Angst in den Augen des Gegners

TOBIAS ALM

In Dänemark bewegt sich die politische Landschaft. Nach Rechts! Die letzten 10-15 Jahre waren von einem aufkommenden Rechtspopulismus geprägt, der sich mittlerweile als anerkannte politische Größe im Land etabliert hat. Antimuslimische Rhetorik spielt bei dieser Entwicklung eine entscheidende Rolle. Vorangetrieben durch die PolitikerInnen der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei (Dansk Folkeparti, DF) bedienen sich mittlerweile PolitikerInnen aller politischen Flügel antimuslimischer Vorurteile. In politischen Debatten sind sie ein fester Bestandteil geworden.

»Das Klügste, was wir jetzt machen können, ist als Nation zusammenzustehen und dass die Tageszeitungen zusammenstehen, wenn sie Drohungen ausgesetzt sind«, diktierte die dänische Außenministerin Lene Espersen im Februar diesen Jahres den Journalisten in die Mikrofone.

Anlass für diese Aussage ist ein Vergleich, welchen die dänische Tageszeitung Politiken mit der ägyptischen Organisation für die Nachkommen Mohammeds, Naqib al asha, eingegangen ist. Dieser Vergleich beinhaltet eine Entschuldigung Politikens, wenn der Abdruck der sogenannten Mohammed-Karikaturen eine Kränkung dargestellt haben sollte. Naqib al asha hatte angekündigt, genau diesen Umstand der Kränkung vor einem dänischem Gericht klären lassen. Betroffen von dieser Klage sind 16 dänische Zeitungen. Die Politik und Öffentlichkeit reagieren empört und sehen den, ihrer Ansicht nach, dänischen Wert der Meinungsfreiheit auf dem Spiel. Der Prozess wird zu einem Angriff auf das Wohl der Nation Dänemarks hochgepuscht, gegen den als Einheit zusammengestanden werden müsse. Mit dem privatrechtlichen Vergleich, den Politiken eingegangen ist, hat eben diese Einheit Risse bekommen. Es hagelte massive Kritik von allen Seiten. Es wird von »dänischen Werten«, »Verteidigung«, »Zusammenstehen« und »Angriff von außen« fabuliert. Es wird ein Bild gemalt, das in »DIE« und »UNS« unterscheidet. Das Politiken nur den Umstand der eventuellen Kränkung, aber nicht den Abdruck der Karikaturen an sich entschuldigt hat, bleibt unerwähnt. Auch das Politiken sich weiterhin vorbehält, die Karikaturen noch einmal zu drucken, wird von den Kritikern unter den Teppich gekehrt. Der Tenor ist eindeutig und so heißt es dann auch von höchster Stelle, vom Staatspräsidenten Lars Løkke Rasmussen, zu dem Vergleich Politikens: »Wenn das der Ausdruck dafür ist, dass man den Zusammenhalt bricht, welcher sowohl unter den dänischen Zeitungen als auch der Gesellschaft geherrscht hat, ist das sehr sehr besorgniserregend.« Bei solch einer Einigkeit und Sorge um das Wohl der Nation verwundert es nicht mehr, wenn die Integrationsministerin Birthe Rønn Hornbech zu den Waffen ruft: »Ich habe eigentlich nichts gegen die Unterschiede von Religionen. Aber jetzt muss gekämpft werden, bis zum letzten Blutstropfen.«

Diskutiert wird in Dänemark auf diese Weise schon seit geraumer Zeit – und es schockiert kaum noch. Die Etablierung dieses politischen Klimas ist nicht von heute auf morgen geschehen. Ihren Anfang hat diese Entwicklung Mitte der 90er Jahre genommen. Der Wind in der politischen Landschaft begann schärfer von rechts zu blasen, als die DF im Jahr 1995 auf der Bildfläche erschien. Die ersten Reaktionen auf die Gründung und Prognosen waren eindeutig: Diese neue rechtspopulistische Partei wird ebenso schnell wieder in der Versenkung verschwinden, wie sie daraus aufgetaucht ist. Das Gegenteil war der Fall. Sie überstand Startschwierigkeiten und mit der Zeit gelang es der Partei immer mehr, als politische Kraft ernstgenommen zu werden. Als Hauptursache allen Übels machte sie die Einwanderung aus und den aus ihrer Sicht verräterischen Umgang der politischen Elite und der Linken mit eben jenem Thema. Mit Stigmatisierungen und einer Sündenbockpolitik wird Angst geschürt. Die Lösungen sind dagegen denkbar einfach: Die Einwanderung muss gestoppt werden. Die populistischen Botschaften finden Gehör und der Erfolg ist beängstigend. Seit ihrer Gründung ist es der Partei gelungen, bei nahezu jeder Wahl einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen und der Schritt zur politisch rundum anerkannten Partei ist schon seit einigen Jahren vollzogen. Die DF stellt mit den Liberalen von Venstre und den Konservativen seit 2001 die Mehrheit im Parlament und das verleiht ihnen enormen politischen Einfluss. Die Partei kann ihren Worten Taten folgen lassen und das untermauert ihren selbst inszenierten Ruf als eine Partei, die etwas tut. Das beste Beispiel ist das Einwanderungsgesetz. Seit 2001 wurde es im Schnitt alle acht Monate drastisch verschärft.

KULTURALISIERUNG

Das wichtigste Mittel, um eine fremdenfeindliche Stimmung im Land zu etablieren und so Migration zu verhindern, stellt für die Rechtspopulisten der Islam als Religion dar. Bei der generellen Infragestellung von Einwanderung nach Dänemark spielten antimuslimische Rhetoriken eine wesentliche Rolle. Eine zentrale Vorgehensweise ist hierbei die konsequente Gleichsetzung von islamischen Fundamentalisten und Menschen mit muslimischem Glauben, welche sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der DF zieht. Diese Gleichsetzung, die Muslime zu einer homogenen Gruppe macht, nimmt eine wichtige Funktion in der Ideologie der Partei ein. Dieser homogenen Gruppe wird attestiert, anders zu sein, sich nicht integrieren zu wollen und eine Kultur zu haben, welche der dänischen grundlegend entgegensteht. Dieses Runterbrechen auf den Aspekt einer anderen Kultur ist besonders zentral, da sie über politische, soziale und religiöse Nuancen im muslimischen Glauben hinwegsehen kann und das »die-sind-einfach-anders-als-wir« zementiert. Mogens Camre, Politiker der DF, schrieb unter dem Titel »Muslime sind per Definition Eroberer«: »Der Fehler war, anzunehmen, dass man Menschen integrieren kann, die nicht gekommen sind, um integriert zu werden, sondern um neues Territorium zu erobern«. (Nordjyske.dk, 10.3.2009)

Neben einer fehlenden Differenzierung und dem Etablieren einer Position des »wir«, in die sich Muslime nicht integrieren wollen, sticht ein weiterer wichtiger Aspekt in dieser Aussage Camres hervor. Die

Vokabel des Eroberns deutet es an. Muslime kommen ausschließlich nach Dänemark, um in einem Feldzug das Territorium des Islam zu erweitern. Schon im Jahr 2001 sagte Pastor und Volksparteipolitiker Søren Krarup: »Alle westlichen Länder sind von Muslimen infiltriert – einige von ihnen sprechen nett mit uns, während sie darauf warten, genug zu sein, um uns totzuschlagen.« Mögen diese Aussagen völlig überzogen erscheinen, verfehlen sie ihre Wirkung, insbesondere im Zusammenspiel mit heftigen Anschuldigungen und kulturellen Zuschreibungen, nicht. Viele Menschen nehmen solche Aussagen, zumindest im Kern, ernst und deren Ängste und Skepsis gegenüber Muslimen werden auf diese Art geschürt. Krarup setzt noch einen oben drauf, wenn er die Zeit der Nazibesatzung Dänemarks mit einbezieht, um das Drohpotential zu erhöhen: »Es kann gut sein, dass dies kränkend wirkt, aber der Islam ist ein totalitäres Regime, welches tausende Menschenleben auf dem Gewissen hat. Das Kopftuch ist ein Symbol für dieses Regime und der Koran kann ohne Probleme mit ›Mein Kampf‹ verglichen werden.«
Diese Kriegsrhetorik hat System und ist ein wesentlicher Bestandteil des rechten Populismus. Hier vereint sich das Volk/Feind-Schema mit einer Anschuldigung an die Verräter im eigenen Land, welche sich nicht gegen die imaginierte Bedrohung stemmen wollen. Søren Espersen führt aus, was das bedeutet: »Es kann gut sein, das Tøger Seidenfaden [Politikens Chefredakteur] und seine elitären Freunde in Frankreich und Deutschland uns verabscheuen. Aber wir bekommen positive Rückmeldungen von den Menschen, die uns etwas bedeuten, nämlich ganz normalen Dänen, die sich darüber freuen, dass wir ihren Kampf kämpfen. Wir schauen nicht auf die Bevölkerung herab, wir hören ihr zu. Das ist es, was die Elite in der Ausländerfrage vollständig ignoriert hat.« (Politiken, 12.3.2005) Diese Kategorisierungen machen es herrlich einfach: Die Sündenböcke sind ausgemacht, die Frontlinie gezeichnet. Muslime und sonstige nicht angepasste Einwanderer wollen uns das Land wegnehmen, uns eine fremde, undänische Kultur aufzwingen und uns zum Islam bekehren. Die dänische Linke und Elite verrät das Land, da sie mit Arroganz die Wünsche des einfachen Volkes ignoriert und mit ihrer Globalisierung und Menschenrechten der Einwanderung den Weg bereiten. Die Rettung aus dieser auswegslosen Situation kann im DF Annonceblatt nachgelesen werden: »Das wird die Dänische Volkspartei nicht zulassen! ...diese Entwicklung kann gestoppt werden! Das Dänische Volk hat sich schon einmal erhoben, wenn die Führungspersonen im Land gegen die Interessen Dänemarks gehandelt haben.« Auch hier wieder die Beschreibung eines Kriegszustandes und gleichzeitig der Vergleich der Einwanderung mit der Besatzung Dänemarks durch Nazideutschland.

MOBILMACHUNG

Um solch eine Mobilmachung gegen Einwanderung zu rechtfertigen, haben die DFler in den letzten 15 Jahren keines der gängigen Vorurteile ausgelassen und diese häufig auf die absolute Spitze getrieben. Das aktuellste Beispiel aggressivster Rhetorik kommt von DF-Politiker und Pastor Jesper Langballe: »Muslimische Väter schlagen ihre Töchter tot und schauen weg während der Onkel sie vergewaltigt.« (Politken, 23.01.10) Dieses Zitat sorgte dann doch für etwas Aufsehen. Die Parteivorsitzende Pia Kjærsgård erklärte umgehend, dass die Wortwahl Langballes verkehrt und übertrieben war. Diese beinahe Distanzierung, wird jedoch einen Absatz weiter völlig hinfällig. Kjærsgård: »Das ändert aber nichts daran, das Langballe mit dem Inhalt der Aussage richtig liegt.« (Politiken, 26.01.10) Provokationen dieser Art sind ein Testballon, wie weit sie mit ihrer chauvinistischen Rhetorik gehen können. Ab und an wird auch vorsichtig etwas zurückgerudert. Aber die Strategie geht auf. Der Inhalt der Aussage hat seinen Platz im öffentlichen Raum gefunden.
Die DF fragt nicht Muslime, sondern definiert selber, was den Islam eigentlich ausmacht. Im gleichen Atemzug wird auch bestimmt, was dänisch ist. Kenneth Kristensen: »Unsere Wohlfahrtsgesellschaft ist von vielen Generationen aufgebaut worden, aber wir sehen eine regelrechte Invasion von Muslimen. Man sagt, sie tragen zur Kultur bei, aber was ist es eigentlich, was sie dazu beitragen? Ist es Frauenunterdrückung, Zwangsehe und weibliche Beschneidung? Oder ist es Kriminalität und Vandalismus?« Im selben Atemzug, in dem alle Muslime zu Feinden von Meinungsfreiheit, Frauenrechten, Frieden und Sicherheit gemacht werden, werden eben diese Werte als Dänisch erklärt. Vorraussetzung hierfür ist die Vorstellung, dass alle Dänen z.B. übereinstimmend friedlich sind und für die Gleichstellung der Frau einstehen. Alle Vielfältigkeit in der islamischen Religion wird vereinfacht zu einer Kultur zusammengefasst, welche mit der dänischen unvereinbar ist. Alle Widersprüche in der dänischen Gesellschaft werden unter den Teppich gekehrt und ein Bild der Einigkeit vorangetrieben.
Wie jedoch eingangs gezeigt, finden sich antimuslimische Rhetoriken auch in den etablierten Parteien und nicht nur bei der DF. Die Furcht dieser Parteien, als politische Kraft dazustehen, welche die Sorgen und Ängste der Bevölkerung mit diesem Thema nicht ernst nimmt, ist enorm. Die Anschläge von New York 2001 und die, teils gewalttätigen, Reaktionen in muslimischen Ländern auf die sogenannten Mohammed-Karikaturen im Jahr 2004 haben diese Tendenz noch weiter verschärft. Es ist wieder die DF, die diese Furcht geschickt für sich ins Spiel bringt: »Korrekt gesehen, sind wir, die Dänemark nicht an die Islamisten preisgeben wollen, selbstverständlich Rassisten.« Die Begrenztheit der »Korrekten« wird angegriffen, nicht aber der rassistische Inhalt der eigenen Aussagen. Im Gegenteil: Es wird versucht, dem Rassismus im Kampf für Dänemark eine Notwendigkeit zu attestieren und somit eine Legitimation zu verschaffen. Die Argumentation wirkt, die Parteien versuchen alles, um nicht als zu »korrekt« und damit handlungsunfähig dazustehen.
Die Strategie, um in der Wählergunst nicht an Boden zu verlieren, sind Verschärfungen der eigenen Politik und Zugeständnisse an die politische Rechte. Die Folge ist eine weitere Legitimierung der DF, eine generelle politische Verschiebung nach Rechts und eine in vielen Fragen schwammige Opposition. Dass die bürgerliche Mitte sich ausreichend antimuslimischer Rhetoriken bedient, haben wir schon gesehen. Wie wenig sich aber auch Argumentationen der politischen Linken vom Rest unterscheidet, zeigt Villy Søvndal, Vorsitzender der Sozialistischen Volkspartei, als er sich an alle MigrantInnen richtet: »Kommt raus aus der Opferrolle. Kommt raus aus dem Mittelalter. Habt den Mut, eurer Vernunft zu folgen. Anerkennt die demokratische historische Überlegenheit, anerkennt die Rechte der Frauen, anerkennt die Vernunft und das Wissen als Grundlage, um andere Menschen zu treffen.« Es wird verallgemeinert, es wird eine »die« versus »wir« Situation geschaffen und gewisse Werte als dänisch bestimmt. Der Ton ist milder – die Struktur und die Aussage aber fast identisch.
Der Rechtspopulismus ist in der dänischen Politik und Gesellschaft vollständig etabliert. Er ist Teil des politischen Alltags, der in allen Debatten und Diskursen zu finden ist. Antimuslimische Rhetoriken haben bei dieser Etablierung eine zentrale Rolle gespielt und füllen diese auch weiterhin aus. Von ihrem ersten Tag an hat die DF diese Rhetoriken benutzt, um rechtspopulistisches Gedankengut hoffähig zu machen und Gesetzesverschärfungen durchzudrücken. Die Opposition kann oder will nicht merkbare Gegenakzente setzen und somit bekommt der Rechtspopulismus einen Raum in Dänemark, der zur Entfaltung einlädt und kaum Widerspruch erfährt. ✖

Islamophobe Freiheitspartei

Der Aufstieg der PVV in den Niederlanden

JEROEN BOSCH [ÜBERSETZUNG: MANFRED KÖHNEN]

Die Integrationsdebatte wird in den Niederlanden seit zehn Jahren von Rechtspopulisten dominiert. Zuerst war es Pim Fortuyn, der die politische Arena kurz nach den Attentaten vom 11. September 2001 betrat. Doch seit 2004 hat die Freiheitspartei (PVV) diese Rolle übernommen. Angeführt wird sie von Geert Wilders, dem weltbekannten ehemaligen liberalen Parlamentarier.

Seit den 1990er Jahren *tendieren 1,5 Millionen* von Wählerinnen und Wählern, die etwa 30 der 150 Sitze des Parlaments entsenden, nach rechts. Es handelt sich dabei um Wählerinnen und Wähler, die vorher abwechselnd traditonelle Parteien wählten: Die rechtsliberale Partei für Freiheit und Demokratie (VVD), die Arbeitspartei (PvdA), die liberalen Demokraten (D'66) und die Christdemokraten (CDA). Seit der acht Jahre dauernden purpurnen Regierung aus Liberalen und Sozialdemokraten scheinen die ideologischen Unterschiede verschwunden zu sein. Zur gleichen Zeit fiel das Tabu, über Schwierigkeiten, die mit migrantischen Jugendlichen in einigen Städten auftraten, und Probleme der Integration zu reden. Bis dahin waren diese Themen eine Domäne rassistischer und faschistischer Parteien. So verlor Ende der 1990er Jahre der letzte Rechtsextremist seinen Sitz im Parlament während gleichzeitig ein sozialdemokratischer Meinungsführer mit einem vieldiskutierten Artikel - »Das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft« - großes Aufsehen erregte.

Die Anschläge von »9/11« lösten eine große Zahl von Brandanschlägen auf Moscheen und islamische Einrichtungen aus - mehr als in allen anderen europäischen Ländern Europas. Fortuyns Stern stieg auf und er forderte die politische Ordnung mit seinen Angriffen auf den Islam, Integration und den antirassistischen Konsens heraus. In seiner Heimatstadt Rotterdam gelang es ihm, seine Partei aus dem Nichts zur stärksten Fraktion im *lokalen* Parlament zu machen *und zu regieren.* Direkt vor den Wahlen im Mai 2002 wurde er von einem Umweltaktivisten ermordet, der angab, er wollte Fortuyn stoppen, weil er rassistisch und gefährlich sei. Dennoch errang *Fortuyns* Partei trotz einem toten Anführer aus dem Stand heraus 26 Sitze im Parlament und beteiligte sich sofort an einer Regierungskoalition. Ebensoviele Sitze schätzt man, könnte bei den diesjährigen Wahlen auch die Freiheitspartei PVV von Geert Wilders besetzen.

DER POLITISCHE WILDERER

2004, in einem Moment, in dem die Nerven der multikulturellen Gesellschaft blank lagen, ermordete ein islamistischer Fanatiker den Filmemacher Theo van Gogh in Amsterdam. In den darauffolgenden Wochen folgten Brandanschläge auf Moscheen und als Muslime wahrgenommene Menschen wurden Opfer von Angriffen. Zu diesem Zeitpunkt trat Wilders aus der liberal-konservativen VVD aus, weil er - im Widerspruch zu seiner Partei - gegen einen Beitritt der Türkei in die EU war. Anschließend gründete er seine anti-Islam-Partei PVV und radikalisierte sich rasch. Obwohl er nur einen Sitz im Parlament hatte, nutzte er dieses Forum sehr erfolgreich und hat großen Einfluss auf das Agenda-Setting in der Diskussion über Immigration und den Islam gewonnen.

Bei jeder Gelegenheit wird Wilders ausfällig und stellt Forderungen auf, radikale Islamisten auch ohne juristische Handhabe einzusperren oder die Verfassung aufzuheben, um »Straßenterrorismus« zu bekämpfen. Damit meint er schlechtes Benehmen und Kleinkriminalität von migrantischen Jugendlichen. Die politischen Gegner Wilders' bleiben leise, weil sie fürchten, als »links und Multikulti-Schwächlinge« diffamiert zu werden.

Seit 2004 wird Wilders schwer bewacht, weil sein Leben bereits mehrmals bedroht wurde. Immer wieder schafft er es, in die Schlagzeilen zu kommen mit seiner Warnung, dass ein »Islam-Tsunami« die Niederlande überschwemmen würde. Er gewann bei den Wahlen 2006 neun Sitze.

Soweit bekannt ist, wird Wilders PVV von Menschen aus allen sozialen Schichten unterstützt: frühere Liberale, klassische Rassisten, Menschen mit mittleren Einkommen, die Angst vor Muslimen haben, obwohl sie in »weißen« Wohngegenden leben. Hinzu kommen fortschrittliche Meinungsführer, die sich für Wilders' Recht auf freie Meinungsäußerung stark machen und die holländische Gesellschaft vor dem »rückständigen Islam« beschützen wollen, um die Rechte von »Frauen, Lesben und Schwulen« zu beschützen. Die PVV selbst präsentiert sich als »antipolitisch« mit ihrem Ziel, die Niederlande vom Islam und linken Hobbys wie Entwicklungshilfe oder Fördermittel für Integrationsprojekte zu reinigen. Um die Partei besser kontrollieren zu können, ist Wilders ihr einziges Mitglied und lehnt staatliche Fördermittel ab. Auf diese Weise verwehrt er der Öffentlichkeit den Einblick in die Parteifinanzen. Die PVV ist eher eine Bewegung als eine Partei und das macht sie für Wählerinnen und Wähler attraktiver.

Außerhalb der Niederlande wird Wilders als »Freiheitskämpfer« gegen den Islam gefeiert und von Ultra-Konservativen aus den USA, Dänemark, Israel und dem Vereinigten Königreich unterstützt. Wilders reist viel, bewirbt dabei seinen Videoclip »Fitna« und sammelt Geld für seine juristische Verteidigung, denn Wilders wird nach den Wahlen im Juni *im Oktober* vor Gericht stehen. Die Anklage lautet auf Anstachelung von Hass, Diskriminierung und Beleidigung einer Gruppe.

Die Freiheitspartei PVV ist gegenwärtig mit neun Sitzen im niederländischen Parlament vertreten und laut Wahlprognosen wird sie im nächsten Parlament zwischen 20 und 26 Sitze umfassen. In Almere gewann die PVV bei den Kommunalwahlen neun von 39 Sitzen, was sie zur größten Fraktion macht. In LaHague waren es acht von 45 Sitzen und damit wurden sie die zweitstärkste Fraktion. Ihr Bestehen auf ein Kopftuchverbot in staatlich finanzierten Einrichtungen wie Bibliotheken verhinderte ihre Beteiligung an einer Regierungskoalition in LaHague. Doch in Almere laufen die Verhandlungen noch.

Im Europäischen Parlament (EP) erlangten sie vier der 25 niederländischen Sitze. Allerdings ist sie im EP nicht mit einer parlamentarischen Gruppe verbunden.

Bei den nächsten Wahlen am 9. Juni könnte die PVV die Zahl ihrer Sitze um das dreifache steigen, aber ihre Chancen auf eine Regierungsbeteiligung bleiben gering. Die anderen Parteien werden die PVV *wahrscheinlich* ausschließen, weil sie nicht im Senat vertreten ist, wo die zukünftige Regierung ebenfalls eine Mehrheit besitzen muss. ✖

Wie bekämpfen wir den gegenwärtigen anti-muslimischen Rassismus?

Ein Interview des IRR mit Ambalavaner Sivanandan, Direktor der in London ansässigen unabhängigen Organisation »Institute of Race Relations« (IRR) zu Islamophobie und antimuslimischem Rassismus in Großbritannien.

A. SIVANANDAN IM INTERVIEW [ÜBERSETZUNG VON JANA SEPPELT]

»Ist Islamophobie und antimuslimischer Rassismus heute etwas Neues und Singuläres oder kann er als Fortsetzung des Rassismus gelten, den wir aus Großbritannien kennen?

A. Sivanandan: Jeder Rassismus ist ähnlich und unterschiedlich zugleich. Die westliche Kultur als Kultur der Eroberung und Unterjochung ist mit rassistischen und nativistischen bzw. fremdenfeindlichen Ideen durchtränkt. Diese Ideen entwickeln sich dann zu einer voll entwickelten Ideologie, wenn sie an ein ökonomisches oder politisches Programm wie beispielsweise der Apartheid oder der Sklaverei gekoppelt sind. Aber auch in Zeiten ökonomischer Härte und dadurch verschärfter Konkurrenz um Arbeit und Wohnungen zwischen alteingesessenen oder fremden bzw. zugewanderten Arbeitern entfalten sie ihre materielle soziale Kraft, rechtfertigen Diskriminierungen und erzeugen rassistische Gewalt.

Es ist »natürlich« für alteingesessene, arme, weiße – um Wohnungen, Arbeit, Sozialleistungen und so weiter konkurrierende – Leute, dass sie den über Hautfarbe, Fremdheit oder kulturelle Differenz Markierten gegenüber feindlich sind, die ihnen als offensichtlicher Grund ihrer Lage erscheinen. Wird diese Feindlichkeit von innen- oder außenpolitischen Regierungsprogrammen gestützt und von politischen Parteien wahltaktisch geschürt, fügen sich Ideen über »Rasse« in eine Quasi-Ideologie ein, die wiederum populären Rassismus verstärkt und rechtfertigt.

Die Spielarten von Rassismus sind immer gleich – kultureller, politischer, ökonomischer und sozialer Art. Aber der Wechsel von einer industriellen zu einer post-industriellen Gesellschaft gibt diesen Spielarten ein unterschiedliches Gewicht.

Der Rassismus des industriellen Kapitalismus war verbunden mit Ausbeutung in Form von Sklaverei, Kolonialismus, Verträgen und Einwanderung. Er war verbunden mit der Ausbeutung der Arbeitskraft. Der ökonomische Faktor dominierte in der Dynamik, der Ausformung und Funktionalität des Rassismus. Im post-industriellen Kapitalismus, in dem sich die Ausbeutung der Arbeitskraft im alten Sinne in der Peripherie konzentriert, sind politische und kulturelle Spielarten dominant. Ideen, die in der Informationsgesellschaft von den Medien dominiert werden, materialisieren sich unabhängig vom ökonomischen Faktor. Es gibt – mit anderen Worten – wenig Trennendes zwischen der rassistischen Idee und dem rassistischen Handeln; beides geht virtuell ineinander über. «

»Soll das heißen, dass wir uns mit der Veränderung der Gewichtung der verschiedenen rassistischen Spielarten beschäftigen müssen, bevor wir uns mit der gegenwärtigen Islamophobie befassen können?

A. Sivanandan: Ja. Im industriellen Kapitalismus waren rassistische Bilder vor allem in der Arbeiterklasse weit verbreitet, transportiert durch die Sklaverei und den Kolonialismus. In der post-industriellen Gesellschaft aber durchdringen Ideen über »Rasse« die ganze Gesellschaft und Kultur. Die Globalisierung und der Markt lösten die Glaubwürdigkeit des Nationalstaates auf und öffneten die Tür zum Nativismus.

Lassen sie mich erklären. Mit der Globalisierung hat sich die Rolle des Staates vom Wohlfahrtstaat zu einem Staat des Marktes geändert. Der Wohlfahrtsstaat wurde von den Prinzipien der sozialen Gleichheit geleitet, um soziale Kohäsion zu erreichen. Der Staat des Marktes ist geleitet von Prinzipien der Vermehrung des Reichtums und des persönlichen Erfolges, was die Gesellschaft und Gemeinschaften fragmentiert, sowie persönliche Verhältnisse verdinglicht. Es gibt nichts Organisches mehr, was die Nation zusammen hält. Daher das Aufzwingen »Britischer Werte« als Programm der sozialen Kohäsion, welches die Nation zusammenhalten soll. Dieser Prozess wird unterstützt von einer Politik der Angst vor dem Feind im Inneren. Alles zusammen mündet in einem gekünstelten Nationalismus, der sich in Allem manifestiert – ob in der Außenpolitik oder im Treueeid im Rathaus. «

»Was bedeutet das für den Kampf gegen Islamophobie und antimuslimischen Rassismus? Ist das wirklich das Gleiche? Können die Begriffe synonym verwendet werden?

A. Sivanandan: Ja und nein. Ja, Islamophobie ist mit antimuslimischem Rassismus verwickelt; aber Nein, das Eine ist nicht das Andere. Islamophobie als Begriff bezieht sich auf eine Reihe von Ideen, die eine Antipathie gegenüber dem Islam ausdrücken. Das kann von roher und direkter Dämonisierung, wie wir sie in den Boulevardblättern finden, bis zu intellektueller Spitzfindigkeit von Leuten wie dem britischen Schriftsteller Martin Amis reichen. Antimuslimischer Rassismus hingegen ist das Ausleben dieser Antipathie, dieses Vorurteils: in gewalttätigen Überfällen auf der Straße oder – über den Staatsapparat institutionalisiert – über die Anti-Terror-Gesetze, in den polizeilichen Fahndungen nach »rassischen« Kriterien (›racial profiling‹) und so weiter.

Diese Unterscheidung ist wichtig, weil Islamophobie und antimuslimischer Rassismus im Großen und Ganzen in zwei verschiedenen Wählerschichten zu finden sind – und jede muss anhand ihrer eigenen »Verdienste«, ihrer Eigenheiten (Merits) bekämpft werden. Islamophobie – in der anspruchvollsten Form, ist die Domäne der Meinungsmacher der Mittelklasse, einst Liberale, Verteidiger des wahren liberalen Glaubens gegen das Vordringen des von ihnen als autoritär definierten Islam, die »Liberati«. Antimuslimischer Rassismus ist die Domäne der Arbeiterklasse und unterscheidet sich nicht von vergangenen Arbeiterklassen-Rassismen. Mit der Ausnahme, dass sich der

heutige Arbeiterklassen-Rassismus legitimiert über die Islamophobie der Eliten, die von den Boulevardblättern passend übersetzt wird in die Stereotype und das Sündenbock-Denken des Volksmunds. Die Boulevardblätter sind die Träger rassistischer Kultur. Rassismus wird heute nicht mehr über die Erzählung der »rassischen Überlegenheit« legitimiert, sondern über die Erzählung »islamischer Barbarei«. Und Religion wird rassifiziert.

Daher der Irrtum, dass das Bekämpfen des Diskurses der Islamophobie gleichbedeutend ist mit dem Kampf gegen antimuslimischen Rassismus. Wie schon gesagt, ist die Islamophobie nicht die Ursache antimuslimischen Rassismus aber sein Programm (Rationale). Religion ist nicht »Rasse«. Wenn wir nicht »Rasse« von der Religion entwirren und verschiedene Strategien in den jeweils verschiedenen Auseinandersetzungen nutzen und dabei ihr Verhältnis zueinander im Blick behalten, werden wir in beiden Auseinandersetzungen nicht effektiv sein. Umgekehrt darf der Kampf gegen die Islamophobie (ideologisch/theoretisch) nicht den Kampf gegen den antimuslimischen Rassismus (strategisch/praktisch) bestimmen, denn das würde beide intellektualisieren und Aktionen untergraben. Konzentriert man sich hingegen auf den antirassistischen Aspekt des Kampfes, ohne den gegen die Islamophobie zu vernachlässigen, wird man nicht nur in der Lage sein, sich auf die lange Geschichte antirassistischer Kämpfe zu beziehen, sondern auch die Unterstützung derer gewinnen, die während ebendieser Kämpfe zu Alliierten wurden – wie beispielsweise die Antifaschisten während der Zeit des Wiederauflebens der British National Party (BNP). Diese Solidarität ist auch wichtig, damit der von den »Liberati« geprägte Begriff des Islamofaschismus nicht dazu führt, dass der wirkliche Faschismus aus dem Blick gerät.

Es gibt weitere Gründe, sich auf den Kampf gegen antimuslimischen Rassismus zu konzentrieren. Erstens wurde der antimuslimische Rassismus über die Regierungsprogramme im Rahmen des »Krieges gegen die Muslime« institutionalisiert: durch die Antiterrorgesetze, rassistische Polizeikontrollen und das Versagen der Regierung, die Medienexzesse einzudämmen. Wie wir wissen, reproduziert sich institutioneller Rassismus auf anderen Ebenen der Gesellschaft. Zweitens haben die Exzesse wiederum die Kultur der Angst und des Argwohns geschürt – und es damit Gruppen wie der British National Party und der English Defence League möglich gemacht, an diese öffentliche Meinung anzuknüpfen. Drittens bestätigt das Zelebrieren »Britischer Werte« (und nicht: universeller Werte) und damit »Britischer Kultur« die weitläufige Ansicht, dass muslimische Werte und muslimische Kultur roh und bedrohlich sind. Das schürt den Nativismus, also die Fremdenfeindlichkeit, die sich dann wiederum von rechts im derben und überschlagenden Patriotismus der Straße äußert. «

» Denken Sie, dass die extreme Rechte in Großbritannien ähnlich wie andere rechte Gruppen Islamophobie als neue ideologische Grundlage hat?

A. Sivanandan: In der Vergangenheit galt die faschistische Ideologie der extremen Rechten in nahezu allen Teilen der Gesellschaft als verwerflich. Das Wirken der Islamophobie in der gesamten Gesellschaft, ihre Klassenlosigkeit und die sie stützenden Regierungspolitiken führen Gruppen wie der BNP neue Wählerschichten in der englischen Mittelklasse zu. Daher die zwei Gesichter der BNP, die Wählerorientierung und der Populismus, und ihr doppeltes Gewand: das respektable und das militante. Die englischen Mittelklasse-Wähler fühlen sich von der Opferung ihrer Kultur und Werte bedroht, die Arbeiterklassen-Wähler von den Fremden, die ihre Jobs, Wohnungen, Läden wegnehmen und ihre Kinder heiraten. «

» Sind Sie wirklich der Meinung, dass AktivistInnen nur den antimuslimischen Rassismus adressieren sollten, weil es die armen Leute auf der Straße betrifft?

A. Sivanandan: Auf die Gefahr, dass ich mich wiederhole: Wir müssen sowohl die Islamophobie als auch den antimuslimischen Rassismus bekämpfen, wo und wann auf ihrer Basis gehandelt wird. Aber die Kämpfe finden auf verschiedenen Ebenen statt, für die wir verschiedene Strategien und Waffen brauchen. Auf der einen Seiten müssen wir islamophobe Argumente der Intellektuellen als solche entlarven und die Medien für die Popularisierung und Verbreitung dieses Diskurses scharf kritisieren. Gleichzeitig müssen wir den Kampf gegen antimuslimischen Rassismus angehen, sei es auf der Ebene von Regierungspolitik oder auf der der Gewaltverbrechen auf der Straße. Wenn wir nicht diese beiden Kämpfe als verschieden aber miteinander verbunden begreifen, uns zu stark auf den religiösen Aspekt der Islamophobie konzentrieren, ohne die politische »Übersetzung« auf der Strasse zu adressieren, werden wir wieder ganz schnell bei der nach innen gerichteten Identitätspolitik landen.

Jeder Asiate kann ein Muslim sein. Jeder Asiate, der ein Kopftuch oder einen Bart trägt, muss ein Muslim sein. Jeder Muslim ist ein Fundamentalist. Jeder Fundamentalist ist ein Terrorist. Wir schaffen hier eine Kultur des Misstrauens und der Verdächtigens nicht nur zwischen den Gemeinschaften, sondern auch innerhalb derselben, wirklich zwischen Familien und Individuen – und das ist wohl kaum mit Britischen Werten oder Demokratie vereinbar. «

Wir danken dem IRR für die freundliche Genehmigung zur Übersetzung und Publikation des englischen Originals unter:
www.irr.org.uk/2010/march/ha000031.html

✖

Islamfeindlichkeit

▮ JULIEN WINANDY

Thorsten Gerald Schneiders legt in seinem Sammelband »Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen«, erschienen 2009 im VS Verlag, ein zugleich ambitioniertes und überfälliges, erfreulicherweise in weiten Teilen auch äußerst gelungenes Projekt vor. In 28 Aufsätzen größtenteils renommierter AutorInnen aus einem Dutzend wissenschaftlicher Disziplinen spannt der Band den Bogen von den Anfängen islamfeindlichen Denkens nach der Expansion des Omayyadenreiches im 7. Jahrhundert n.u.Z. bis hin zu den antiislamischen Internetportalen *Politically Incorrect* und *Akte Islam*.
»Islamfeindlichkeit« lehnt sich dabei an das an, was in der Langzeitstudie zu *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* des Bielefelder Forschungsteams um Wilhelm Heitmeyer (vgl. den Beitrag von Jürgen Leibold) als »Islamophobie« bezeichnet wird, nämlich die »Ablehnung und Angst vor Muslimen, ihrer Kultur und ihren politischen und religiösen Aktivitäten«, und nicht dasselbe ist wie eine differenzierte, fundierte Religionskritik.
Unterteilt ist der Band in vier Abschnitte, die respektive die historischen, aktuell empirischen, institutionellen und personellen Aspekte des Phänomens der Islamfeindlichkeit unter die Lupe nehmen. Die angesprochenen Themenbereiche führen von den Anfängen europäischer Angst vor der frühen islamischen Expansion über die in der Frühen Neuzeit wahrgenommene »Türkengefahr«, die Weitergabe von Feindbildern in Geschichtsschulbüchern, die Konstruktion negativer Islambilder in deutschen Medien bis hin zu den aktuellen Problembereichen von Gewalt gegen türkischstämmige Frauen, Islam in der Schule, *Islam-bashing* im Internet und den sogenannten islamkritischen Protagonisten des deutschen Feuilletons.
Diese Bandbreite ist kleiner Fluch und großer Segen: Für am Gesamtphänomen interessierte LeserInnen ist das Buch ein wahrer Schatz an historischer und sozialwissenschaftlicher Analyse sowie essayistischer Stellungnahme, der sich – im Gegensatz zu einer Vielzahl anderer wissenschaftlicher Sammelbände – durchaus auch von Anfang bis Ende durchlesen lässt. Zudem sind die klare Sprache und Argumentation auch für ein nichtwissenschaftliches Publikum leicht zugänglich. Auch der Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen Themenbereichen wird hervorragend hergestellt: So fällt die Unhaltbarkeit der Polemiken von Henryk Broder, Ralph Giordano, Alice Schwarzer, Necla Kelek oder Leon de Winter, die sich als islamkritische Minderheit in einem Land verstehen, dessen Mehrheiten »alles Fremde lieben« (Alice Schwarzer), um so stärker auf, wenn man zuvor in den Beiträgen von Jürgen Leibold, Mario Peucker und Heiner Bielefeldt auf die empirischen Befunde zum Ausmaß an Feindlichkeit gegenüber MigrantInnen muslimischer Herkunft sowie im Beitrag von Kai Hafez auf das Islambild deutscher Medien hingewiesen worden ist.

Zugleich aber führt die Kombination lange erforschter, historischer Themen mit aktuellen, kaum wissenschaftlich erfassten Phänomenen zu einer gewissen Diskrepanz in der wissenschaftlichen Qualität der Beiträge. So stehen die höchst interessanten und historisch äußerst wertvollen Nachzeichnungen der Entwicklung europäischer Islamfeindlichkeit in den Beiträgen von Thomas Naumann, Almut Höfert und Gerdien Jonker in scharfem Kontrast zu den etwas hilflos anmutenden Versuchen von Markus Gerhold und Sabine Schiffer, Islamhetze im Internet zu fassen. Auch die Beiträge zu Gewalt gegen türkischstämmige Frauen (Schröttle), den Islam als Störfaktor in der Schule (Karakaşoğlu) und die komplizierte Beziehung von Islam zu CDU/CSU (Shakush) können mehr Tendenzen aufdecken und Andeutungen machen, als dass sie stichhaltige Analysen vorlegen würden. Das ist sicherlich, zumindest zum Teil, den relativ neuen Phänomenen geschuldet und durchaus nicht ohne Wert, fällt aber eben im Gegensatz zu den anderen Beiträgen auf. Diese kleinen Schwächen werden aber durch den Beitrag Schneiders' selber wettgemacht, der auf scharfsinnige Weise die Scharlatanerie oben genannter »IslamkritikerInnen« entlarvt und damit endlich systematisch tut, was schon lange fällig war.

Alles in allem liegt ein höchst lehrreiches, sorgfältig zusammengestelltes, wissenschaftlichen Ansprüchen größtenteils genügendes und zudem gut lesbares Buch vor, das ein Thema anspricht, dessen Relevanz noch lange von Bedeutung sein wird und bislang zu wenig beachtet wurde. ✖



✖ Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage 2010. 498 S. EUR 49,95
ISBN 978-3-531-17440-2

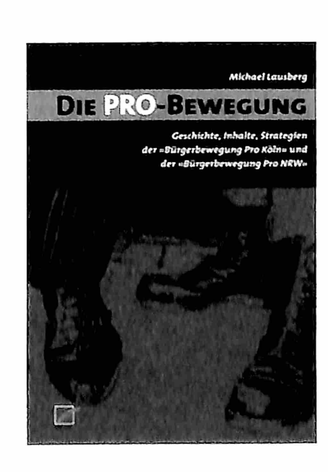
Die Pro-Bewegung

ANDREAS NOWAK

Die Bürgerbewegung Pro Köln und Pro NRW sind Parteien am rechten Rand, die insbesondere mit ihren antimuslimischen Parolen aufgefallen sind. Sie sind Teil einer Rechten, deren neues Feindbild der Islam ist. Während Parteien wie die FPÖ, SVP oder der Flaams Belang großen Erfolg mit ihrem modernisierten Außenbild bei Wahlen haben, blieb dieser bei PRO bisher aus. Dennoch bietet es sich an, diese Verschiebung der Programmatik innerhalb der Rechten auch in Deutschland zu analysieren.

Dies möchte Michael Lausberg nun mit »Die Pro-Bewegung« untersuchen. Dazu stellt er die personelle und organisatorische Entwicklung von Pro Köln, die enge Verbindungen zu der Deutschen Liga für Volk und Heimat, und Pro NRW dar, die auch ehemalige Mitglieder der Republikaner an sich binden konnte. Ihre Verknüpfungen in das rechte Lager, ihre Abgrenzungsversuche zur NPD sowie ihre Offenheit zur CDU, werden detailliert herausgearbeitet. Ein weiterer Schwerpunkt des Buches liegt auf den Aktivitäten von Pro Köln und ihren Inhalten. Die Pro stellt sich als Kämpferin gegen Korruption und alteingesessene Eliten dar, die ihr Ohr im Gegensatz zu den anderen Parteien bei den WählerInnen hätte, wobei Verschwörungserzählungen nicht zu kurz kommen, insbesondere wenn sie sich als Opfer linker Gewalt inszenieren. Als inhaltlichen Angelpunkt macht Lausberg bei der PRO das Thema Islam und Islamismus aus, welches ihnen das Herunterbrechen aller Problemlagen auf Zuwanderung, Moscheebau und Abschiebung krimineller Ausländer ermöglicht. Der Versuch 2008 einen »Antiislamisierungskongress« in Köln abzuhalten, bildete insofern einen Kristallisationspunkt der bisherigen Aktivitäten, gleichwohl dies zehntausend GegendemonstrantInnen verhinderten und Pro Köln auf diese Weise eine großartige Niederlage bereiteten.

Lausberg bietet reiches Quellenmaterial an und bereitet es übersichtlich auf. Es wird klar, dass anlassbezogene Skandalisierung und provozierende Statements wesentliche Bestandteile der Arbeit dieser Parteien sind. Analytisch fehlt jedoch hier und da etwas. Insbesondere ist die Abgrenzung dieser Partei als rechtspopulistisch problematisch, da die PRO insofern für einen Übergang im politischen Spektrum zwischen Konservativen und dem – ein nicht weniger problematischer Begriff – Rechtsextremismus steht, was deren Inhalte quasi verharmlost. Zum andern ist der hier angebotene Populismusbegriff nicht trennscharf, da dieser in wesentlichen Punkten auch die Arbeit von Parteien in repräsentativen parlamentarischen Demokratien mit entwickelten Massenmedien beschreibt, gleich ob im politischen Raster links, rechts oder mittig verortet. So ist das Buch für diejenigen interessant, die weiter forschen wollen, über die PRO schreiben oder in direkter Auseinandersetzung mit ihr stehen. ✖



✖ Die Pro-Bewegung. Geschichte, Inhalte, Strategien der »Bürgerbewegung Pro Köln« und der »Bürgerbewegung Pro NRW«, Michael Lausberg, Unrast Verlag: Münster 2010. 165 Seiten, 13 €.
ISBN: 978-3-89771-504-2

Blätterrauschen im Überaugenblick

JANA KRTEK

Im feuilletonistischen Blätterwald hat es zu Anfang des Jahres stark gerauscht. Stimmen raunten, so hörte es sich an, Deutschland, Hort des Abendlandes, Zivilisation und freiheitliche Tugend. Dinge, die hier zu Lande fehlen würden. So zumindest die bürgerlich-unkritische Aufregung über die Tatsache, dass in Deutschland Muslime leben, die ihren eigenen Glaubenslehren folgen. Dies sei nicht hinnehmbar, da damit ja auch die Freiheitsrechte gefährdet seien. Hatte gedacht, seit dem westfälischen Frieden hätte es Fortschritte gegeben. Wenn es keinen Zwang zum Glaubensbekenntnis gibt, kann man im Umkehrschluss nicht verlangen, dass man sein Opium nicht frei wählt. So ist das mit der aufgeklärten Dialektik. Doch Obacht. »Ich muß niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert.« Eingängiger als Herr Sarrazin, mittlerweile im Vorstand der Bundesbank, in einem Interview in der *Lettre International* konnte es bisher niemand formulieren.

Die *Aktion 3. Welt Saar* hat an diese Debatte anknüpfend mit ihrer Flugschrift »Bye, bye Multikulti – Es lebe Multikulti« eine Klarstellung und deutliche Positionsbestimmung der Linken für eine Mulikulturelle Gesellschaft eingefordert. Nicht nur würde »falsche Toleranz« geübt, angesichts von autoritär konservativen Ansichten und Verhaltens von Muslimen, der Begriff Multikulti würde mittlerweile auch von Rechten übernommen. Entscheidend für einen linken Multikulturalismus sei der Anspruch auf individuelle Rechte statt sich auf kollektive Rechte zu beziehen, womit kulturrelativistische Ansätze innerhalb der Linken gemeint sind. Doch individuelle Rechte fallen nicht vom Himmel und müssen erkämpft werden.

Das nicht jede Koalition zu einem Zweck zugleich einen sozialen Fortschritt in der Summe für alle bedeutet, hat Birgit Rommelspacher in der *taz* vom 18. Januar 2010 in ihrem Artikel zur erneuten Diskussion um Feminismus und Muslime klar gemacht. Es geht nicht an, dass Feministinnen auf antimuslimische Ressentiments setzen. Ihr Artikel provozierte harsche Gegenstimmen. In der *inamo* 61 geht sie nochmals in einem kurzen Gastkommentar auf diese Anwürfe ein und wehrt sie überzeugend ab. »Der Feminismus, der sich auf einen antimuslimischen Diskurs stützt, bedient rechte Positionen, indem er ›den‹ Islam pauschal mit dem Patriarchat identifiziert und damit eine Ablehnung ›des‹ Islam legitimiert.«

Antiislamische und -muslimsische Reflexe und Vorurteile werden durch rechte Parteien in Deutschland und Europa vermehrt zur Wahlagitation eingesetzt. Anlässlich der Landtagswahl in NRW hat daher das IDA in Heft 1/2010 seiner Zeitschrift »Überblick« diese Gruppierungen in den Mittelpunkt gestellt. Sven Schönfelder, Alexander Häusler und Jan Schedler erklären in ihren Beiträgen die neonazistische Weltsicht der rechtsextremen Parteien und Gruppen. Insbesondere Häuslers Beitrag geht auf die Bedeutung »populistischer Kulturkampfparolen gegen Minarette und die ›Fremdreligion Islam‹« innerhalb von deren Kampagnen ein.

Einen ganz ähnlichen Ansatz wie die ZAG verfolgte die Zeitschrift *Der Rechte Rand* mit ihrer Ausgabe »Feindbild Islam in Westeuropa«. Die Einfügung von antiislamischen und antimuslimischen Vorurteilen in die Politik der europäischen Rechten, zeigen die Artikel zu Österreich, Frankreich, Dänemark, Schweiz und den Niederlanden. In dieser Masse – und man könnte noch mehr Beispiele finden – wird klar, dass es ein europaweiter rassistischer Diskurs ist, der ebenfalls in der BRD zum Tragen kommt, betrachtet man die verschiedenen rechten Splittergruppen, die hoffen, mit diesen Vorurteilen WählerInnen zu gewinnen. Im Vorfeld der NRW-Wahlen ist das Heft zur richtigen Zeit erschienen. ✖

✖ »Thilo Sarrazin im Gespräch. Klasse statt Masse«, in: Lettre International, Heft 86, S. 197-201, Oktober 2009. Auszug des Interviews unter www.lettre.de/archiv/86-Sarrazin.html

✖ »Bye, bye Multikulti – Es lebe Multikulti«, hrsg. v. Aktion 3. Welt Saar, Winter 2009/2010. Im Netz: www.a3wsaar.de

✖ »Ungebrochene Selbstidealisierung«, in: taz, 18. Januar 2010. Im Netz unter www.taz.de/1/debatte/theorie/artikel/1/ungebrochene-selbstidealisierung/

✖ »Antimuslimischer Feminismus und Rechtsextremismus« von Birgit Rommespacher, in: inamo Nr. 61, 2010, S. 1

✖ »Schwerpunkt Rechtsextremismus in NRW vor den Landtagswahlen«, in: Überblick, hrsg. v. IDA -NRW, 16. Jg., Nr. 1, Januar 2010. Im Netz: www.ida-nrw.de

✖ »Feindbild Islam in Westeuropa«, Der Rechte Rand Nr. 123, März/April 2010. www.der-rechte-rand.de

Integration – Nein Danke!

Ein Wort, das ein Angebot vortäuscht und Rassismus verschleiert

▯ KAMPAGNE

Der Begriff »Integration« hört sich harmlos, sogar positiv an, aber hinter ihm verbirgt sich eine systematische Politik der Ausgrenzung. Unter Androhung von Zwangsmaßnahmen sollen sich die integrieren, die eh schon zu den Entrechteten gehören. So sollen sich z.B. Empfänger_innen von Arbeitslosengeld II zu den miserabelsten Bedingungen in den Arbeitsmarkt »integrieren«.

Nach dem gleichen Schema wird mit der »Integrationskeule« Migrant_innen vorgeschrieben, »Integrationsleistungen« zu bringen. Dabei werden ihnen die gleichen Chancen und Rechte verwehrt: Seit mehr als einem halben Jahrhundert wird alles unternommen, damit Migrant_innen sich nicht als gleichberechtigte Menschen in diese Gesellschaft einbringen können. Und da direkte oder indirekte rassistische Zuschreibungen und Spaltungen unter dem Schirmbegriff »Integration« vertreten werden, sind sie heute mehr denn je salonfähig geworden und gelten als Meinungsfreiheit.

Migrant_innen werden einerseits als unerwünscht und noch dazu als willkommene Sündenböcke dargestellt; andererseits werden sie dazu verpflichtet, zugeschriebene »Defizite« selbst auszuräumen. Diese Heuchelei und diese Verzerrung der Tatsachen werden auf geschickte Art und Weise unter dem Label »Integration« betrieben. Während man so tut, als fördere man die Migrant_innen in ihrem eigenen Interesse bei der Eingliederung in die Gesellschaft, tut die deutsche Migrationspolitik das Gegenteil. Erst bei genauem Hinschauen werden die wahren Absichten und Effekte der »Integrationspolitik« deutlich. Selbst ein vorbehaltloses Aufeinanderzugehen auf gleicher Augenhöhe, das unter ungerechten Verhältnissen eh nicht die Lösung sein kann, war und ist nicht das Ziel der Integrationspolitik.

Offensichtlich wird ein vermeintlicher Gegensatz von WIR und die ANDEREN in die Köpfe eingehämmert. Dies zeigt in allen Gesellschaftsschichten und -gruppen seine Wirkung: WIR steht für die abendländliche Mehrheitsgesellschaft samt ihrer »überlegenen Leitkultur« und der kapitalistischen Leistungsideologie; die ANDEREN sind die Fremdkörper, die unter anderem als kriminell, unzivilisiert und bildungsfern diffamiert werden. In ihren Verlautbarungen hetzen Meinungsmacher_innen vor allem gegen Menschen mit (vermeintlich) islamischem Hintergrund als die Protagonisten dieser konstruierten ANDEREN. (Sarrazins rassistische Äußerungen sind ein vorläufiger Höhepunkt dieser Stoßrichtung.)

Um diese Zurechtweisung praktisch zu untermauern, werden vielfältige Maßnahmen verordnet, die mit Sanktionen verbunden sind. Das Ziel ist, Migrant_innen, vor allem die aus prekären Lebensumständen, entweder bedingungslos zu disziplinieren oder konsequent auszugrenzen.

Die Verlogenheit, die unter dem Begriff »Integration« betrieben wird, findet ihren aktuellsten Ausdruck in den so genannten »Integrationsverträgen« der Bundesregierung. Damit soll die längst festgeschriebene Unterwerfung der unerwünschten Migrant_innen durch ihre eigenhändige Zustimmung zementiert werden. Die Diktatur der Integration ist mittlerweile so stark vorangetrieben worden, dass selbst Teile der Migrant_innen als Komplizen herangezogen werden.

Wir verurteilen aufs Schärfste das Gedankengut, das unter dem Deckmantel »Integration« den migrantischen Teil der Gesellschaft einerseits diffamierend ausgrenzt und andererseits sie belehrend zu überdurchschnittlichem Gehorsam verpflichtet.

Die hetzerischen und menschenverachtenden Politiken, die den Begriff »Integration« ausmachen, müssen komplett auseinander genommen und entlarvt werden.

Deswegen heißt unser Motto:

»Integration« – Nein Danke!
Gleiche Rechte und Chancen statt Rassismus! ✖

Nähere Ausführungen zu den Bereichen Sprache, Bildung, Arbeitswelt, Sozialleistungen, Parallelgesellschaft, Kriminalität, Gewalt etc. sind auf unserer Internetseite zu lesen! www.integration-nein-danke.org





Die Arbeit der Panthers zu Ende führen

JAN WATZIJK

Weltweit mobilisieren Solidaritätsgruppen zum Widerstand gegen das bevorstehende Todesurteil und die Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal. Er ist wohl der bekannteste Gefangene weltweit. Der Widerstand der ›Free Mumia‹-Kampagnen und von Mumia selbst richtet sich gegen die Todesstrafe, gegen das Knastsystem und vor allem gegen Rassismus. Rassistische Polizeigewalt und eine rassistische Klassenjustiz, die Mumia 1982 hinter Gitter in die Todeszelle brachten sind kein Thema vergangener Zeiten, sie sind hochaktuell.

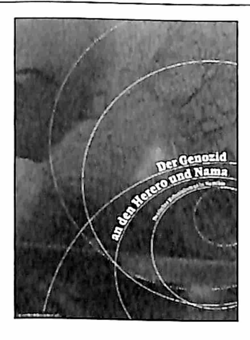
Daran ändert auch Obama, als erster schwarzer Präsident nichts. Die Wahl Obamas, als erster Schwarzer, zum Präsidenten der USA läutete keinesfalls das Ende des rassistischen Zeitalters ein. Ausnahmen wie diese bestätigen die rassistische Regel. Der Herausgeber und Übersetzter des Buches ›Tötet den Bullen in eurem Kopf!‹ kommt zu der Einschätzung, dass der Kampf gegen Rassismus mit der Wahl von Obama vielleicht eher schwerer als leichter wird, da der neue Präsident als Symbol der Gleichberechtigung gefeiert wird, was den Blick auf alltäglichen und strukturellen Rassismus verschleiert.

Nach einleitenden Worten zur aktuellen politischen Situation in den USA übergibt Gabriel Kuhn das Wort an Greg Jackson, Herausgeber der Zeitung ›Black Autonomy‹ und Copwatch-Aktivist. Der Hauptteil des Buches besteht aus Jacksons Text »Autoritäre Linke: Bringt den Bullen in eurem Kopf um!« und einem Interview mit ihm. Wie Mumia Abu-Jamal steht Jackson in der Tradition der Black Panther Party und ruft im Buch dazu auf, zu Ende zu bringen, was die Panthers angefangen haben. Und so versteht Jackson Rassismus in Nordamerika vor allem als ein Klassenverhältnis und macht deutlich: Solange die Schwarzen, die einen Platz in der Machtelite abbekommen, kapitalistisch sind, ändert ihre bloße Anwesenheit unter den Herrschenden nichts am Rassismus gegen Nicht-Weiße.

Das Buch ›Tötet den Bullen in eurem Kopf!‹ eröffnet der Leser_in die Innenansicht auf die schwarze anarchistische Bewegung in den USA, basierend auf den marxistisch geprägten Texten von Jackson. Er übt scharfe Kritik an einer weißen Linken, die dazu neigt, eine privilegierte und bevormundende Avantgarde zu formieren, und ihr Verhältnis zur nicht-weißen Linken kaum reflektiert. Auch wenn die Kritik sich im Besonderen auf die US-amerikanische Linke bezieht, lassen sich viele Ansätze als Kritik an der weißen Linken weltweit verstehen. Das Buch stellt auch eine praxisnahe Ergänzung zu dem Diskurs über *Critical Whitness* dar, der in der BRD vor allem im akademischen Rahmen geführt wird. ✖

✖ ›Tötet den Bullen in eurem Kopf!‹ -
Zur US-amerikanischen Linken, White Supremacy und Black Autonomy‹. Greg Jackson und Gabriel Kuhn (Herausgeber und Übersetzer). Unrast, Münster 2009. 7,80 €. 88 Seiten
ISBN: 978-3-89771-487-8

KURZ VORGESTELLT



Der Genozid an den Herero und Nama

▮ KLAUS MÜLLER

Auf dem Garnisionsfriedhof, gelegen im Berliner Bezirk Neukölln, steht ein Gedenkstein. Ein Stein der an sieben während des Herero-Aufstands in der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika gefallene Soldaten erinnert. Sieben Soldaten, die an einem Vernichtungsfeldzug gegen die Nama und Herero beteiligt waren, von denen hierbei schätzungsweise achtzigtausend massakriert wurden.

Die Bundesrepublik hat sich bisher allen Entschädigungsforderungen, die aus der kolonialen Vergangenheit Deutschlands resultieren, entzogen. In der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung wurde daher bereits 2004 beschlossen, einen Gedenkstein für die namibischen Opfer neben dem der Täter zu errichten. Im Oktober 2009 war es dann auch so weit.

Das Heft »Der Genozid an den Herero und Nama. Deutscher Kolonialismus in Namibia« hat sich aus diesem Anlass zur Aufgabe gemacht, diesen Genozid und die Erinnerungskultur in Deutschland in Bezug auf die eigene koloniale Vergangenheit zu beleuchten.

Schlage ich das Heft auf, finde ich erst in der zweiten Hälfte Texte zum Genozid und zum offiziellen Umgang damit. In der ersten Hälfte muss ich mich belehren lassen, was und wie ich nun diese Vorgänge im rechten Lichte zu betrachten hätte, dass die Begriffe Volk und Stamm nicht harmlos sind und mit welchen Werkzeugen die Kolonialgeschichte des Deutschen Reichs zu bewältigen sei. Wenn ich eine Einführung in eine spezielle Variante postkolonialer Theoriebildung gewünscht hätte, wäre der erste Teil der Beiträge sicher mit Genuss zu lesen gewesen. Nicht nur, dass unklar bleibt, dass nicht die postkoloniale Theorie präsentiert wird, sondern eine bestimmte Lesart und es zudem viele interessante Ansätze gibt, die die Frage der Erinnerung und des Kolonialismus auch nicht-postkolonial beantworten.

Die Broschüre hätte viel gewonnen, wenn nicht am Anfang stünde, wie ich die Inhalte zu verstehen hätte, die akademische Abteilung also in die zweite Hälfte des Heftes gerutscht wäre. Es wäre meiner Lesefreude und -erwartung entgegengekommen.

Dies vielleicht als Hinweis das Heft von hinten nach vorne zu lesen, um in den vollen Genuss der Broschüre mit ihrem unbestritten relevanten Thema zu kommen. ✖

✖ ›Der Genozid an den Herero und Nama. Deutscher Kolonialismus in Namibia‹, hrsg. v. Autonome Neuköllner Antifa, Dezember 2009, 43 Seiten. Im Netz: http://neukoelln.antifa.net/files/2010_genozid_hereo_nama_web.pdf



Differenzen und Macht

▮ JANA SEPPELT

Ina Kerner erarbeitet in ihrer Dissertation einen komplexen Überblick über verschiedene Formen von Rassismus und Sexismus. Ihr Ziel ist es, »die Komplexität des Verhältnisses und Zusammenspiels zu verdeutlichen«. Basierend auf dem machtanalytischen Ansatz von Michel Foucault bestimmt sie in ihrem methodologischen Teil *Dimensionen* und *Formen* komplexer Machtphänomene wie Rassismus und Sexismus. Hier unterscheidet sie grundsätzlich zwischen einer Wissensdimension, einer institutionellen Dimension sowie einer personalen Dimension von Rassismen/Sexismen. Das darauf folgende Kapitel »Rassismus« umfasst detaillierte Reflexionen zu Definitionen des Rassismus, historischen Rassetheorien und historischer Rassismuskritik. Mit Blick auf die Wandlungsfähigkeit des Rassismus plädiert Kerner anschließend für einen weiten Rassismusbegriff. In ihrem dritten Kapitel »Sexismus« beleuchtet die Autorin verschiedene feministische Positionen und Sexismustheorien (Gleichheits- und Differenzansätze, Ansätze zur Geschlechterpluralisierung, der Kritik der Zweigeschlechtlichkeit sowie Intersektionalität). Ihr gelingt es vor allem im Fazit extrem gut, die Argumente der Theoretiker_innen herauszuarbeiten und gegeneinander zu diskutieren. Abschließend widmet sich Kerner nun dem Verhältnis von Rassismus und Sexismus, wobei sie unterscheidet zwischen Ähnlichkeiten, Unterschieden und Kopplungen, also dem Zusammenspiel von Rassismus und Sexismus und Intersektionen. Untersucht werden hier differenzierende Effekte im Falle gleichzeitig wirkender rassistischer und sexistischer Ungleichbehandlung einer Gruppe.

Am Ende steht das Plädoyer für eine multiperspektivische Konzeptualisierung des Verhältnisses von Rassismus und Sexismus - nicht zum theoretischen Selbstzweck, sondern um sich »die potentielle Vielschichtigkeit solcher Einzelaspekte zunächst einmal zu vergegenwärtigen, um dann entscheiden zu können, welche ihrer Aspekte berücksichtigt werden müssen und welche gegebenenfalls zu vernachlässigen sind« (S.389). Die systematische »Kartographie« von Rassismus/Sexismus und ihrem Verhältnis besticht durch eine leicht verständliche Sprache, welche dem Leser_in den Zugang zu den diskutierten Theorien leicht macht. ✖

✖ Ina Kerner: ›Differenzen und Macht. Zur Anatomie von Rassismus und Sexismus.‹ Campus Verlag, Frankfurt am Main, 2009. € 34,90. 413 Seiten
EAN 9783593385952

BACKLIST

2009 Nr.55 rasse•kultur•macht **Nr.54** Osteuropas rechte Ränder **2008 Nr.53** Homophobie **Nr.52** Antidiskriminierung **2007 Nr.51** Grenzerfahrungen **Nr.50** Verschwörungen **2006 Nr.49** Nationale Befreiungsbewegungen **Nr.48** Die Türkei in Europa **2005 Nr.47** Produktionen des Westens, Gemeinsame Ausgabe mit: ›kleine anfrage‹ **Nr.46** Lechts und Rinks **2004 Nr.45** Migration von Frauen *(vergriffen)* **Nr.44** Migrationsmanagement *(vergriffen)* **2003 Nr.43** Antiziganismus *(vergriffen)* **Nr.42** 911 Turbo **2002 Nr.41** Monster AG **Nr.40** Blitzkultur **2001 Nr.39** Antisemitismus *(vergriffen)* **Nr.38** Abschiebeknäste **2000 Nr.36/37** Zimmer ohne Aussicht **Nr.35** Schengenland *(vergriffen)* **Nr.34** Islambilder **1999 Nr.33** Konzepte antirassistischer Arbeit **Nr.32** Die Bilder-Zag **Nr.31** Gesundheit als Privileg **Nr.30** Das Ende der Tabus **1998 Nr.29** Sport und Rassismus **Nr.28** Innere Sicherheit light - Alternative Sicherheitskonzepte **Nr.27** Antirassistische Jugendarbeit **Nr.26** MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt **1997 Nr.25** Arbeit mit Illegalisierten - Wege aus der Illegalität **Nr.24** Globale Migrationskontrolle **Nr.23** Mobilität **Nr.22** City 2000 **1996 Nr.21** Balkan, Krieg und Flucht **Nr.20** Ökologie **Nr.19** Einwanderungspolitik **Nr.18** VietnamesInnen in Berlin, Gemeinsame Ausgabe mit: ›Arranca!‹ *(vergriffen)* **1995 Nr.17** Alltag-Kultur-Rassismus **Nr.16** Europa **Nr.15** Illegalisierung *(vergriffen)* **Nr.14** Deutscher Antirassismus?, Gemeinsame Ausgabe mit: ›off limits‹ **1994 Nr.13** Polizei und Justiz **Nr.12** Rassismus und Soziale Frage **Nr.11** Innere Sicherheit **Nr.10** Rassismus und Bildung **1993 Nr.9** Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen *(vergriffen)* **Nr.8** Ausweisung und Abschiebungen *(vergriffen)* **Nr.7** Rassismus und Bildung *(vergriffen)* **Nr.6** Gleiche Rechte für alle / Lagerkampagne *(vergriffen)* **1992 Nr.5** Roma in der BRD / Rostock *(vergriffen)* **Nr.4** Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda *(vergriffen)* **Nr.3** Wer schweigt, stimmt zu **Nr.2** Greift ein! - Schaut nicht weg **1991 Nr.1** Rassismus tötet

»TÄTER-BILDER« IM HEFT

- ✖ **Geert Wilders** [Vorsitzender der Partij voor de Vrijheid]
- ✖ **Jean-Marie Le Pen** [Vorsitzender der Front National]
- ✖ **Marine Le Pen** [stellv. Vorsitzende der Front National]
- ✖ **Alessandra Mussolini** [Abge. der neof. Movimento Sociale Italiano]
- ✖ **Silvio Berlusconi** [Nachrichtenlenker im Privatfernsehen]

IMPRESSUM

Herausgeber: Antirassistische Initiative e.V. Die ZAG ist eine autonome AG der ARI. Die Artikel geben nicht immer die Meinung der gesamten Antirassistischen Initiative wieder.
Redaktionsanschrift: ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin, E-Mail redaktion@zag-berlin.de, Telefon +49 (0) 30 7857281, Fax +49 (0) 30 6913005, **Internet**: www.zag-berlin.de, **Bankverbindung:** Antirassistische Initiative e.V., Stichwort ZAG, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, ZAG-Kontonummer 303 96 01, **Gestaltung:** :::rainGroup **Druck:** Fata Morgana, **Gewerbliche Anzeigen:** Es gilt Anzeigenpreisliste 01. April 2007, **V.i.S.d.P.** dieser Ausgabe ist Brigitte Lötsch. Die **ZAG im Abonnement**: http://www.zag-berlin.de oder ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin. Zwei Ausgaben **kosten** EUR 10,00 inklusive Versandkosten (Ausland EUR 13,00). Lieferung nur bei vollständig ausgefüllter Bestellung und Überweisung (Name, Adresse, Wohnort). Überweisungen ohne Angabe von Name oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden!
Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, der zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassistische Initiative. Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens fünf Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 Prozent **Wiederverkäuferrabatt**. **Ältere Ausgaben** der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden und stehen zum Teil als Pdf-Dateien komplett auf der Homepage.